Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

7. April 1977
Jg. 4 Nr. 14

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim – Gedruckt in Plankstadt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21903 C

Baupleiten vorprogrammiert

„Die Bauunternehmen werden aus Sicht des Verbandes (der Deutschen Bauindustrie) durch die diesjährige Lohnrunde gefährdet."

Die Bauarbeiter kämpfen um mehr Lohn. Der bisherige Tariflohn (Ecklohn 9,45) ist niedrig und reicht nicht, die Arbeitskraft in vollem Umfang wiederherzustellen. Die niedrigen Löhne und entsprechend hohen Profiterwartungen haben zahllose Kapitalisten in die Bauindustrie gelockt. Wo ihnen genügend eigenes Kapital fehlte, haben sie Kredite aufgenommen und sich in das profitträchtige Geschäft gestürzt. Jahrelang haben die Kapitalisten die Bauproduktion ausgeweitet und dabei in der Konkurrenz um möglichst großen Profit die Produktivkraft der Arbeit ständig erhöht, die Ausbeutung gesteigert, wie die Steigerung des Umsatzes pro Arbeiter um 275 % in 5 Jahren schlagend beweist. Der Kapitalisten Heißhunger auf Profit hat die Bauindustrie in eine tiefgreifende Überproduktionskrise getrieben. Folglich stockte die Profitproduktion; die auf Krediten aufgebauten Unternehmen brachen wie Kartenhäuser zusammen; allein 1976 gab es 1 111 Pleiten.

Durch Vernichtung von Kapital und durch Lohnsenkung wollen die Baukapitalisten heraus aus der Krise. Deshalb ihre Drohung, die nichts als Lüge ist, an die Bauarbeiter. Führen noch niedrigere Löhne etwa zur Vermeidung von Pleiten? Keineswegs. Die Konkurrenz unter den Kapitalisten ginge mit gleicher Erbarmungslosigkeit weiter, aber noch mehr als bisher würde sie auf dem Rücken der Bauarbeiter ausgetragen.

Die japanische Arbeiterklasse im Kampf gegen die Verelendung

Seit Anfang März reißen die Kundgebungen und Demonstrationen in den großen Städten Japans nicht ab, auf denen Zehntausende von Arbeitern und anderen Lohnabhängigen ihre Forderungen gegen die Kapitalisten anmelden. Die imperialistische Monopolbourgeoisie Japans führt im Handelskrieg mit ihren Rivalen wahre Eroberungsfeldzüge durch, mit der skrupellosen Ausbeutung der japanischen Arbeiterklasse als Hauptwaffe. Die Kapitalisten haben bei erheblicher Steigerung der Auspressung der Arbeitskraft die Löhne weiter senken können, auf 3 940 Dollar im Jahr, kaum 800 DM monatlich. – Am 26. März versammelten sich in Tokio unter roten Fahnen 30 000 Eisenbahn-, Post- und Metallarbeiter sowie Junglehrer und forderten in einer Resolution Lohnerhöhungen, Streikrecht für die

Junglehrer und forderten in einer Resolution Lohnerhöhungen, Streikrecht für die

Beschäftigten im öffentlichen Dienst und Aufhebung jeder ungleichen Bezahlung und Behandlung der arbeitenden Frauen. Andernorts wurden erhöhte Arbeitslosenunterstützung und Steuersenkungen gefordert. Die reformistischen Gewerkschaftsführer haben Lohnerhöhungen von 12 bis 15 % gefordert, die Kapitalisten wollen keinesfalls mehr als 5 bis 6 % zahlen. Am 28. März sind daraufhin 280 000 Eisenbahnarbeiter in den Warnstreik getreten und haben während der Hauptverkehrszeit den Verkehr zum Erliegen gebracht. Für April werden Kampfaktionen der ganzen Klasse vorbereitet.

17. Jahrestag der Sharpeville-Massaker in Azania

Aus Anlaß des 17. Jahrestages der Massaker von Sharpeville durch das südafrikanische Kolonialregime führte das Volk von Azania Ende März Aktionen durch. Am 27.3. demonstrierten allein in Soweto bei Johannesburg 5 000 Schüler, Studenten und Arbeiter. Durch Verhaftungsaktionen in den Wochen davor versuchte die Polizei die Aktionen zu verhindern. Gegen die Demonstrationen ging das Kolonialregime mit Tränengas vor und eröffnete erneut das Feuer. Es versucht gezielt, die Führer, die die Massen in ihrem Kampf hervorbringen, zu liquidieren und dadurch die Bewegung zu schwächen. In 10 Jahren wurden 700 afrikanische Nationalisten zum Tode verurteilt und hingerichtet. Außerdem hat die südafrikanische Polizei nach Angaben des Justizministers Jimmy Krüger im vergangenen Jahr außer den Massakern bei den Kämpfen im Sommer 200 Afrikaner erschossen. Annähernd hundert wurden (als „Selbstmord" kaschiert) zu Tode gefoltert. Die Kraft der Massenbewegung der Arbeiter, Bauern und Schüler können sie damit aber nicht mehr brechen. Unaufhörlich geht der Kampf weiter. Die Erkenntnis, daß der Sturm erst begonnen hat, drückt sich darin aus, daß das Kolonialregime die Kriegs- und Polizeiausgaben weiter erhöht, den Militäretat um 21,3 % auf 4,4 Milliarden und den der Polizei auf 78 Millionen US-Dollar.

Bleihaltige Entspannungsgespräche zwischen den beiden Supermächten.

Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt wird zum Krieg führen

In dieser Zeitung ist bereits mehrmals festgestellt worden, daß sich die amerikanische Finanzbourgeoisie mit Carter einen Kriegspräsidenten verschafft hat, der die Gegenoffensive gegen den aufstrebenden Rivalen im Kampf um die Weltherrschaft einleitet.

In der letzten Woche hat die neue US-Regierung mit den sowjetischen Sozialimperialisten die Abrüstungsverhandlungen SALT II wieder aufgenommen. Außenminister Vance war in Moskau. Das Fazit der bürgerlichen Presse: Die USA sind wieder kriegsfähig. Die Sozialimperialisten heulen empört auf über die Dreistigkeit der neuen US-Regierung. In den USA herrscht in den Kreisen der Bourgeoisie nur mühsam unterdrückter Jubel darüber, daß die Gegenoffensive so flott in Gang kommt.

Die „Süddeutsche Zeitung" kommentiert: „Carter stößt zu neuen Grenzen vor" und vergleicht ihn mit dem früheren US-Präsidenten Wilson, der die USA in den Weltkrieg I führte und damit die ersten Schritte zur imperialistischen Supermacht unternahm. Wie Carter war auch Wilson ein großer Prediger vor dem Herrn, dem die Worte Menschenrechte, Frieden, Freiheit nur so aus den Lippen trieften, während er das Messer führte, um den USA ihren Anteil an der Welt herauszuschneiden. Diese Fähigkeit war unerläßlich, um das weitgehend noch kleinbürgerliche und von kleinbürgerlicher Ideologie beherrschte Amerika im Interesse der Finanzbourgeoisie in den Krieg zu führen. „Amerika vergoß sein Blut, damit die Welt seinem Modell der Gleichheit in Freiheit nacheifern, damit sie ‚sicher für die Demokratie' werden konnte. Obwohl die Vereinigten Staaten als Großmacht in den Weltkrieg eintraten, nahm die Ideologie Wilsons durch die Selbstlosigkeit ihrer Zielstellung das Stigma, nur eine Großmacht unter anderen zu sein." Carter hat dieses Rezept aus der Rumpelkammer der US-imperialistischen Geschichte wieder herausgeholt

schen Geschichte wieder herausgeholt

und versucht es noch einmal. Der Unterschied ist, daß sich die Welt, aber auch die Klassenverhältnisse in den USA gewandelt haben. Der Sache fehlt die kleinbürgerliche Basis. Um so salbungsvoller legt sich Carter ins Zeug. Er tritt aber nicht als idealistischer Professor auf, sondern als „einfacher Mann", der sich die „Grundideale" der USA erhalten hat. Die Sache ist von vornherein rückwärtsgewandt und kann auch nicht anders sein in einem Land, in dem längst die Arbeiterklasse die Mehrheit des Volkes bildet. Sie kann aber gelingen, denn die kleinbürgerliche Ideologie lebt noch lange weiter, nachdem die Kleinbourgeoisie aufgehört hat, die Mehrheit des Volkes zu bilden. „Carter will einer inzwischen zur stärksten Militärmacht gewordenen Nation die verlorene ideelle Anziehungskraft zurückgewinnen und so der Macht die Dimension frischer Hoffnungen hinzufügen."

Eingeleitet hatte Carter den Gegenangriff auf die Sozialimperialisten mit einer Kampagne für Menschenrechte. Die Sozialimperialisten greifen den heuchlerischen Charakter dieser Kampagne an. Aber weh tut sie ihnen doch. Das haben sie auch gezeigt, und Carter hat gleich nachgestoßen: Kurz vor der Ankunft seines Außenmini-

(Fortsetzung Seite 2)



Der Kampf in der dänischen Druckindustrie hat sich von einem Streik der Drucker und Setzer von Berlingske (hier eine Demonstration am 18.3. gegen das Urteil des Arbeitsgerichts) zu einem landesweiten Streik gegen das Lohnraubangebot und die Rationalisierungspläne der Druckkapitalisten und gegen die Schlichtungsversuche der Sozialdemokraten im Tarifkampf ausgeweitet. Das Scheitern der ersten Verhandlungsrunde löste überall im Land spontane Streiks aus. Zum Beginn der neuen Verhandlungsrunde am Freitag, dem 1.4., legten die dänischen Drucker und Setzer erneut die Arbeit nieder. Sie fordern: Keine Schlichtung, neue Verhandlungen, für 35 Kronen Mindestlohn in der Stunde. Sie fordern außerdem die sofortige Zurücknahme der Entlassung der tausend Arbeiter von Berlingske. Der Streik ging in fast allen Druckereibetrieben des Landes bis Montag weiter. In einer Reihe von Betrieben wurde die Fortsetzung des Streiks bis nach Ostern beschlossen.

Zweiter Anlauf zur Durchsetzung des Energieprogramms wird vorbereitet

Das imperialistische Energieprogramm des Staates ist gefährlich ins Wanken geraten. Im ersten Anlauf, im Gründungsfieber, die Kernkraftwerks- und Wiederaufbereitungsanlagen durchzusetzen, ist am Kampf der Volksmassen im ganzen Land gescheitert. Zugespitzt hatte sich dieser Kampf um das Kernkraftwerk Brokdorf. Einen Monat später gab es heftige Auseinandersetzungen, diesmal in Grohnde. Die Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Niedersachsen hatten die Entwicklung schon lange Zeit beobachtet und recherchiert. Dabei haben sie anläßlich der Brokdorfaktionen festgestellt, daß sich die Massen kaum mit Lug und Trug von ihren Interessen abhalten lassen, hingegen es revolutionäre Organisationen gibt, und hier den KBW, der zielstrebig diese Auseinandersetzungen ausrichtet und vorantreibt. Albrecht hatte in Niedersachsen schon recht früh die Taktik geändert und war auf Abstumpfung der Widersprüche gegangen.

Gespräche und Tafelrunden mit Bürgerinitiativen sollten dies erreichen.

In Grohnde sollte diese Taktik sich bewähren. Das tat sie nicht. Erneut zeigte sich, daß die Massen von ihren Interessen nicht abgehen, und die Polizeisperren durchbrechen können.

Die Bourgeoisie ändert ihre Taktik, um ihre Pläne gegenüber den Volksmassen durchzusetzen. Bewährt hat sich schon die Spaltung durch den Opportunismus in der Bewegung, genützt hat zusätzlich ein wenig der Betrug. Beides soll in großem Rahmen fortgeführt werden. Für Gorleben hat am Donnerstag, den 31.3., die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen einen Antrag auf Erteilung der Errichtungs- und Betriebsgenehmigung an das Sozialministerium in Hannover gestellt. Dieses Prüfungsverfahren soll bis zu drei Jahren dauern, mit Gegengutachten und Obergutachtern. Der Gorlebener Bürgerinitiative hat Albrecht die Finanzierung eines durch sie in Auftrag gegebenen Gegengutachtens zugesagt. Für die Endlagerung der Kernbrennstoffe muß die Bundesregierung einen solchen Antrag stellen. Sie will abwarten, weil sie den Standort Gorleben rügt. Das ganze ist ein Manöver, das den Kampf der Volksmassen erlahmen lassen soll. Eppler von der SPD hat auch gleich gesagt, daß die Länge dieses Genehmigungsverfahrens eh einem Genehmigungsstopp gleichkäme. Während auf der einen Seite bei Gorleben Betrugsmanöver laufen, wird die einstmalige Forschungsdeponie Asse 2 zielstrebig für die Endlagerung von hochradioaktiven Brennstoffen ausgebaut. Erst als Forschungsdeponie, wurden leicht- und mittelradioaktive Stoffe gelagert. Jetzt werden die hochradioaktiven Brennstoffe herangeschafft. War die Deponie anfangs ungesichert, so wird jetzt die militärische Sicherung vorangetrieben, weil auch hier der Kampf der Volksmassen aufbrechen wird. Um diesen Kampf im ganzen Land zu unterdrücken, werden umfassende Angriffe auf die Einheit der Bewegung durchgeführt. Sie kommen von allen Seiten.

Vetter reiste jüngst durch Niedersachsen. Dabei hat er in der „Welt der Arbeit" festgestellt, „daß Niedersachsen tief unter der Erde liegende Salzstöcke hat, die wahrscheinlich in der Lage sind, den Abfall der Atomkraftwerke aufzunehmen." In Wolfsburg trat er auf einer Funktionärsversammlung gegen die „egoistischen Interessen der Bürgerinitiativen" auf und für die „notwendige Atomenergie für den Wirtschaftsaufschwung, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen" ein. Was für die Kapitalisten billigen Strom und Extraprofite bedeutet, wird für die Arbeiter weiter Verschärfung der Arbeitshetze und steigende Arbeitslosigkeit bedeuten.

Die Arbeiterklasse soll gegen die Bürgerinitiativen und deren Gewalt auftreten: „Wir werden mit allen Mitteln dafür eintreten, daß dies nicht unser Alltag wird." (Vetter) In Wirklichkeit soll verhindert werden, daß die Arbeiterklasse sich in die vorderste Front dieses Kampf stellt und ihn anführt. Davor haben die Bourgeois Angst und sie setzen alle verfügbaren Knechte ein, dies zu verhindern. Albrecht, im ganzen Land bekannt als Möchtegernfolterknecht, hat reagiert mit Verbotsdrohungen gegen den KBW und der Ankündigung, die polizeiliche Gewalt gegen all die zu verstärken, die die Kämpfe gegen die Kernkraftwerke auch nur unterstützen. Mahrenholz von der SPD, bekannt für Unterdrückung in den niedersächsischen Schulen, kritisiert Albrecht in der „Neuen Hannoverschen Pressen".

„Albrecht sei dem KBW in die Falle gelaufen", sagt er. Warum? Weil Albrecht ein schlechter Unterdrücker sei. Mahrenholz hat Erfahrung durch die SPD. Man kann nicht gleich per Rundschlag gegen die gesamten Volksmassen angehen. „Mit der Wertung, jeder, der bei den Auseinandersetzungen in Grohnde als Kulisse gedient habe, sei ein Komplize der Gewalttäter, habe er die Demonstrationsfreiheit im Kern angegriffen." Das würde nur dem KBW nützen, schreibt er. Die Methode seiner Partei war es immer, einen nach dem anderen herauszuspalten, um dann die gesamte Bewegung zu zerschlagen. Die Front muß aufgeweicht werden, bevor drauflosgeschlagen werden kann. Das geht nicht mit dem „autoritär wilhelminischen Charakter" des Ernst Albrecht. Die Sozialdemokraten stellen sich wieder vorn an bei der Durchsetzung des Energieprogramms gegen die Massen im zweiten Anlauf. Gegenwärtig werden die Reihen der Bourgeoisie ausgerichtet, die Betrugsmanöver laufen an, die Spaltungen sollen wirkungsvoller betrieben werden als bisher.

Das Programm der Bourgeoisie muß durchgesetzt werden. Nicht umsonst hat Rötger Gross umgehend nach den Aktionen in Grohnde öffentlich die Frage aufgeworfen, ob die Polizei überhaupt noch entsprechend ausgerüstet sei und die Ausbildung nicht auf solche Auseinandersetzungen überprüft werden müsse. Spaltung und Betrug ist die eine Seite des Angriffs. Die andere liegt darin, die offene Gewalt der Bourgeoisie auf Trab zu bringen, für den Bürgerkrieg zu rüsten. Daran beteiligen sich alle Bourgeoisparteien.

Die Interessen der Massen sind eindeutig. Das imperialistische Energieprogramm muß zu Fall gebracht werden. Wird die Einheit dafür hergestellt, dann wird auch der zweite Anlauf scheitern und das ganze Programm fallen.

Bleihaltige Entspannungsgespräche zwischen den beiden Supermächten

(Fortsetzung von Seite 1)
sters Vance in der Sowjetunion hat er großmütig verkündet, die USA versuchten „im übrigen" nicht, „die sowjetische Regierung zu stürzen oder sich militärisch in ihre Angelegenheiten einzumischen". Breschnew seinerseits wollte dem US-Außenminister grob kommen, um der neuen US-Regierung „Sitten" beizubringen. Vance reagierte damit, daß er in Moskau wissen ließ, die „Menschenrechtskampagne" sei nicht gegen die Sowjetunion gerichtet, die USA wollten auch andere kritisieren.

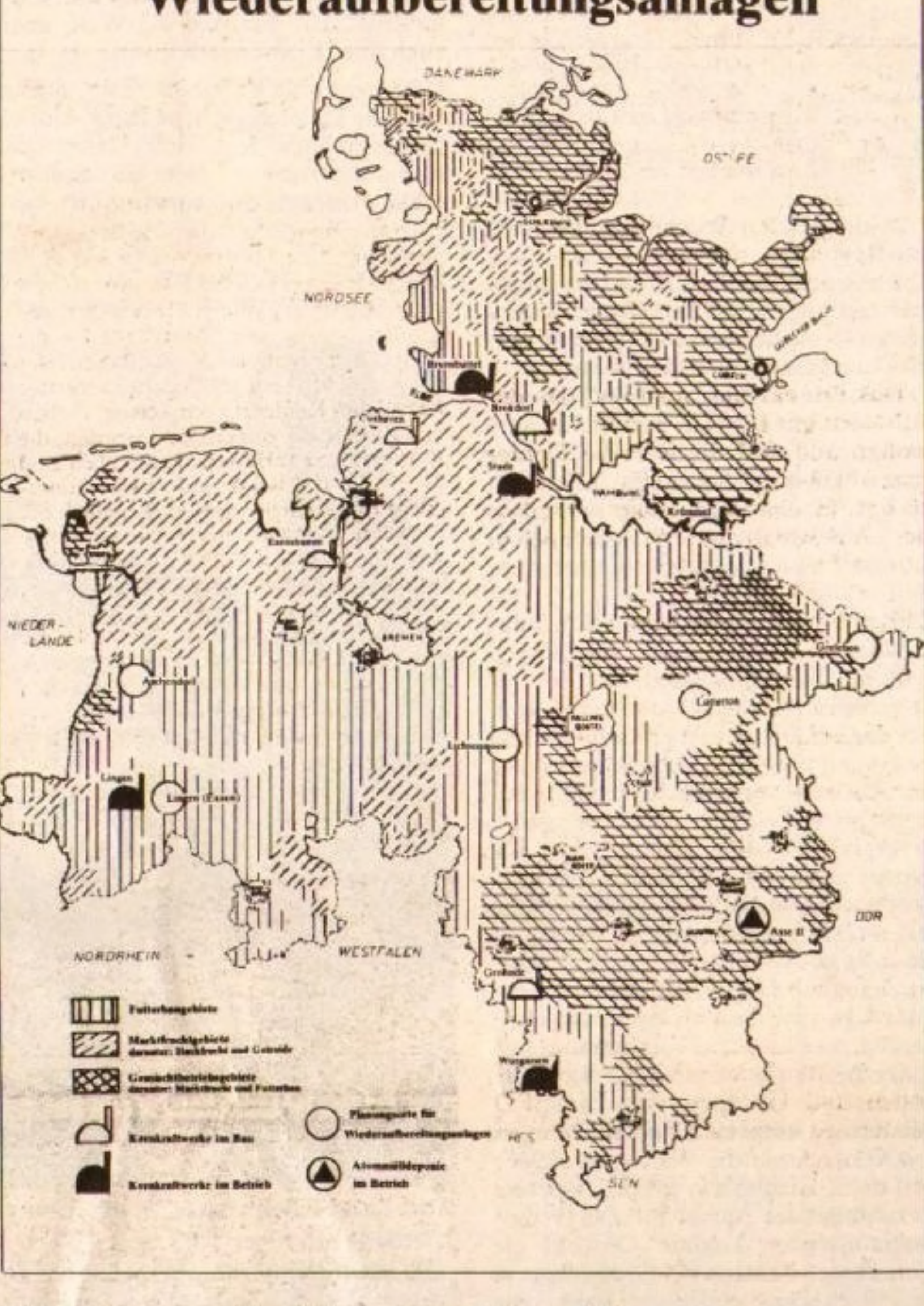
Mit der „Menschenrechtskampagne" im Rücken und die empfindsame Reaktion der Sozialimperialisten vor Augen haben die USA einen kühnen Verhandlungsschachzug gemacht. Sie schlugen den Sowjets eine „wirkliche Abrüstung" vor, während alle bisherigen Abrüstungsgespräche stets nur um Rüstungsbegrenzungen gingen, die weit höher lagen als die vorhandene Rüstung. Der Trick bei dieser „wirklichen Abrüstung" besteht darin, daß die Rüstung zwar auf die gleiche Höhe reduziert werden soll, aber stets auf die Höhe, die den USA genehm ist, weil gerade erreicht. Sie soll nur die Waffen umfassen, in denen die Sowjets überlegen sind, vor allem schwere Trägerwaffen. Als Druckmittel diente den USA in diesen Verhandlungen der Bau der neuen Lenkrakete „Cruise missile", die den sowjetischen Radarschirm unterfliegen kann und von der Sowjetunion in den nächsten Jahren anscheinend nicht nachgebaut werden kann. Davon gehen die US-Imperialisten wenigstens aus. Der Vorschlag des Pfaffen Carter schlägt also mehrere Fliegen mit einer Klappe: Er nimmt den Sozialimperialisten den Trumpf, Vorwärtsstrategen in Sachen Abrüstung zu sein, aus der Hand, indem er auf „wirkliche Abrüstung" drängt; er sichert unter dem Deckmantel der Gleichbehandlung den USA eine Überlegenheit bei den betroffenen Waffen und läßt gleichzeitig die Frage der „Cruise missile" offen. Außer den Sozialimperialisten und einigen Experten konnte diesen Trick natürlich niemand so schnell durchschauen. Die Sozialimperialisten, selber in solchen faulen Tricks erprobt, schrien Zeter und Mordio und fühlten sich übertölpelt. Als Mittel dagegen hatten sie nur kleinliche diplomatische Schikanen. So hielten sie Außenminister Vance hin und verhandelten nicht. Nach dem Abflug von Vance eröffneten sie eine Pressekampagne und ließen sich über die Schlitzohrigkeit des Carterschen Vorschlages aus, der sie hätte hereinlegen wollen, was unter Supermächten nicht sein dürfe. Carter, der einfache Mann und Laienprediger, hatte schon wieder einen neuen Schnack auf Lager.

Carter teilte mit, die Gespräche mit der Sowjetunion seien „äußerst konstruktiv" gewesen. Dann ließ er sich darüber aus, daß ihn nichts und niemanden daran hindern könne, die Menschenrechte überall in der Welt zu vertreten, daß die SALT-Verhandlungen hoffentlich zu einem guten Ende kämen, wenn nicht, dann sei es traurig. Für die USA allerdings sei es nicht so schlimm, weil sie hätten ja einige größere Rüstungsprojekte produktionsbereit, und die müßte man dann halt produzieren. Aus der „Umgebung Carters" aber wurde verlautet: „Die Kreml-Führung sei zu alt, zu konservativ und zu starr in ihrem Denken, um sich auf Neuerungen einzustellen. Ihr fehlten die notwendige Flexibilität und Phantasie." Sowas nennt man Politik der Nadelstiche.

Die SALT-Verhandlungen sind etwas ganz Abstraktes, denn sie drehen sich um Waffen, und um Waffen geht es nicht bei der Rivalität der beiden Supermächte. Wenn sie von Waffen sprechen, dann meinen sie eigentlich Erdteile. Versteckt ist das auch in den SALT-Verhandlungen da, wenn über Reichweiten und Standorte der Waffen debattiert und verhandelt wird. Es ist aber nichts Handfestes, um was es bei diesen Verhandlungen offen geht. Es ist, wie wenn zwei fingerhakeln, die eigentlich um die Weltmeisterschaft im Boxen rivalisieren. Die beiden Supermächte streiten sich nicht um Waffen, sondern um die Welt, und für ihre Erfolge und Mißerfolge sind nicht die Waffen entscheidend, sondern, inwieweit sie die Völker, insbesondere die eigenen Völker, für ihre schmutzigen Absichten einsetzen können. Da waren die USA in den letzten Jahren ständig im Nachteil. Carters Politik zielt darauf, diesen Nachteil zu überwinden. Versteht man das, dann versteht man seine Politik. Carter bemerkte auf einer Pressekonferenz, seine Außenpolitik werde offen betrieben, damit sie „Stärke direkt vom Volk beziehen" könne. Es ist so: Er macht eine besonders hinterlistige Politik, damit er das Volk im Kampf gegen den Imperialismus schwächen kann. Die westdeutsche Presse beginnt das zu verstehen und begrüßt es begeistert. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", der man Konservativismus nachsagt, hebt lobend hervor: „Carter gelingt es rasch, Amerika außenpolitisch hinter sich zu einen. Das schafft Stärke und Handlungsfreiheit." Die Sozialimperialisten haben das schon gespürt. Sie verschärfen ihrerseits nicht nur die Tonart, sie verschärfen die Gangart. Podgorny hat letzte Woche in Afrika gewirkt. Castro, dieser Lakai der Sozialimperialisten, war auch dort. In Afrika haben sie ein Zusammentreffen vermieden. Danach trafen sie sich in Moskau, wo Castro von der ganzen Spitzenclique der Sozialimperialisten auf dem Flughafen empfangen wurde. In Zaire drehen sie nach Angola an einem neuen Zug.

Es ist gut, wenn sich die Arbeiterklasse der Welt auf Krieg einstellt. Dann besteht die Möglichkeit, daß sie ihn verhindert.

Agrargebiete Norddeutschlands und Lage der Kernkraftwerke und die Wiederaufbereitungsanlagen



„... ist die Mehrwertsteuer die vernünftigste Quelle für zusätzliche Steuereinnahmen"

Der Streit zwischen SPD und CDU/CSU

CDU und CSU haben am 1. April das Steueränderungsgesetz 1977 der Bundesregierung im Bundesrat abgelehnt. Gleichzeitig haben sie den Entwurf des Haushaltsplanes 1977 so verändert, daß etwa der Betrag gekürzt wird, der den von SPD und FDP geplanten Steuermehreinnahmen entspricht. Der Streit geht darum, wie das Lohnsalair der Volksmassen am besten eingeschränkt und die Unterdrückung optimal verschärft werden kann.

Die Gesetzesvorlage der SPD-FDP-Regierung sieht eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar des nächsten Jahres von 11 Prozent auf 13 Prozent bzw. von 5,5 Prozent auf 6,5 Prozent vor. Zusätzlich zu den 2,5 Milliarden DM aus der Branntwein- und Tabaksteuererhöhung und zu den voraussichtlich 11,2 Milliarden DM Mehreinnahmen aus der Lohnsteuer in diesem Jahr will sich Finanzminister Apel damit 1978 runde 12,4 Milliarden DM mehr aus den Taschen der Arbeiter und Angestellten holen.

Das gesamte Steueränderungsgesetz ist eine Fortsetzung der imperialistischen Steuerreform mit der Reform der Einkommenssteuer 1975, der Körperschaftssteuer 1977, dem Haushaltsstrukturgesetz und der Erhöhung der Tabak- und Branntweinsteuer. Ein kleiner Teil – 1,77 Milliarden DM – soll für die Erhöhung des Kindergeldes aufgewendet werden. Über 3 Milliarden DM fließen den Kapitalisten durch gleichzeitige Senkung der Gewerbe- und Vermögenssteuer sowie durch Änderung des § 7b im Einkommenssteuergesetz zu. Die hinterhältigste ist die Änderung der Lohnsteuer. Die Obergrenze des Freibetrags für „Vorsorge" soll erhöht werden. Bei den Lohnabhängigen sind dies die Beiträge zur Sozialversicherung. Die unteren Lohngruppen können diese neue Obergrenze nicht ausnutzen. Lohnen tut sich die Sache lediglich für den Anhang der Bourgeoisie. Bei 60 000 DM Jahreseinkommen macht es immerhin 65 DM im Monat aus, mehr als die meisten Arbeiter aus den neuen Tarifverträgen netto bekommen. Just in dem Augenblick, in dem die Kapitalisten ihre Steuererklärung für 1975 machen.

Zum Vergleich: Die neuen Tarifverträge in der Metallindustrie und im Öffentlichen Dienst werden die Kapitalisten nach eigenen Angaben 15,5 Milliarden DM kosten. Die geplante Steueränderung vervollkommnet diese Tarifverträge und erzwingt die Verelendung der Arbeiter in den unteren Lohngruppen und derer, die ihre Arbeitskraft nicht mehr verkaufen können. Den Kapitalisten wird zugeschoben. Zugleich werden die Finanzen zentralisiert, die Geschenke an die Kapitalisten werden aus den Gemeindehaushalten finanziert, die Steuererhöhungen kommen in erster Linie dem Bund, in zweiter Linie den Ländern zugute. Im Bundestag ließen einige Abgeordnete heraus, daß die Mehreinnahmen im Finanzausschuß bereits fest für die militärische Aufrüstung eingeplant wurden.

Weshalb haben CDU und CSU gegen diese Pläne gestimmt? Auch sie sind für eine Erhöhung der Steuer auf Lohn, nur jetzt noch nicht und so nicht. Sie wollen den Lohn lieber direkt senken. Die indirekten Steuern sind ein Preisaufschlag des Staates auf alle Waren, die die Volksmassen als Lebensmittel kaufen müssen. Der Aufschlag fließt zwar der Kapitalistenklasse zu, aber er engt den Spielraum ein, in dem die einzelnen Kapitalisten den Lohn, den sie zahlen müssen, drücken können. Die Pläne der CDU/CSU, vorgetragen vom pfälzischen Finanzminister Gaddum, weisen auch im Haushalt diese Richtung. Die Hauptposten sollen bei der Post, beim Personaletat des Bundes, bei der Arbeitslosenversicherung und beim Kindergeld geholt werden. Alles zielt auf Kürzung des Lohnes. So stellt sich die CDU/CSU das vor. Hier soll erst noch weiter „ausgeschöpft" werden.

Es gibt einen handfesten Unterschied zwischen den Bourgeois in der Sozialdemokratischen Partei und den Bourgeois in der Christlichen Union. Erstere kommen oftmals nicht durch Geburt in den Genuß von Eigentum und Profit, sondern erst durch ein Amt im Staatsapparat. Nirgendwo ist Korruption und die Auswucherung des Staatsapparates so weit entwickelt wie in den SPD-regierten Städten und Bundesländern. Die Sozialdemokraten sind die entschiedeneren Verfechter für direkte Verwachsung des Staatsapparates mit dem Monopolkapital und des „Netzes der sozialen Sicherheit". Zu der Erhöhung des Kindergeldes für zwei und mehr Kinder heißt es im Gesetzentwurf: „Eine Anpassung sämtlicher Kindergeldsätze an die in der Zeit von Anfang 1975 bis Anfang 1978 eingetretene und noch zu erwartende Entwicklung der Kosten für die einfache Lebenshaltung eines Kindes ist finanzwirtschaftlich nicht vertretbar; eine Erhöhung sämtlicher Kindergeldsätze z.B. um 20 v.H. würden den Bund etwa 2,8 Mrd. DM jährlich kosten." Es ist das Eingeständnis, daß es den Sozialdemokraten in der Regierung gelungen ist, durch das Kindergeld den Lohn um 2,8 Milliarden DM mindestens zu senken. In der Beschlagnahme von Lohngeldern unter staatliche Verwaltung, darin ist die SPD Meister.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat sich entschieden, daß die Mehrwertsteuer „keineswegs so unsozial, wie immer behauptet" sei, „denn schließlich zahlen die Höherverdienenden mit einem entsprechend höheren Verbrauch wesentlich mehr als jene, die weniger konsumieren". Auch die Bundesregierung findet: „Die vorgeschlagene Erhöhung kann als weitgehend verteilungsneutral bezeichnet werden, da sie das verfügbare Einkommen in etwa gleichmäßig belastet." Jawohl, die erhabene christlich-sozialdemokratische Gerechtigkeit belegt den Hummer-Cocktail mit demselben Steuersatz, wie sie den Verbrauch von Spaghetti verteuert und einschränkt.

Helmut Schmidt hat gedroht, wenn die Sozialdemokraten nicht an der Regierung blieben, wäre es mit dem sozialen Frieden vorbei. Die Finanzbourgeoisie läßt schon verhaltene Zustimmung verlauten. Die „Frankfurter Allgemeine": „Natürlich ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer höchst unerfreulich, aber es ist doch zu erwägen, ob sie nicht das kleinere Übel ist." Voraussetzung seien die Steuergesechenke an die Kapitalisten. Und das „Handelsblatt" erwärmte sich: „... ist die Mehrwertsteuer die vernünftigste Quelle für zusätzliche Steuereinnahmen. Sie trifft als Verbrauchssteuer die Investitionen kaum, verschlechtert die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen auf den Weltmärkten nicht, ist ein Stück doch einmal notwendig werdender europäischer Steuerharmonisierung."

Die Bourgeoisie bereitet Steuererhöhungen vor. Die Sozialdemokraten betreiben sie am entschiedensten, weil sie am entschiedensten die Auswucherung und Stärkung des imperialistischen Staatsapparates betreiben. Die CDU/CSU wirkt bloß als Garant, daß die SPD angestachelt werde, ihre gepriesenen Unterdrückungskünste vollständig einzusetzen. Noch ist sich die Bourgeoisie nicht ganz einig. Für die Arbeiter ist das günstig. Es ist günstig, um den Kampf für die Abschaffung der indirekten Steuern und für 1 500 DM Steuerfreibetrag zu verstärken.

Überzeugung

Die führenden Sozialdemokraten in der Personalabteilung bei der BEWAG (Elektrizitätswerke) Westberlin hatten sich einen schmierigen Plan ausgeheckt. Die Lehrlinge des 3. Lehrjahres sind genötigt worden zu einer Unterschriftensammlung für das Verbot des KBW und der KPD/ML als kriminelle Vereinigungen.

Es war die Rede davon, daß die Unterschriftensammlung erst auf den ganzen Betrieb und dann auf die ganze Stadt ausgedehnt werden solle. Dies findet nicht statt. Der Grundlehrgang weigert sich weiterhin, zu unterschreiben. Die Sozialdemokraten brüten. Etwas ist ihnen schief gegangen. Sie wollten, daß wir über die Lehrlinge herfallen. Dann hätten sie sich als deren Beschützer vor den „gewalttätigen Kommunisten" aufspielen können und eine Story daraus gemacht. Darüber hofften sie dann, das Projekt weitertreiben zu können. Wir haben die Sache so behandelt, wie sie ist: als einen Akt widerlichster Unterdrückung, der in den Chefetagen der BEWAG, wenn nicht noch an höherer Stelle ausgekocht worden ist.

Ein Meister von der BEWAG ist auf der Straße angesprochen worden. Er meinte, es sei ungeheuerlich, von Erpressung zu sprechen. Es sei nur mit Diskussion und Überzeugung gearbeitet worden. Damit hat er zugegeben, was wir von Anfang an gesagt haben: diese Initiative hatte ihren Ausgangspunkt niemals bei den BEWAG-Lehrlingen, sondern bei den führenden Sozialdemokraten in der Geschäftsleitung und wahrscheinlich im Betriebsrat.

Wir können uns diese Überzeugungsarbeit lebhaft vorstellen. 28 Lehrlinge waren es im dritten Lehrjahr. 20 Arbeitsplätze waren bloss vorgesehen. Jetzt sind die Lehrlinge erstmal alle übernommen worden. Aber die Werksärztin hat bereits bei einigen Nichteinstellung empfohlen, „wenn vorhandenes Übergewicht nicht reguliert würde". Eine andere Art Überzeugungsarbeit wird vorbereitet: „Bei Ihrem Gewicht hält das Ihr Kreislauf nicht aus. Es wäre verantwortungslos von uns ...". Die BEWAG-Arbeiter sind gezwungen, z.T. bei Temperaturen von 80 Grad Celsius zu arbeiten!

Die Jugendarbeitslosigkeit ist groß und nimmt zu. „Das Rennen um die Ausbildungsplätze wird 1977 noch schärfer als in den Vorjahren", schrieb die „Süddeutsche Zeitung" vom 16.2. Arbeitslose Jugendliche bekommen kein Arbeitslosengeld und müssen ihren Eltern auf der Tasche liegen. Oder sie müssen in die Fabrik als Hilfsarbeiter für einen Hungerlohn. Alkoholismus und Rauschgifteinnahme sind gestiegen unter den Jugendlichen. Das sind Tatsachen. Die BEWAG-Lehrlinge kennen diese Tatsachen. Sie wollen nicht so leben. Sie wollen ihre Fähigkeiten entwickeln und ihre Arbeitskraft unter möglichst günstigen Bedingungen verkaufen. Sie wollen nicht bei der BEWAG rausfliegen und ohne Arbeit, ohne Geld und mit dreijähriger vergeblicher Anspannung dastehen. Deshalb haben sie unterschrieben. Es ist dreckige, nackte Erpressung und Nötigung. Sie ist besonders schäbig, weil sie gegenüber Jugendlichen vorgenommen wird. Die Erziehungsgewalt, die die BEWAG-Kapitalisten, worunter Klaus Schütz Hauptaktionär ist, als Lehrherren über die Lehrlinge ausüben, nutzen sie, um diesen Jugendlichen für ihr Leben das Rückgrat zu brechen. Wer zu so etwas gezwungen wurde, vergißt das ebensowenig wie alte Arbeiter es vergessen können, wenn sie einst z.B. für einen Arbeitsplatz in die NSDAP gezwungen wurden.

Wir hatten gesagt, dieser Schuß geht nach hinten los. Die Jugendgruppe bei der BEWAG hat eine Veranstaltung zum Energieprogramm der Bundesregierung beschlossen und dazu Vertreter der Bürgerinitiative gegen das Kraftwerk Oberjägerweg eingeladen. Die ÖTV-Jugendgruppe an der Technischen Universität hat den BEWAG-Lehrlingen geschrieben, daß sie dies Erpressungsmanöver für eine große Sauerei hält und ihnen eine gemeinsame Veranstaltung gegen das „kriminelle Energieprogramm" der Bundesregierung vorgeschlagen, „mit solidarischen Grüssen".

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 5129 Sandhoferstraße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621 / 752015 – gedruckt in Plankstadt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045 – zu bestellen über Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, Sandhoferstraße 29, 6800 Mannheim – Jahresabonement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 14/1977: 32 000

Demonstrationen und Kundgebungen am 1. Mai gegen das Kernenergieprogramm

Spaltung auf der Wilster Konferenz am 3.4.1977

Nach der Demonstration gegen das KKW Brokdorf und nach den Aktionen gegen das KKW Grohnde fand am Sonntag, den 3.4. die Landeskonferenz der Bürgerinitiativen in Wilster statt. An dieser Konferenz beteiligten sich die Marschenkonferenz, die Westküstenkonferenz, Ostseeküstenkonferenz und die Konferenz der Hamburger Bürgerinitiativen. Nach den politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Bürgerinitiativen über die Führung des Kampfes gegen die Kernkraftwerke war klar, auf der Konferenz muß auf der einen Seite die Kritik gegen die Abwiegelei und Spaltung der Demonstrationsleitung in Brokdorf geführt werden, auf der anderen Seite muß die Fortsetzung des Kampfes beschlossen werden. Dies waren die Vorstellungen des KBW und die Vorstellungen einiger Bürgerinitiativen. Dies wußten die opportunistischen Kräfte, die unter Leitung des KB Nord ihre Hauptaufgabe in der weiteren Spaltung der Bewegung sehen. Diese Spaltung der Arbeiter und Bauern mußte anknüpfen an die Niederlage in Brokdorf, wo der Zusammenschluß mit dem Ziel, den Bauplatz zu besetzen, hintertrieben wurde. Diese Spaltung muß fortgetrieben werden, wenn sich der KB Nord in der Bewegung dick und breit machen will und die selbständige Kraft der Arbeiterklasse unterdrücken will.

Diese Spaltung können sie nur zum 1. Mai perfekt machen. Am 1. Mai demonstrieren die Arbeiter für ihre Rechte und Ziele im Kampf gegen die Kapitalistenklasse. Der Zusammenschluß auf richtigen und einheitlichen Forderungen mit den Bauern ist ein Ziel.

Die Taktik der Opportunisten auf der Wilster Konferenz konnte also nur die breite, unorganisierte Diskussion sein, denn daß sie scharfe Kritik aus den Reihen der Bürgerinitiativen einstecken mußten, war nach den Beschlüssen in den letzten Wochen klar. So wurden die Mitglieder der Demonstrationsleitung mehrmals aufgefordert Stellung zu nehmen. Spät am Abend meldete sich auch Hopfenmüller zu Wort, zog aber dann zurück.

Die Massen wollen den Kampf gegen die Kernkraftwerke organisieren. Daß die herrschende Klasse geschlagen werden kann, wird in den Kämpfen immer wieder deutlich, so bei den Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde und auch in den einzelnen Kämpfen an den Orten und in den Städten gegen die Politik des Imperialismus. Dies ist die Lage. Die Bewegung ist gespalten, uneins, aber daß die KKW's und das Energieprogramm der Bundesregierung fallen müssen, ist den meisten klar. Dies wissen auch die organisierten Opportunisten. Vorschläge müssen sie unterbreiten und richtige Vorschläge ablehnen. Die Einheit auf einer politischen Linie, die der Arbeiterklasse entgegensteht, wollen sie.

Nachdem der KBW auf der Konferenz eine Resolution zur Ausrichtung des weiteren Kampfes einbringen wollte, sollte das Verlesen der Resolution mit Redebegrenzung von drei Minuten abgewürgt werden, nachdem die vereinigten Opportunisten stundenlang ihren Senf vorgetragen haben. Der Antrag wurde weiterverlesen. Dies ließ das Präsidium nicht zu. Durcheinander und Hektik bei den Opportunisten, Sorge, die Konferenzführung aus dem Griff zu verlieren. Abbruch der Konferenz ohne neue Terminangabe war zu diesem Zeitpunkt die einzige Möglichkeit für sie, die Sache in den Griff zu bekommen. Vorausgegangen war eine Abstimmung, daß der KBW den Saal verlassen soll. Dieser Antrag, vom KB Nord initiiert, sollte die taktische Lage zu Gunsten der Opportunisten klären. Da der KBW sich an solche Beschlüsse nicht hält, denn sie gehen offen auf Spaltung, sind die Delegierten, die im KBW sind, und andere Mitglieder und Freunde der Organisation nicht aus dem Saal gegangen.

Das Projekt der Spaltung, das der KB Nord mit Händen und Füßen verteidigt, und deshalb auch die Konferenz abgeblasen hat, heißt: „Fete am 30.4.“. In einem Flugblatt schreiben sie: „Aus Anlaß des 1. Mai hat auch in diesem Jahr wieder der Kommunistische Bund (KB) die Initiative zur Durchführung eines großen Volksfestes ergriffen. In diesem Jahr soll die Fete bereits am 30. April (nachmittags und abends) steigen, weil der 1. Mai ein Sonntag ist und viele Freunde und Genossen am nächsten Tag wieder früh ihren Arbeitstag beginnen müssen.“

Diese Fete sollen viele Organisationen unterstützen: „Wenngleich wir die Eigeninitiative der beteiligten Gruppen und Organisationen für das wichtigste halten, so wollen wir dennoch zusätzlich ein buntes Programm aus verschiedenen Elementen zusammenstellen.“

„Herzlich“ laden sie alle Organisationen und Gruppen ein. Die SPD müssen sie vergessen haben, denn in den Gewerkschaften lancieren sie oft derartige Beschlüsse gegen richtige Vorschläge der Arbeiter für eine Demonstration am 1. Mai. Eine gemeinsame Feier könnte gehen. Dafür haben sie die FDP-Jugend eingeladen, von den Sozialdemokraten das SB.

Osterspaziergänge sind die aktuellen Aktionsformen der vereinigten Opportunisten im ganzen Land. So soll ein Ostermarsch zum KKW Biblis stattfinden, nach Grohnde soll ein Marsch sein und der KB Nord in Hamburg will den Dänen beim KKW Gesthacht die Hände schütteln. „Auf zum (Atom)-Eier-Suchen!“ ruft der KB Nord im neuen Arbeiterkampf auf und will mit diesen Aktionen an eine alte Tradition der Wandervögel anschließen.

Die Opportunisten in Kiel nennen dies: Den „emotionalen Zusammenschluß“, der vermittels einer „Fete“ mit einer Portion „Feeling“ gefördert werden soll.

Dies ist die Taktik des KB Nord zum 1. Mai. Er wird schon am 1. Mai demonstrieren müssen. Die Taktik, die sie eingeschlagen haben, werden sie diesmal nicht endgültig durchsetzen können. Maidemonstrationen werden von vielen Arbeitern begrüßt, Bürgerinitiativen wollen gemeinsam Kundgebungen und Demonstrationen mit den Gewerkschaften abhalten. Die Opportunisten werden also gezwungen sein, am 1. Mai zu demonstrieren, nicht um diese Demonstrationen zu unterstützen, sondern um die Spaltung noch tiefer zu treiben.

Die günstige Lage im Kampf gegen das Energieprogramm der Bundesregierung muß genutzt werden, um die Einheit der Arbeiter und den Zusammenschluß von Arbeitern und Bauern herzustellen und damit den weiteren Kampf gegen das Energieprogramm vorzutreiben. Die Regierung muß mit ihrem Energieprogramm zurückstecken. Deshalb werden wir keine neuen Formen suchen, wie in Grohnde erklärt wurde, sondern die Erfahrungen der Arbeiter nutzen, den Zusammenschluß herzustellen. Dies hat die Arbeiterbewegung seit über achtzig Jahren am 1. Mai getan, auch dieses Jahr. Die Beschlüsse, die in Kiel, Hamburg, Bad Segeberg, Preetz, Pinneberg, Eckernförde, Itzehoe, Elmshorn, Husum und anderen Orten von Bürgerinitiativen und Körperschaften für eine einheitliche Maidemonstration gefaßt wurden, sind Beweis dafür.

Regionalleitung Nord des KBW – Ständiger Ausschuß

Folgende Resolution wurde von Mitgliedern der Bürgerinitiativen und Delegierten nach Spaltung der Konferenz beschlossen:

Die Landeskonferenz der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe ist von opportunistischen Kräften aufgelöst worden, als nach sieben Stunden Konferenzdauer ein Antrag zum 1. Mai vorgetragen worden ist, der eine Grundlage für die nächsten gemeinsamen Aufgaben der Bürgerinitiativen legt. Angeblich soll der KBW die Konferenz chaotisiert haben und ist deshalb aufgefordert worden, die Konferenz zu verlassen. Tatsächlich sind Mitglieder des KBW und andere konsequent dafür eingetreten, daß endlich die nächsten Aufgaben besprochen werden, weil sie die Nase voll hatten von stundenlangem konsequenzlosem Geschwätz.

Der Antrag zum 1. Mai war notwendig als Grundlage der weiteren Arbeit, um die politische Einheit, besonders das Bündnis von Arbeitern und Bauern im Kampf gegen das Energieprogramm zu festigen, das ohne diese Einheit nicht zu Fall gebracht werden kann.

Abgewürgt wurde dieser Antrag vom Präsidium kurz vor Ende, wo es bezeichnenderweise heißt: "Diese Gewalt (des Volkes) ist die Kraft der politischen Einheit der Tausenden von Menschen, die das Ziel haben, das KKW Brokdorf zu beseitigen und es tun werden ..."

Die Auflösung der Konferenz durch das Präsidium hatte keinen anderen Zweck, diesen Antrag und damit die Festlegung des nächsten, politisch bedeutsamsten Schrittes der Bürgerinitiativen zu verhindern.

Die Unterdrückung der politischen Auseinandersetzung durch die opportunistischen Kräfte haben sie von Anfang an auf der Konferenz betrieben. Entgegen den Beschlüssen der Ostseeküsten- und Marschenkonferenz, die Rechenschaftslegung von der Demonstrationsleitung zum 19.2. forderten, wurde dies verhindert. Stattdessen haben sie eine dreistündige, völlig konsequenzlose Fragestunde inszeniert, um die Rechenschaftslegung zu verhindern, Stellungnahmen von mehreren Bürgerinitiativen unterdrückt, die diesen Absichten entgegentraten. Offenkundig hatte die Demonstrationsleitung einiges zu verbergen.

Wir, die Unterzeichnenden dieses Flugblattes, haben uns nach der Auflösung der Landeskonferenz zusammengesetzt, um die nächsten Aufgaben zu beraten. Wir fordern alle Bürgerinitiativen auf, (...) den Kampf um die politische Einheit der Arbeiter und Bauern gegen das Energieprogramm in Hinblick auf den 1. Mai zu führen und diesen sofort vorzubereiten. Die Verankerung unserer Forderungen auf den Mai-Demonstrationen wird eine gute Grundlage schaffen für einen erfolgreichen Angriff auf den Bauplatz des KKW Brokdorf zum baldest möglichen Zeitpunkt.

Wir fordern die sofortige Einberufung einer erneuten Landeskonferenz, auf der die zum 19.2. gewählte Demonstrationsleitung Rechenschaft über ihre Tätigkeit ablegt, sowie die Aufgaben zum 1. Mai und weitere Schritte des Kampfes besprochen werden. Als Termin schlagen wir den 16.4. vor. Zur Vorbereitung des 1. Mai fordern wir auf, rasch Beschlüsse in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Universitäten zum Kampf gegen das Energieprogramm zu fassen.



Japans zweite „grüne Revolution“ in Asien

Die japanischen Imperialisten arbeiten gegenwärtig an einem eigenen Plan für eine zweite „Grüne Revolution“ in Asien. Mehrere Millionen Yen hat das japanische Finanzministerium dafür bereitgestellt. Dieser Plan ist Bestandteil der Strategie des japanischen Imperialismus, dreißig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg erneut im asiatischen Raum die wirtschaftliche und militärische Vorherrschaft zu erringen.

Zum einen soll dieser Plan eine Exportsteigerung der japanischen Düngemittelindustrie und der Landmaschinenindustrie einleiten, zum anderen soll darüber die Schaffung von Stützpunkten im asiatischen pazifischen Raum erreicht werden. Diese Absichten sind direkter Bestandteil der Kriegsvorbereitungen des japanischen Imperialismus.

Gegenwärtig klagen die japanischen Düngemittelindustrien und Landmaschinenindustrien laut über einen Rückgang ihres Verkaufs innerhalb Asiens und in der Welt. „Die japanische Düngemittelindustrie rechnet mit einem Rückgang von 30 bis 50 Prozent ihrer Produktion, wenn der Export ihrer Waren weiterhin zurückgeht.“ Zunehmender Konkurrenzkampf mit den Imperialisten aus den USA und der UdSSR, den imperialistischen Ländern Westeuropas sowie vor allem die selbständige Entwicklung ihrer Wirtschaft in immer mehr Ländern der Dritten Welt, ihre verstärkte wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit gegenüber den Imperialisten sind Ursache für den Rückgang der japanischen Geschäfte und damit der Realisierung der Profite dieser Wirtschaftszweige.

Die Landmaschinenindustrie und die Düngemittelindustrie Japans haben im Zuge der Kapitalisierung der japanischen Landwirtschaft in den letzten Jahren sich zunehmend entwickelt. Vor dem Zweiten Weltkrieg hatte in Japan die Landwirtschaft großteils noch feudalen Charakter und war nach dem System des Großgrundbesitzes und des Pachtsystems organisiert. Dieses System reichte vor dem Zweiten Weltkrieg nicht aus, Japan als ganzes zu ernähren und vor allem die aggressiven Kriegsabenteuer zu tragen, die der japanische Imperialismus ab Mitte der dreißiger Jahre immer offener ansteuerte, nämlich die Beherrschung eines großen Teils Asiens mit Japan als Mittelpunkt. Verschiedene Eroberungsfeldzüge der dreißiger Jahre gegen Korea und China hatten zwar in erster Linie zur Absicht, die großen Rohstoffschätze wie Erze, Kohle usw. dieser Gebiete auszubeuten und die Völker zu versklaven. Die Sicherung der Nahrungsmittelzufuhr Japans und seiner Truppen war dabei ein nützlicher und notwendiger Bestandteil, denn Korea und China haben große Gebiete mit fruchtbarem Boden, welcher von den japanischen Imperialisten ausgebeutet wurde. Das ermöglichte den Japanern die Schaffung von Stützpunkten und die Schaffung von großen Vorratszentren auch an Nahrungsmitteln als eine Voraussetzung, die Kriegsabenteuer des Zweiten Weltkrieges entfesseln zu können.

So schreibt ein Mitglied der sowjetischen Aufklärung 1939 über die japanischen Kriegsvorbereitungen, daß „mit einem sehr großen Plus die japanische Wirtschaft in den Krieg getreten ist: mit einer gesicherten Ernährungsdecke, die Eigenproduktion ergänzt durch Reisanbau Formosas und Koreas und eine seit Jahren betriebene Vorratswirtschaft. Auch für das kommende Jahr noch der diesjährigen Ernte der aufgrund 80 Millionen Koku (1 Koku gleich 1,8 hl, gefüllt mit Reis, was dem Gewicht von 150 Kilogramm gleichkommt) geschätzte Bedarf gesichert und darüberhinaus eine auf 7 Millionen Koku geschätzte Reserve.“

Den Zweiten Weltkrieg hat Japan verloren und mit ihm auch alle Gebiete, die zur Nahrungsmittelproduktion ausgebeutet wurden außerhalb Japans. Das hat die japanische Bourgeoisie gezwungen, die Nahrungsmittelproduktion im Lande selbst zu fördern, was eine Beseitigung alter Feudalstrukturen auf dem Lande nötig machte. Die Ergebnisse der Landreform waren die Auflösung des Pachtwesens im alten feudalen Stil und die Einführung des kleinbäuerlichen Privatbesitzes, die die Grundlage für eine umfassende Kapitalisierung der Landwirtschaft bildete. Kleine Bauern konnten vielfach im Konkurrenzkampf mit dem Großbauern nicht bestehen und mußten ihre Höfe aufgeben und in die Städte abwandern, um sich dort als Lohnarbeiter zu verkaufen. Das Land wurde meist von den Großbauern angeeignet, die Landarbeiter ausbeuteten und Maschinerie in großem Umfang einsetzten, Produktionsmittel, die sich die kleinen Bauern niemals alleine leisten können. Diese Entwicklung, die gegenwärtig noch andauert in Japan, führt gleichzeitig dazu, daß sich die landwirtschaftliche Nutzfläche des Landes verkleinert hat. Die Großbauern, die die Gehöfte der zugrundegerichteten Bauern aufgekauft bzw. mit deren Verkauf die kleinen Bauern ihre Schulden bezahlen mußten, lassen diejenigen Gehöfte, deren Ertragslage niedrig und schlechter gelegen waren wie an Berghängen usw., verkommen und unbebaut, weil ihr Produktionsprozeß zu oft unterbrochen wird bei Anwendung von Maschinen. Die landwirtschaftliche Nutzfläche hat sich in Japan verkleinert von 1965 6 004 Hektar (in Tausend) auf 1973 5 600 Hektar. (Länderbericht 1976) Entsprechend hat sich die Fläche der Wälder, des Gras- und des Ödlandes vergrößert. Japan ist gegenwärtig gezwungen, große Mengen Nahrungsmittel monatlich einzuführen, da die kapitalistisch betriebene Landwirtschaft von der gleichen Triebkraft ausgeht wie die kapitalistisch betriebene Fabrik, das heißt den größtmöglichen Profit erwirtschaften will, und dabei die Landwirtschaft als ganzes zugrunderichtet. Mit dieser Entwicklung der japanischen Landwirtschaft hat sich auch die Industrie der Landmaschinen und der Düngemittel entwickelt, die ihren Export in den letzten Jahren ungeheuer gesteigert haben.

Ein Rückgang des Exports dieser Produktionszweige durch die internationale Konkurrenz und den Zusammenschluß der Völker der Dritten Welt stört natürlich die Profitmacherei, was die japanischen Imperialisten gegenwärtig veranlaßt, eine Exportoffensive vorzubereiten, die unter dem Firmenzeichen „zweite Grüne Revolution in Asien“ eingeleitet werden soll. Zum anderen: Um einen Krieg vorzubereiten, braucht der japanische Imperialismus Stützpunkte, über die er den Nachschub an Nahrungsmitteln sichern kann. Fruchtbare Gebiete in China und Korea fallen für die japanischen Räuber weg, einfach Besetzen ist durch den Sieg des Sozialismus in diesen Ländern nicht mehr drin. Deshalb der Versuch, über verstärkte ökonomische Abhängigkeit der Länder Asiens von japanischen Düngemitteln und Landmaschinen und sonstigen Agrarchemikalien sich Stützpunkte zu sichern, die auch gleich nach dem Plan der japanischen Imperialisten mit Vorauskommandos bestückt werden sollen in Form von „mehr landwirtschaftlicher Beratung über Informationszentren, Reisanbauinstitute und Versuchsbetriebe“ in den verschiedenen asiatischen Ländern. Vorauskommandos, um über die neokoloniale Abhängigkeit die Versklavung ganzer Völker vorzubereiten.

Das wird am Widerstand der Völker Asiens scheitern, ebenso wie sich in Japan selber die kleinen Bauern stärker gegen die Vertreibung von Grund und Boden zusammenschließen, sich die Landarbeiter zusammenschließen gegen die kapitalistischen Grundbesitzer. Erst kürzlich haben japanische Landarbeiterversammlungen stattgefunden, 500 000 Landarbeiter gibt es gegenwärtig in Japan. Die Arbeiter fordern Erhöhung der Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Der Vorsitzende des Bauernverbandes rief auf zum Kampf gegen die Kapitalisten. Solidaritätsadressen sandte die Gewerkschaft der Bauarbeiter auf diese Versammlungen. – (Z-Red.)

1. Mai 1916 in Braunschweig

Arbeiterjugend an der Spitze gegen den imperialistischen Krieg

„Die imperialistische Konkurrenz auf dem Weltmarkt und um die Beherrschung der Welt hat sich unter dem Druck der Krise verschärft und drängt zur Entscheidung. (...) Der Handelskrieg wird geführt, und der Krieg mit Waffen wird hektisch vorbereitet", heißt es im Maiaufruf des ZK des KBW.

Dabei streben die westdeutschen Imperialisten im Windschatten des US-Imperialismus danach, sich selbst einen großen Teil der Beute einzuverleiben. Diese Räuberei wird ihnen nur gelingen, wenn sie die wehrfähige Jugend – vor allem mit Hilfe der Sozialdemokraten – für ihre Ziele gewinnen.

Es braucht ihnen aber nicht zu gelingen. Wenn sich die Arbeiterbewegung ausschließlich von ihren eigenen Interessen leiten läßt, Klassenversöhnung und Sozialchauvinismus eine Absage erteilt, wird sie den imperialistischen Krieg bekämpfen und die Herrschaft des Finanzkapitals stürzen können. Das beweist gerade auch der Kampf der Braunschweiger Arbeiterjugend am 1. Mai 1916 gegen den Sparzwangerlaß des Generalkommandos des 10. Armeekorps, der trotz des Verrats der SPD-Führung am proletarischen Internationalismus unter Führung eines revolutionären Ortsvereins gewonnen wurde.

Der Sparzwangerlaß

Am 22. April 1916 hatte das Generalkommando „eine Beschränkung der Freiheit unserer Jugend, auch in der Verfügungsgewalt über ihren Arbeitsverdienst", verlangt.

Danach sollte den Jugendlichen nur ein Teil ihres Lohnes ausgezahlt, der Rest einem Konto gutgeschrieben werden, über das sie nur unter bestimmten Bedingungen verfügen konnten. Diese Verordnung schränkte außerdem die Freizügigkeit bei der Wahl des Arbeitsplatzes ein und bestimmte, daß Minderjährige nur mit behördlicher Genehmigung einen Arbeitsplatz außerhalb des Bereichs des X. Armeekorps annehmen konnten.

Die Berufung auf die öffentliche Sicherheit und den hohen Verdienst war eine Verhöhnung der Arbeiterjugend. Zweck dieser Anordnung war es, zusätzliche Mittel zur Bezahlung des Krieges aus der Bevölkerung zu pressen.

Diese Verordnung veröffentlichte der „Volksfreund" (die Zeitung der revolutionären Braunschweiger Sozialdemokratie) am 27. April 1916 unter folgender Nachricht:

„Wilhelm Brackes Todestag jährt sich heute zum 36. Male. Seine mannhafte Haltung während des Krieges 1870/71 ist der Braunschweiger Arbeiterschaft unvergessen, wie sie der deutschen Arbeiterbewegung unvergessen bleibt."

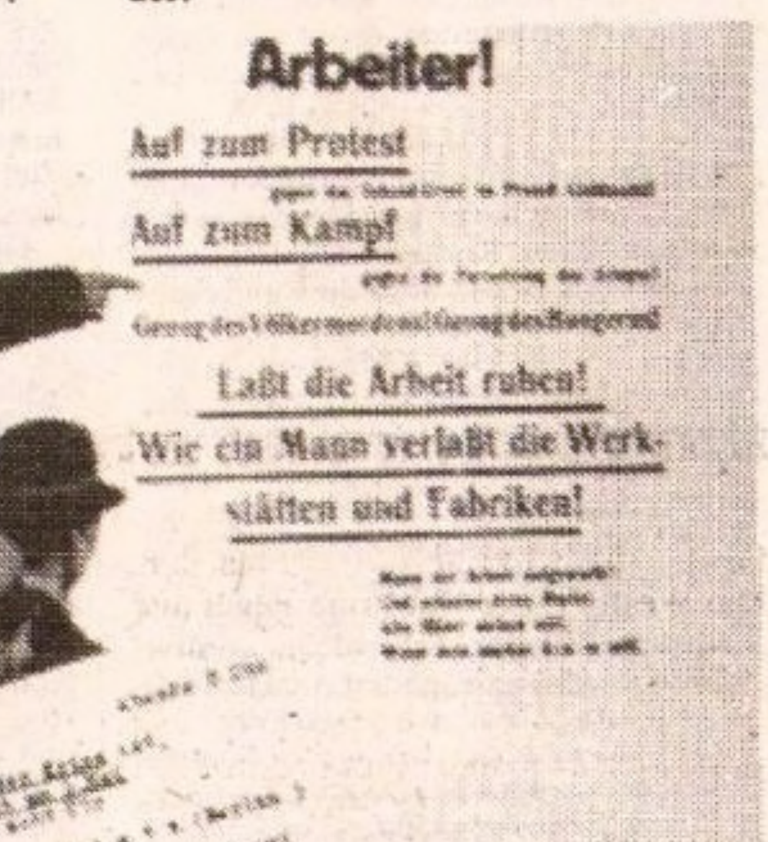
Mit dem Hinweis auf Brackes mannhafte Haltung fordert der „Volksfreund" die Arbeiterjugend geradezu auf, den im Anschluß veröffentlichten Durchführungsbestimmungen der am 22. April 1916 erlassenen Anordnungen des Sparzwanges im Bereich des X. Armeekorps ebenso mannhaft entgegenzutreten.

Die Empörung unter der Arbeiterjugend gegen diese Anordnung des X. Armeekorps war groß. Selbst als in einigen Betrieben die Unternehmer den jungen Arbeitern erklären ließen: Wenn ihr diese Anordnung nicht befolgt und nicht aufhört zu protestieren, sorgen wir dafür, daß ihr eingezogen werdet, konnte die allgemeine Empörung unter der Arbeiterjugend auch damit nicht eingedämmt werden.

Der Streik wird vorbereitet

Der Streik wurde vorbereitet auf einer Mitgliederversammlung des Braunschweiger Jugendbildungsvereins, einer revolutionären Jugendorganisation der SPD. Die SPD war damals in Braunschweig fast geschlossen revolutionär. Im April 1916 wurde von 500 Teilnehmern gegen 21 Stimmen auf einer Mitgliederversammlung eine Resolution beschlossen, in der es u.a. heißt:

„... es ist die Pflicht aller noch auf dem Boden des Sozialismus stehenden Parteigenossen, die Partei für den Sozialismus, für den grundsätzlichen Klassenkampf zur Beendigung des Völkermordens, für die Wiederherstellung der proletarischen Internationale von unten zurückzuerobern ..."



Kurze Zeit später wird der Vertreter des 1. Wahlkreises in Braunschweig, Wilhelm Blos, durch einen Beschluß aufgefordert, sein Mandat als Reichtagsabgeordneter niederzulegen, da er als Vertreter der Arbeiterklasse nicht mehr angesehen werden könne. Am 28. April begann die Agitation für den Streik. Das Schwergewicht lag bei Amme, Giesecke & Konnegen (AGK), heute Bühler-MIAG. Beschlossen war, den Streik „spontan" ausbrechen zu lassen, d.h. den Bildungsverein „offiziell" aus dem Spiel zu lassen.

Am 1. Mai, morgens 8 Uhr, legten die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter bei AGK geschlossen die Arbeit nieder und verließen den Betrieb. Ei-
nieder und verließen den Betrieb. Ei-
nige andere Betriebe schlossen sich im Laufe des Tages an. Der größte Teil aller streikenden Jugendlichen war auf der am gleichen Tage stattfindenden Maiveranstaltung der SPD erschienen und verlangte, der Streik gegen den Sparzwang solle mit auf die Tagesordnung dieser Veranstaltung gesetzt werden.

Diesem Verlangen konnte deshalb nicht entsprochen werden, weil der anwesende Leiter der politischen Polizei, Schulze II, für den Fall, daß ein solch „gemeingefährliches Thema" erörtert werden würde, die sofortige Auflösung der Veranstaltung androhte.

„Nachtausflug" zum Exerzierplatz

So entschlossen sich die führenden Köpfe der Jugendlichen, die auf dieser Veranstaltung anwesenden Streikenden zu einer anschließenden Versammlung aufzufordern. Daraufhin wurden alle jugendlichen Arbeiter zu einem „Nachtausflug" zum kleinen Exerzierplatz eingeladen. Um die Polizeibegleitung auf diesem Wege abzuschütteln, zogen die Streikenden daraufhin zum außerhalb der Stadtgrenze und damit außerhalb des Kompetenzbereiches der Stadtpolizei liegenden Querumer Holz. Nachdem die Polizei auf diese Weise ausgeladen war, formierte sich ein großer Demonstrationszug, und mehrere Hundert Jugendliche hielten an der Schunterbrücke ihre erste Streikversammlung ab. Arno Krosse forderte als Redner die Teilnehmer auf, die restlichen, noch arbeitenden Jugendlichen ebenfalls für den Kampf gegen den Sparzwang zu gewinnen.

Die Auswirkungen des entschlossen begonnenen Streiks zeigten sich am Morgen des 2. Mai: Die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter der Firmen Büssing, Luther und Jüdel (heute Siemens) legten ebenfalls die Arbeit nieder.

Die zweite Streikversammlung fand am 2. Mai im „Ölper Waldhaus" statt. Auf Antrag von Sachs und Krosse wurde hier beschlossen, über die Partei und die Gewerkschaften mit dem Generalkommando Verhandlungen über die Aufhebung des Sparzwanges einzuleiten.

Um ihre Entschlossenheit im Kampf gegen die Maßnahmen des Generalkommandos zu unterstreichen, formierten sich die Versammlungsteilnehmer im „Ölper Waldhaus" zu einem Demonstrationszug in die Stadt. Auf der Celler Straße, in Höhe des Gasthauses „Weißes Roß", gelang es der Polizei und der Feuerwehr diesmal noch, den Zug aufzulösen. An diesem Tage begannen die bis zum 5. Mai an-
Tage begannen die bis zum 5. Mai an-
dauernden Zusammenstöße mit der Polizei.

„Für das Pack sind Kartoffelschalen gerade gut genug"

Auf der am Morgen des 3. Mai stattfindenden Streikversammlung im Mastbruch an der Helmstedter Straße beschlossen dieses Mal bereits mehr als 2 000 Jugendliche eine Demonstration vor dem Rathaus. Treffpunkt war 12 Uhr auf dem Hagenmarkt.

Von dieser Absicht der Streikenden hatten die Polizeibehörden Kenntnis erhalten und den ganzen Hagenmarkt abgesperrt. Ihre Bemühungen, den Zutritt der Jugendlichen zum Hagenmarkt zu verhindern, waren jedoch vergeblich. Um 12 Uhr war der Platz voll von Demonstranten. Zwar gelang es der inzwischen verstärkten Polizei, die geplante Demonstration in Richtung Rathaus – Schloß zu verhindern, den Hagenmarkt zu räumen war sie nicht in der Lage. In dieser Situation wurden Sachs und Krosse zu Verhandlungen mit der Polizei über die Entfernung der von ihr errichteten Sperren beauftragt. Die Verhandlungen verliefen jedoch ergebnislos.

Inzwischen hatte sich die Erregung auf dem Hagenmarkt weiter gesteigert. Besonders unter den Frauen, die zusammen mit den Jugendlichen auf dem Hagenmarkt waren und vor der Firma Weyhe auf die Ausgabe von Kartoffeln warteten. Als unter ihnen bekannt wurde, daß der Inhaber der Firma, Fischer, erklärt haben soll: „Wenn die Frauen keine Kartoffeln kriegen, sollen sie Kartoffelschalen fressen. Für das Pack ist das gerade gut genug", war wenige Augenblicke später das Geschäft gestürmt und ausgeräumt.

Die Polizei hatte jetzt Anlaß, brutal gegen Frauen und Jugendliche auf dem Hagenmarkt vorzugehen. Mehrere Stunden versuchte sie jetzt vergeblich, den Hagenmarkt und die anliegenden Straßen von Demonstranten zu säubern. Den Markt unter ihre Kontrolle zu bringen, war sie nicht in der Lage. Erst gegen Abend ließen die Zusammenstöße nach.

Im Bericht des 10. Armeekorps liest sich das so:

„Die Anfang Mai 1916 in Braunschweig herrschende Kartoffelnot gab den radikalen Elementen eine willkommene Gelegenheit, eine Straßendemonstration, zu der sie durch Laufzettel und Flugblätter in den Fabriken aufforderten, zu veranstalten.

Am 3. Mai 1916 rottete sich eine große Menge hauptsächlich Jugendlicher, Frauen und Kinder zusammen und zog singend, johlend und pfeifend durch die Straßen der Stadt. Die zur Aufrechterhaltung der Ordnung einschreitende Schutzmannschaft wurde mit Hohn- und Schimpfworten empfangen und mit Steinen und dergleichen beworfen, besser gekleidete Passanten wurden belästigt, sogar verprügelt und Fensterscheiben in großer Zahl mit Steinen eingeworfen. Auf dem Hagenmarkt und seiner Umgebung wurden von der Menge planmäßig zunächst die Schaufenster des Kaufmanns Weyhe zerstört, dieses geplündert und die Waren unter die Menge verteilt. Das Zerstörungswerk wurde dann fortgesetzt und zahlreiche Schaufenster und Fenster von Privatwohnungen zerstört. Da die Polizeidirektion Braunschweig sich außerstande erklärte, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, übernahm das Garnisonkommando die Polizeigewalt. Das Militär mußte wiederholt zur Säuberung der Straßen und zur Aufrechterhaltung der Ordnung von der Waffe Gebrauch machen. Erst nach einigen Tagen trat wieder Ruhe und Ordnung ein."

Von dieser Entwicklung unterrichtet, verlangte das Generalkommando das Erscheinen einer Delegation von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären in Hannover.

Zunächst lehnte hier von Linde-Suden, Chef des Generalkommandos, jede Forderung der Delegation ab. Nachdem ihn jedoch der Braunschweiger Garnisonskommandant während der Besprechung telefonisch davon unterrichtete, daß die Polizei in Braunschweig nicht mehr Herr der Lage sei, zeigte sich von Linde-Suden etwas zugänglicher. Er erhöhte die wöchentlich auszuzahlende Summe von 16 auf 24 Mark. Gleichzeitig damit genehmigte er eine am 3. Mai stattfindende Versammlung, auf der die „persönlich einflußreichsten Politiker" Braunschweigs die Jugendlichen zum Abbruch des Streiks auffordern sollten.

Der „Kompromiß" wird abgelehnt

Diese genehmigte Versammlung fand abends im „Wilhelmsgarten" statt. Der Saal war brechend voll. Eine ganze Anzahl Jugendlicher, die in Uniform zur Versammlung erschienen waren, wurden unter Protest von der Polizei aus dem Saal gewiesen. Die Tatsache, daß die Delegation nach Rückkehr aus Hannover auf dem Wege zum Versammlungslokal von der Polizei mit „Plempen" bearbeitet wurde, entschied von vornherein den Ausgang dieser Versammlung. Alle Versuche der „persönlich einflußreichsten Politiker", die mit dem Hinweis auf die Erhöhung des zur Auszahlung kommenden Betrags auf 24 Mark den Abbruch des Streiks erreichen wollten, waren vergeblich.

Zu dieser Zeit waren die Sperren auf dem Hagenmarkt von der Polizei noch aufrechterhalten. Jugendliche, die auf dem Weg zu ihren Wohnungen den Hagenmarkt passieren mußten, wurden hier von der Polizei sofort angegriffen. Mit Steinen und anderen Geschossen setzten sich dieses Mal die Jugendlichen zur Wehr und zwangen die inzwischen verstärkte Polizei zum Rückzug. In einem Demonstrationszug marschierten sie daraufhin die Fallersleber Straße hinunter und unterstrichen damit ihre Bereitschaft, den Streik so lange fortzusetzen, bis das Generalkommando den Sparzwang aufheben würde.

Keine Unterdrückungsmaßnahme kann den Sieg verhindern

Die Polizei, nicht mehr Herr der Lage, forderte jetzt das Militär zum Eingreifen auf. Zum Einsatz kam das Husarenregiment 17, welches bis spät in die Nacht gegen die Streikenden ritt. Rücksichtslos schlugen sie dabei auch auf Frauen, Kinder und andere Bürger ein. Aber selbst durch diesen rücksichtslosen Einsatz konnte die vom Generalkommando gewünschte Wiederherstellung der „Ruhe und Ordnung" nicht erzwungen werden. Auch die bis zum 5. Mai folgenden Tage brachten die gleichen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Militär. Die Streikfront der Jugendlichen war nicht zu erschüttern.

Am 4. Mai beschloß das Gewerkschaftskartell: „Wenn die Sparzwangordnung nicht bis Sonnabend, 6. Mai, zurückgenommen ist, tritt die gesamte Braunschweiger Arbeiterschaft am Montag, 8. Mai, in den Generalstreik."

Dieser Beschluß des Gewerkschaftskartells entschied den Ausgang des Kampfes. Obwohl die Polizei- und Militärbehörden am 4. und 5. Mai nichts unversucht ließen und die drohende Niederlage mit Gewalt zu verhindern suchten, war die Streikfront unerschütterlich. Selbst durch die Verhängung des Belagerungszustandes sowie durch verstärkten Druck auf die Gewerkschaften konnte dieser Zweck nicht erreicht werden. Plakate und
nicht erreicht werden. Plakate und



Novemberrevolution 1918. Demonstration revolutionärer Arbeiter und Soldaten in Berlin.

Zeitungsmeldungen gaben am 6. Mai 1916 bekannt, das Generalkommando sehe sich veranlaßt, seine Verordnung vom 22. April 1916 aufzuheben.

Für die erlittene Niederlage rächte sich das Generalkommando auf seine Weise. Fast alle Jugendlichen, die das 18. Lebensjahr vollendet hatten, wurden einzogen und auf die Schlachtfelder geschickt. Von Linde-Suden mußte wenige Wochen nach dieser Niederlage erneut vor der Stärke der Braunschweiger Arbeiterschaft kapitulieren und wurde in die Wüste geschickt. Aber auch sein Nachfolger von Hänisch mußte schließlich damit Bekanntschaft machen.

Am 27. Juni 1916 streikten mehr als 8 000 Arbeiter gegen die Verurteilung Wilhelm Liebknechts. Liebknecht war vor Gericht gestellt wegen des Ausrufs „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!"

Am 4. November 1916 wurde gestreikt gegen die Berufungsverhandlung im Liebknecht-Prozeß.

Im August 1917 gab es einen Generalstreik gegen den Krieg. Danach wurden fast alle Braunschweiger Metallbetriebe unter Militärhoheit gestellt, die Arbeiter zwangsverpflichtet.

Lenin sagte zum Kampf der Braunschweiger Arbeiter: „So stelle ich mir den Kampf gegen den imperialistischen Krieg vor." Wir können davon lernen!



Am 1. Mai 1917 begingen die Werktätigen Rußlands den Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse. Die Maidemonstrationen standen unter der Forderung nach einem demokratischen Frieden.

6,6 Prozent und Siebenstundentag?

Die Druckkapitalisten und die Sozialdemokraten an der Spitze der IG Druck und Papier haben am Freitag mit 6,6 Prozent abgeschlossen. Das sind für Lohngruppe 1: 45 Pfennig pro Stunde und 77,86 DM brutto den Monat mit 173 Stunden durchschnittlicher tariflicher Normalarbeitszeit gerechnet.

Für Facharbeiter sind es 63 Pfennig pro Stunde und 108,99 DM pro Monat, für Maschinensetzer sind es 76 Pfennig pro Stunde und 131,48 DM pro Monat brutto. Dieser Abschluß ist ein weiteres Mittel, um die Druckarbeiter zu Überstunden und Schichtarbeit zu zwingen.

Zieht man Steuern und Versicherung ab, sieht man, daß selbst für die Maschinensetzer, die nach der Lohntheorie von Mahlein und Ferlemann bei der 9-Prozent-Forderung etwas hätten herauskriegen sollen, nichts richtiges herauskommt. Auch für die ist damit kein Auskommen.

Die Sozialdemokraten an der Spitze der IG Druck und Papier werden sagen, an ihnen hätte es nicht gelegen, schon bei den „Metallern" wäre es schief gegangen. Die einfache Wahrheit ist, daß die Sozialdemokraten in der IG Metall dieselbe Niederlagenpolitik betrieben haben, wie die Sozialdemokraten in der IG Druck. Weil die Arbeiter in der Metall ihre Erfahrungen mit der Prozentforderung schon gemacht hatten, haben Mahlein und Ferlemann sich zur Begründung der Prozentforderung eine Lohntheorie ausgeheckt, die darin besteht, daß die Kapitalisten einen festen Lohnfonds zu vergeben haben, den die Arbeiter bei Aufstellung der Forderung nur noch untereinander aufteilen können.

Dieser Lohnfonds hätte dann diesmal 14,9 Millionen DM betragen. In Wirklichkeit hat die Tarifpolitik der Sozialdemokraten den Kapitalisten gegenüber den 170 DM, die die Ortsvereine gefordert haben, einfach rund 10 Millionen DM eingebracht. Da die Kapitalisten diese 10 Millionen aus den Arbeitern herauspressen, brauchen sie sich nur noch zu überlegen, welchen Teil sie benutzen, um die schmale Schicht von Antreibern zu mästen und zu bestechen, und was sie zur weiteren Verschärfung der kapitalistischen Rationalisierung nutzen, z.B. durch Anschaffung von Fotosatz.

Die Sozialdemokraten, denen die Kapitalisten diese Gelder verdanken, werden als nächste Verhandlung das Rationalisierungsschutzabkommen einleiten. Sie werden sich auch für den 7-Stundentag erwärmen. Sie haben gut reden. Mit dieser Tarifpolitik, die zu Überstunden und Schicht zwingt, kommt bei diesem Kampf höchstens heraus, daß z.B. eine Stunde mehr am Tag als Überstunde bezahlt wird.

Ihre Behauptung, den Kampf gegen kapitalistische Rationalisierung führen zu wollen, ist bewußte Täuschung. Geben sie doch ständig die unteren Lohngruppen der Verelendung preis. Die Opportunisten und Revisionisten, die mit ihrem Geschrei: „Für die volle Durchsetzung der 9 %" die Front der Drucker zum Sturz der Forderung gespalten haben, werden sich jetzt ebenfalls erleichtert auf die Rationalisierungsschutzabkommen und 35-Stunden-Woche stürzen. Es wird aber nichts daran ändern, daß der Kampf um einen ausreichenden Lohn geführt werden muß in Verbindung mit dem Kampf um einen Steuerfreibetrag und Bezahlung der Versicherung durch die Kapitalisten. Der Kampf um den Normalarbeitstag und gegen kapitalistische Rationalisierung ist untrennbar vom Kampf um einen Lohn, von dem man bei Normalarbeitstag leben kann. Wir haben diesen Verlauf des Tarifkampfes vorausgesehen, für den Fall, daß die Forderung der Tarifkommission stehenbleibt. Es ist schmerzlich, in so einem Fall recht zu behalten. Daß man den führenden Sozialdemokraten kein Wort glauben darf, werden sich viele merken. Man muß sich gegen ihre Politik zusammenschließen. Im Herbst ist Gewerkschaftstag. Die Landesdelegiertentage stehen bevor. Für den Siebenstundentag sein, das heißt die sozialdemokratische Tarifpolitik bekämpfen. – (Z-Red.)

Baukapitalistenverband droht mit Pleiten und Entlassungen

Um den Lohnkampf der Bauarbeiter zu zersetzen, hat sich der Präsident des Zentralverbandes des deutschen Baugewerbes in der letzten Woche im Fernsehen und in der Presse zur wirtschaftlichen Lage in der Bauindustrie geäußert. Er hat angekündigt, daß im laufenden Jahr im Bauhauptgewerbe weitere 25 000 Arbeiter „freigesetzt" werden würden, nachdem in den letzten vier Jahren bereits 400 000 Bauarbeiter ihren Arbeitsplatz verloren haben. Diese 25 000 würden überwiegend durch Pleiten auf die Straße geworfen werden, und Schuld an den Pleiten wäre die „sich abzeichnende Entwicklung der Lohnkosten."'

Die wirklichen Ursachen der Krise in der Bauindustrie und der Pleiten und Entlassungen will Hackert unter den Teppich kehren. Ganz gelingt das nicht. Am Schluß seiner Stellungnahme nannte er als Ursache der „Misere auf dem Baumarkt die nach wie vor unzureichend vom Staat unterstützte Investitionsneigung der Unternehmer ... Deren Erwartungen in die künftigen Kosten-Erlös-Relationen stellten nicht gerade eine Ermunterung für Investitionen dar." (Süddeutsche Zeitung, 30.3.77) Die kapitalistische Akkumulation ist ins Stocken geraten, nicht etwa, weil zum Beispiel kein gesellschaftliches Bedürfnis nach Wohnungen mehr bestünde. Trotzdem wurden im letzten Jahr erstmals seit dem zweiten Weltkrieg weniger als 400 000 neue Wohnungen fertiggestellt. Die Akkumulation stockt, weil sie nicht mit hohem Profit produziert und vermietet werden können. Die Kapitalisten lassen wenig neue Fabriken bauen, sondern stellen in den bestehenden Fabriken neue Maschinen auf, um durch Rationalisierung die Ausbeutung zu intensivieren.

Um real 7 % ist daher laut Hackert die Nachfrage nach Bauleistungen 1976 zurückgegangen. Sinken der Profitrate – wie Hackert es nennt: der „Kosten-Erlös-Relation" – in der Bauindustrie selbst und weniger Bauinvestitionen der industriellen Kapitalisten und des bürgerlichen Staates liegen der Krise in der Bauindustrie zugrunde.

Mit weiterer Verschärfung der Schinderei auf den Baustellen und Lohndruck versuchen die Baukapitalisten, ihre Profite wieder zu steigern. Oft werden nicht einmal die Tarifverträge eingehalten. Teilweise wurden die Akkorde in den letzten Jahren um ein Drittel oder die Hälfte hochgesetzt, zugleich größere Lohnbestandteile von den Kapitalisten als „Sicherheit" einbehalten.

Die größeren Baukapitalisten und die großen Konzerne verstärken den Kapitalexport, um in den Ländern der Dritten Welt Extraprofite zu machen. Die Westberliner Baufirma Pegel und Sohn zum Beispiel läßt in der saudiarabischen Hauptstadt Riad eine Offizierssiedlung für 1,2 Mrd. DM von westdeutschen und südkoreanischen Arbeitern bauen. Vor einigen Wochen sind die südkoreanischen Arbeiter in den Streik getreten, weil ihre „Normalarbeitszeit" von 208 auf 240 Stunden im Monat erhöht werden sollte. Mit Überstunden sind auch bei den westdeutschen Arbeiter 300 bis 400 Stunden monatlich normal. Den westdeutschen Arbeitern sollte gleichzeitig der Lohn durch eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge um 5 % zusätzlich geplündert werden. Sie haben sich nicht von den Südkoreanern abspalten lassen und Zahlung der Beitragserhöhung durch die Kapitalisten gefordert. Gemeinsam wurden die Forderungen durchgesetzt. Im Westberliner Betrieb wurde der Streik von den Arbeitern freudig begrüßt.

Zu Beginn der Tarifauseinandersetzung haben die Baukapitalisten rumschwadroniert, dieses Jahr wären Lohnerhöhungen eigentlich völlig fehl am Platz. Die sozialdemokratischen Führer der Gewerkschaft Bau, Steine, Erden (BSE) waren vielleicht nicht abgeneigt, aber die Bewegung unter den Bauarbeitern hat diese Phantasien beendet. Zum ersten Mal seit Jahren sah sich die BSE-Führung gezwungen, wenigstens überhaupt eine – wenn auch spalterische – Forderung vor den Verhandlungen aufzustellen. In der letzten Woche haben auf sieben Hamburger Großbaustellen 400 Arbeiter eine Stunde gestreikt gegen das Kapitalistenangebot von 5,5 %. Die Sozialdemokraten erklären prompt ihre Bereitschaft, „alles zu tun, um die Ordnung im Gewerbezweig wiederherzustellen" (BSE-Vorsitzender Sperner, FAZ 1.4.). Das Hannoveraner Tarifkommissionsmitglied Erbrecht hat bereits am 26./27. März auf einem Gewerkschaftsseminar in Bückeburg angekündigt, abgeschlossen würde auf dem Kapitalistenangebot von 5,5 % oder „einige Zehntelprozent höher".

Die Kampfkraft der Bauarbeiter entwickelt sich, und die Sozialdemokraten wollen sie für ein wahres Hungerangebot verkaufen. Die Kampfbedingungen am Bau sind nicht schlecht. Die Konkurrenz unter den Baukapitalisten rast. Die Furcht der Kapitalisten vor weiteren Pleiten, von der Hackert gesprochen hat, können die Bauarbeiter nutzen, um die Front ihrer Feinde zu zersetzen. Gehen wird das nur, wenn sie selbst die Spalterforderung der Gewerkschaftsführer umstürzen und einheitliches Festgeld fordern. – (N-Red.)

Der Hungerlohn zwingt zur Schichtarbeit

Westberlin. Die Schwarzkopf-Kapitalisten wollen ihre Produktion um 25 % steigern. Die wesentliche Maßnahme zur Durchsetzung der Profitsteigerung war die Einführung der Schichtarbeit im September 1976. Vorher wurde an einzelnen Bändern Schicht gearbeitet. Von Anfang an waren die Arbeiter gegen die Schicht. Der Widerstand war jedoch vereinzelt, und so gelang es der Geschäftsleitung, weitere Arbeiter, vor allem ausländische, zur Schichtarbeit zu zwingen.

Auf einer Betriebsversammlung wurde mehrheitlich eine Resolution verabschiedet, in der es heißt: „Die Schichtarbeit ist bei Schwarzkopf produktionstechnisch nicht notwendig und schadet unserer Gesundheit. Deshalb empfehlen wir dem Betriebsrat ausdrücklich, eine Betriebsvereinbarung über eine Arbeitszeitregelung zu schließen, die keine Festlegung über die Schichtarbeit oder versetzte Arbeitszeit beinhaltet." Das war ein Schritt im Zusammenschluß der Arbeiter gegen die Schichtarbeit. Doch der niedrige Lohn, die meisten Arbeiter bekommen Lohngruppe 1 gleich 7,66 DM in der Stunde, und Verbreitung von Gerüchten, daß Schwarzkopf die Produktion ins Ausland verlagert, wenn nicht Schicht gearbeitet wird, blieben nicht ohne Wirkung. Unter den Arbeitern entstand Unsicherheit. Das nutzten die Kapitalisten, um mit neuen Arbeitsverträgen die Schicht einzuführen. Wer nicht unterschrieb, wurde entlassen.

Für die Arbeiter bedeutet die Schichtarbeit verschärfte Ausbeutung. Eine neue Maschine soll jetzt in der Schauma-Abteilung aufgestellt werden, die 250 Flaschen pro Minute füllt. Die schnellste Maschine füllt bisher 127 Flaschen in der Minute, und das schaffen die Arbeiterinnen am Band kaum.

Gleichzeitig werden die Lebensbedingungen und die Gesundheit zerstört. Bei Schwarzkopf ist der überwiegende Teil der Arbeiter Frauen. „Wenn ich Spätschicht mache, schaffe ich zu Hause überhaupt nichts. Morgens schlafe ich immer ein bißchen länger, weil ich abends nicht einschlafen kann, dann einkaufen, Essen kochen und schon wieder hin zur Arbeit. Eine Woche, in der ich nur für Schwarzkopf da bin", sagt eine Arbeiterin.

Seitdem die Schichtarbeit eingeführt ist, sind die Arbeiter häufiger krank. „Ich halte diese ständigen Wechsel nicht aus. Daß man da öfters krank ist, ist doch klar." Durch die Schicht, Arbeitshetze und die schlechten Arbeitsbedingungen haben die meisten Magenbeschwerden und Kreislaufstörungen. Häufig kommt es vor, daß an einem Band von 17 fünf Arbeiter wegen Krankheit fehlen.

Für die Schichtarbeit wird eine Zulage von 60 Pfennig in der Stunde gezahlt, gleichzeitig wurde die Schmutz- und Erschwerniszulage von 27 Pfennig gestrichen.

Weil der Zwang zur Schichtarbeit aus dem Hungerlohn resultiert, die 60-Pfennig-Schichtzulage überhaupt nicht in der Lage ist, die gestiegenen Reproduktionsbedingungen zu dekken, kämpfen die Arbeiter bei Schwarzkopf für 170 DM mehr Lohn. 16 Arbeiter haben ein Telegramm an die Delegiertenversammlung der IG Chemie in Westberlin geschickt und sie aufgefordert, die 170 DM aufzustellen. Die Durchsetzung dieser Forderung wird den Zwang zur Schichtarbeit mindern und die Bedingungen verbessern, für das Verbot der Schichtarbeit zu kämpfen. – (Zelle Schwarzkopf Westberlin)

Entgelttarif: „Einheitliche Struktur der Löhne und Gehälter" in der chemischen Industrie?

Die sozialdemokratische Führung der IG Chemie läßt keine Gelegenheit verstreichen, in den Flugblättern, in denen sie die spalterischen Prozentforderungen begründet, zu behaupten, daß sie „langfristig eine einheitliche Struktur der Löhne und Gehälter durchsetzen" will. („Neues vom Bezirk" der IG Chemie Hessen)

Was die Sozialdemokraten wirklich wollen, ist gegen die Arbeiter und Angestellten in der chemischen Industrie gerichtet: „Der Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der deutschen chemischen Industrie veröffentlicht in seinen Publikationen die modernsten Lohn- und Gehaltsfindungsmethoden. Eine große Anzahl der Betriebe wendet diese Methoden zur innerbetrieblichen Lohn- und Gehaltsfindung an. In der Tarifpolitik jedoch muten uns die Arbeitgeber zu, mit antiquierten Lohn- und Gehaltsstrukturen Tarifverhandlungen zu führen." (Erwin Grützner, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Chemie, in der Gewerkschaftspost Nr. 3/1977) Antiquiert für die Kapitalisten und Sozialdemokraten ist die bisherige Lohnstruktur: Die Spanne zwischen der untersten und der obersten Lohngruppe beträgt 300 DM. Die Spaltung ist nicht groß genug. „Moderne Lohn- und Gehaltsfindung" ist das analytische Arbeitsplatzbewertungssystem bei Hoechst, bei 23 Lohnstufen beträgt die Spanne zwischen der untersten Lohnstufe und der obersten Gruppe über 800 DM.

Diese „moderne Lohn- und Gehaltsfindung", wo jede Einführung neuer Maschinerie Abstufung bedeutet, soll nach Auffassung der IG-Chemie-Führung nicht nur für die Arbeiter und nicht nur für einige Betriebe, sondern für alle Arbeiter und Angestellte aller chemischen Betriebe tarifvertraglich eingeführt werden. Ihre längerfristige „Vereinheitlichung" ist nichts anderes als was sie „kurzfristig" im Lohnkampf mit der Aufstellung von von Prozentforderungen betreiben: Spaltung der Arbeiter und Angestellten zur Erleichterung des Lohnraubs und zur Bildung einer Arbeiteraristokratie. Sie setzen bei ihren Spaltungsmanövern am Interesse der Arbeiter und Angestellten nach Einheit an. – (Z-Red.)

55,2 % mehr haben die Kapitalisten für die 230 000 Lohnabhängigen im niedersächsischen Einzelhandel bei den ersten Tarifverhandlungen am 28. März „angeboten". In einem Rundschreiben an die Betriebsräte und Vertrauensleute nennt der Landesbezirksleiter der HBV Steinborn das ein „erstes verhandlungsfähiges" Angebot im Gegensatz zu „nicht diskussionsfähigen Denkmodellen", über die sich die Kapitalistenvertreter zuvor sieben Stunden lang ausgebreitet hätten.

Das hat gereicht, um bei den Sozialdemokraten die heftigsten Absetzbewegungen von ihrer Forderung von 9,4 %, mindestens 120 DM auszulösen. Für die nächste Verhandlung verspricht sich Steinborn ein „verbessertes Angebot, das ... in die allgemeine tarifpolitische Landschaft passen muß, weil (!) die Arbeitnehmer im Einzelhandel mit brutto unter 1 600 DM monatlich am Ende der Tarifbereiche liegen." Angesichts der Hungerlöhne der Masse der Lohnabhängigen im Einzelhandel scheint den Sozialdemokraten ein Abschluß um 6 % gut in die „Landschaft" zu passen.

Die Sozialdemokraten sind dreist genug, sich bei ihrer Spalterforderung auf die „Berücksichtigung" einer Mitgliederbefragung zu berufen. Die Befragung hatten sie durchgeführt, um gemeinsame Beratung und Beschlußfassung in den Betrieben zu verhindern. Steinborn verläßt sich darauf, daß niemand die Ergebnisse der Umfrage kennt. Sie sind der KVZ bekanntgeworden: Von den 3 144 Gewerkschaftern, die die Fragebögen zurückgegeben haben, haben sich 1 219 (38,8 %) für eine reine Festgeld-, 846 (26,9 % für eine reine Prozent- und 24,2 % für eine Mischforderung, wie sie jetzt aufgestellt wurde, ausgesprochen.

An verschiedenen Orten haben sich HBV-Mitglieder in Briefen an die Tarifkommission gegen die Spalterforderung und für eine Festgeldforderung in der Höhe um 170 DM ausgesprochen, so 34 Beschäftigte der Hildesheimer Kaufhäuser Horten, Kaufhalle und Neckermann und fünf von Hertie Kiel, wo wegen der Zersplitterung des Tarifwesens getrennt vom niedersächsischen Einzelhandel ebenfalls die Tarifauseinandersetzung im Gange ist.

Wichtige Beschlüsse zur Vorbereitung des 1. Mai und des im Oktober stattfindenden Gewerkschaftstages hat die Landesdelegiertenversammlung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff am 12.3. in Hamburg gefaßt. Einstimmig wurde die schwarz-rot-goldene Maiplakette der DGB-Führung abgelehnt und der DGB-Vorstand aufgefordert, auf den Maiplaketten die internationale Zielsetzung des 1. Mai zum Ausdruck zu bringen.

Ein Antrag des Vorstands „Sicherstellung der Arbeitsplätze in Hamburg" durch Subventionen an die Kapitalisten mußte zurückgezogen werden. Stattdessen wurde gegen die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung die Forderung nach dem 7-Stunden-Tag an fünf Wochentagen bei vollem Lohnausgleich für
stischen Rationalisierung die Forderung nach dem 7-Stunden-Tag an fünf Wochentagen bei vollem Lohnausgleich für
das tarifpolitische Aktionsprogramm beschlossen.

In weiteren Entschließungen sprach sich die Konferenz mit großer Mehrheit gegen das 14. Strafrechtsänderungsgesetz aus und forderte gegen eine Stimme: „Weg mit dem Schulgesetzentwurf des Hamburger Senats! (...) Ausbildung bis mindestens zum 18. Lebensjahr! (...) Für politische und gewerkschaftliche Freiheiten an der Schule."

Hutchinson-Arbeiter setzen den Kampf um ihre Forderungen fort

In der letzten KVZ berichteten wir über den Streik bei Hutchinson, Mannheim, unter den Hauptforderungen: Alle von Lohngruppe 1 in Lohngruppe 2! Sofort Lohnzettel, die jeder kontrollieren kann! 15 Minuten bezahlte Frühstückspause! Kein Überstundenzwang! Keine Akkordarbeit! Keine Entlassungen! 1 DM mehr in der Stunde! Der Kampf für diese Forderungen geht im Betrieb weiter. Keine Überstunde wird mehr gearbeitet. Als die Direktion versucht, eine Unterschriftensammlung für 10 Stunden freiwillig jeden Tag einzuleiten, wird diese zerrissen. Bei der Gewerkschaftsmitgliederversammlung am vorletzten Dienstag erschienen 200 Arbeiter. Die Kapitalisten hatten alle Meister und Antreiber geschickt. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung tat alles, um die Debatte zu desorganisieren und über ihr Übersetzungsmonopol Verwirrung zu stiften. So konnte zwar verhindert werden, daß Beschlüsse über die nächsten Kampfschritte gefaßt wurden, sie konnten aber nicht verhindern, daß die Arbeiter mit der Wahl eines Vertrauensleutekörpers sich ein gewerkschaftliches Kampforgan geschaffen haben. Die vom Betriebsrat vorgeschlagenen Kandidaten, die während des Streiks gearbeitet hatten, fielen hoffnungslos durch. Gewählt wurden kämpferische Arbeiter und Anführer des Streiks. Zwei der entlassenen Arbeiter, darunter der Sprecher auf der Betriebsversammlung und im Streik, wurden einstimmig in den Vertrauensleutekörper gewählt.

„Unblutige Entlassungen"

Dem Arbeitsdirektor Rehan der Neunkircher Eisenwerke haben die Sozialdemokraten der IG-Metall-Funktionärszeitschrift „Der Gewerkschafter" in ihrer letzten Ausgabe ein Hohelied gesungen. Er meistere die „bitteren Seiten der von uns allen gewollten Mitbestimmung", die „notwendigen" Entlassungen. Hans Rehan versteht sein Handwerk. „Schon seit 1973 ist hier Personal abgebaut worden – auf unblutigem Wege, wie Hans Rehan sagt, das heißt, vor allem dadurch, daß frei werdende Stellen nicht mehr besetzt wurden. Dieser Abbau war auch notwendig." Notwendig für die Geldsäkke, um auch in der Krise auf Profit zu kommen und die Konkurrenten auszustechen. Den Kampf gegen den Abbau der Belegschaft durch Nichtbesetzung von Stellen haben die SPD-Funktionäre und der Arbeitsdirektor dadurch abgeblockt, daß sie versprochen haben, wenn die Arbeiter jetzt zurückstecken, dann könnten Massenentlassungen vermieden werden. Jetzt will die Neunkircher Hütte 900 Arbeiter und Angestellte entlassen. Auch diese Entlassungen sollen nach Ansicht der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer notwendig sein, für das Neunkircher Werk, „um überhaupt überleben zu können". „Härten sind nicht zu vermeiden", stimmt Rehan zu. „Der Gewerkschafter" fordert Trost und Zuspruch für die geplagten Sozialdemokraten, die „Härten" verteilen: „Und es ist bitter für die Betriebsratskollegen, Entlassungen zustimmen zu müssen, wieviel Mühe sie sich auch immer mit der sozialen Auswahl gegeben haben mögen." Solche Krokodilstränen kennt man schon von den Stahlkapitalisten selber. Die Mitbestimmung bringt nichts als Spaltung. Was die Stahlarbeiter brauchen, ist Einheit im Kampf gegen die Entlassungen. Auf ihren Versammlungen und Demonstrationen haben sie begonnen, die Einheit herzustellen. Rehan hat das Loblied aus der Vorstandsetage nötig. Von den Stahlarbeitern kriegt er anderes zu hören: „Keine Entlassungen, Lohnfortzahlung bei Kurzarbeit!"

Besondere Schikanen gegen ausländische Arbeiter

Seit sieben Jahren lebt der griechische Jugendliche P. mit seinen Eltern in Westdeutschland. Seit seinem 18. Lebensjahr arbeitet er, ab diesem Alter ist es ausländischen Jugendlichen gesetzlich erlaubt. Wegen Verstoßes gegen das Pflichtversicherungsgesetz wurde er vom Jugendrichter verwarnt. Wegen eines Verkehrsdeliktes wurde er ein Jahr später zu 3 Wochen Arrest verurteilt.

Als P. seine Aufenthaltsgenehmigung verlängern wollte, lehnte die Ausländerbehörde dies ab: „Durch all diese Tatsachen liegt eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vor und ein weiterer Aufenthalt in der BRD würde die Belange des Staates beeinträchtigen." P. kehrte nach kurzem Aufenthalt in Griechenland, wo er zum Militärdienst wegen einer Beinverletzung abgelehnt wurde, nach Westdeutschland zurück. Bei Vorsprache auf der Ausländerbehörde wurde er sofort verhaftet. Danach soll er abgeschoben werden.

Zur Verminderung des ausländischen Teils der Arbeiterklasse zur Anpassung des Bedarfs an ausbeutbarer Arbeitskraft an die krisenhafte kapitalistische Produktion greifen die Ausländerbehörden alle Verstöße der ausländischen Arbeiter gegen irgendwelche Verordnungen auf, machen staatsgefährdende Akte daraus, um sie so abschieben zu können. Hunderttausende von den 1,2 Millionen ausländischen Arbeitern, die seit 1973 zurückkehrten, wurden so abgeschoben. Gleichzeitig dienen diese Polizeischikanen der Knechtung der ausländischen Arbeiter zur Unterwerfung unter die schlechtesten Produktions- und Lebensbedingungen. Die gesamte Arbeiterklasse soll so gespalten werden. Alle Arbeiter in Westdeutschland brauchen gleiche Rechte. Nach den gegenwärtigen Bestimmungen haben alle ausländischen Arbeiter weniger Rechte als die deutschen Arbeiter, die ausländischen Arbeiter aus EG-Mitgliedsstaaten mehr Rechte als die griechischen, diese mehr Rechte als die türkischen und jugoslawischen Arbeiter. Wer nicht so lange in Westdeutschland lebt, hat noch weniger Rechte als derjenige, der schon länger hier ist; wer im Zusammenhang mit der Familienzusammenführung hergekommen ist, anstatt mit der ursprünglichen Absicht, seine Arbeitskraft zu verkaufen, soll ebenfalls noch mehr Schikanen hinnehmen. Diese vielfältigen Spaltungsversuche sollen den gemeinsamen Kampf gegen die Ausbeuter schwächen. – (p., Darmstadt)

Bremen. Die HBV-Jugendgruppe beschloß folgenden Antrag an den Kreisjugendausschuß (KJA) des DGB zu stellen: Antag zur 1. Mai-Plakette. Protest gegen die 1. Mai-Plakette! Die 1. Mai-Plakette soll Ausdruck für die Kraft und die Erfolge der internationalen Arbeiterklasse sein. Diese Klassenauseinandersetzung muß in der Gestalt der Plakette und der Werbung aller zukünftigen 1. Mai-Demonstrationen ihren Ausdruck finden. Die HBV-Jugend fordert: 1. Die 1. Mai-Plakette und die Werbung müssen international sein. 2. Sie müssen eim Symbol des Klassenkampfes sein. 3. Sie müssen kostenlos sein. 4. Die HBV-Jugend fordert mehrheitlich, jetzt und in Zukunft eine Plakette in der derzeitigen Aufmachung nicht zu tragen!

„Das ist für alle Arbeiter richtig"

Betriebsversammlung Opel Rüsselsheim an den Gewerkschaftstag der IG Metall: Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!

Einstimmig hat die Opel-Betriebsversammlung im Hauptwerk Rüsselsheim die Forderung nach 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich beschlossen. Die Resolution wurde von kommunistischen Arbeitern eingebracht und ist vom sozialdemokratischen Betriebsrat zur Abstimmung gestellt. Über 6 000 Arbeiter haben die Resolution an den Gewerkschaftstag ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung verabschiedet. Ist also die Einheit bereits hergestellt?

Das ist nicht der Fall. Im Kampf für den Noramalarbeitstag und seine Verkürzung auf 7 Stunden an 5 Werktagen kann die Einheit nur hergestellt werden, wenn er sich verbindet mit dem Kampf für einen ausreichenden Tariflohn auf den Normalarabeitstag, mit dem Kampf für Verbot der Schicht- und Nachtarbeit, der Überstundenarbeit, der Sonderschichten und des Akkordsystems. Gibt es keinen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag und ist der Normalarbeitstag nicht nach allen Seiten gesetzlich gesichert und von der Arbeiterklasse kontrolliert, dann kann er der Verschärfung der Ausbeutung durch die Kapitalisten keine wirksamen Schranken ziehen. Dann kann eine Verkürzung des Arbeitstages einfach auf die Vermehrung des Arbeitstages um eine Überstunde hinauslaufen. Dann bleibt er auf dem Papier, so wie jetzt der 8-Stunden-Tag bloß Papier ist und auch auf dem Papier von tausendundeiner Ausnahmeregelung durchlöchert. Diese notwendige Einheit ist noch nicht hergestellt bei Opel. Aber der Kampf für diese Einheit nimmt einen Aufschwung. Der Betriebsrat hat Sonderschichten zugestimmt. Die Kapitalisten werden es schwerer haben, sie durchzusetzen, die Arbeiter werden es leichter haben, sie abzulehnen. Der Betriebsrat wird die Zustimmung zu Sonderschichten nicht rechtfertigen können.

Der Beschluß der Opel-Arbeiter wendet sich an alle Metallarbeiter, an den Gewerkschaftstag der IG Metall, an die ganze Arbeiterklasse. Er ist ein Signal, sich nicht länger durch die Konkurrenz der Kapitalisten um maximale Ausbeutung und Höchstprofit spalten und gegeneinander ausspielen zu lassen. Die führenden Sozialdemokraten bei VW haben das Signal verstanden und ein paar fürchterlich pfeifen lassen, als auf der Betriebsversammlung bei VW im Hauptwerk Wolfsburg die Forderung nach dem 7-Stunden-Tag eingebracht wurde. Es ist ihnen gelungen, die Forderung zu unterdrücken, weil sie überrumpelt haben mit ihrem Geschrei. In den Abteilungen dagegen wird jetzt der Beschluß der Opel-Betriebsversammlung debattiert. „Warum sprechen wir uns hier nicht auch für den 7-Stunden-Tag aus wie bei Opel?", sagen viele. Inzwischen hat der Vertrauensleutekörper bei Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD) in Köln ebenfalls die Forderung nach dem 7-Stunden-Tag für den Gewerkschaftstag aufgestellt.

Resolution der Betriebsversammlung der Opel-Belegschaft

Die Belegschaft der Adam Opel AG Werk Rüsselsheim wendet sich heute auf ihrer Betriebsversammlung am 29.3.77 an die Delegierten des Gewerkschaftstages der IG Metall, der im September stattfindet.

Über 50 Sonderschichten, zahllose Überstunden hat die Belegschaft in den vergangenen 2 Jahren arbeiten müssen. Ganz unerträglich ist diese Ausdehnung der Arbeitszeit.

Seit über 100 Jahren kämpft die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung für gesetzliche Schranken des Arbeitstages. Es ist heute notwendig, für gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages auf 7 Stunden einzutreten. Die Belegschaft der Adam Opel AG in Rüsselsheim fordert die Delegierten des Gewerkschaftstages der IG Metall auf, die Forderung

Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich

aufzustellen und im Rahmen des gewerkschaftlichen Kampfes für deren Durchsetzung einzutreten.

Rüsselsheim, 29.3.77 einstimmig

Jahr	Beschäftigte	Produktionseinheiten	Produktionseinheit pro Arbeiter
1971	57 912	838 718	14,5
1972	59 155	877 963	14,3
1973	57 171	874 355	15,3
1974	46 047	583 645	12,7
1975	53 130	657 539	12,4
1976	58 600	919 838	15,7

Der Drang nach Einheit ist groß, und über die Klärung der Frage des Normalarbeitstages kann diese Einheit hergestellt werden. Man muß auf diese Klärung dringen, weil sonst kann die Einheit nicht halten.

Bei Klöckner in Bremen ist das Verbot der Nacht- und Schichtarbeit, eine wesentliche Seite der Herstellung des Normalarbeitstages, im Vertrauensleute-Arbeitskreis debattiert worden. Ein Betriebsrat hat gemeint, die Forderung nütze den Kapitalisten. Die würden dann alle übrigen Schichtbesetzungen entlassen. Der gleiche Betriebsrat hatte an der Beize die Einführung der Conti-Schicht befürwortet, die die Lebenszeit der Arbeiter vollends in Arbeitszeit für die Kapitalisten verwandelt. Hat er recht? Nein, er hat nicht recht. Die Kapitalisten lassen die Arbeiter produzieren, um möglichst viel Profite zu ergattern. Ziehen ihnen die Arbeiter Schranken, dann können sie die Produktion nicht in die Nacht ausdehnen, sondern müssen, um ihre Märkte zu halten und neue Märkte zu erobern, die Produktion erweitern. Der Profit stammt aus der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Kann der Kapitalist die menschliche Arbeitskraft nicht mehr in der Nacht und im Schichtbetrieb ausbeuten, dann muß er eben am Tag mehr menschliche Arbeitskraft vernutzen. Sonst verliert er alles und geht bankrott. Das will er nicht. Gegenüber der Konkurrenz unter den Kapitalisten kommt es darauf an, *allen* Schranken zu ziehen, statt *jeden* sich schrankenlos austoben zu lassen. Das ist auch günstig, um diese jämmerliche Produktionsweise, die bloß auf Ausbeutung beruht, revolutionär umzuwälzen. Würde stimmen, was der Betriebsrat sagt, dann wäre es bloß ein weiteres Argument für die Umwälzung der kapitalistischen Produktionweise, in der nur produziert wird, wenn Maximalprofite herausspringen. Aber es stimmt noch nicht mal. Ist die Nachtschicht verboten, dann versucht der Kapitalist unter neuen Bedingungen den Maximalprofit zu schaffen. Deshalb wird er auch mit dem 7-Stunden-Tag nicht davonkommen, sondern unvermeidlich enteignet werden, damit die Produzenten die Produktion beherrschen, weil der Klasse der Produzenten die Produktionsmittel gehören. Da wollen wir hin, und die Beschränkung des Arbeitstages ist dafür gut. Wenn heute auch Arbeiter für den 7-Stunden-Tag eintreten, die noch nicht für die Revolution sind, dann liegt es daran, daß sonst die Ausbeutung die Arbeiter rasch zugrunderichtet.



„Der Fortschritt der Industrie, dessen willenloser und widerstandsloser Träger die Bourgeoisie ist, setzt an die Stelle der Isolierung der Arbeiter durch die Konkurrenz ihre revolutionäre Vereinigung durch die Assoziation. Mit der Entwicklung der großen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst weggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihre eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich." (Karl Marx, Manifest der Kommunistischen Partei, Peking 1970, Seite 48)

VW Wolfsburg. Sozialdemokraten verhindern Aufstellung der Forderung nach dem Siebenstundentag

Wolfsburg. Am Donnerstag fand im VW-Werk Wolfsburg die erste Betriebsversammlung nach dem Tarifabschluß statt. Auf der Betriebsversammlung mußte geklärt werden, wie die Interessen der Arbeiter gegen die Angriffe des VW-Vorstands durchgesetzt werden können. Im Tarifkampf war das nicht gelungen, obwohl die Kampfbereitschaft der Arbeiter groß war und der VW-Konzern aufgrund der Konkurrenzsituation auf dem Automobilmarkt leicht zu treffen gewesen wäre. Der VW-Vorstand hat auch gleich nachgesetzt und bis zum Juni vier neue Sonderschichten mit dem Betriebsrat vereinbart. Außerdem geht das Gerücht um, daß bereits Verhandlungen für Sonderschichten im zweiten Halbjahr 1977 laufen.



Am Montag in der Frühschicht gingen 14 Beanstander eines Abschnitts aller Golfbänder zum Betriebsrat, um gegen die geplante Erweiterung der Arbeitsgänge ab dieser Woche zu protestieren. In einer Großmaßnahme sollen fast alle Arbeitsgänge in der Endmontage intensiviert werden. Nach einer Dreiviertelstunde kamen die Arbeiter erst an den Arbeitsplatz zurück. Gegenwärtig werden überall Aktionen gegen die geplanten Maßnahmen vorbereitet. Eine Arbeiterin drückte die Auswirkungen für die Arbeiter so aus: „Rente sollst du nicht mehr kriegen, du sollst schon vorher kaputt sein."

An den Bändern der Golf-Endmontage werden jetzt noch auf Grundlage der alten Stoppzeiten die Arbeitsgänge neu organisiert, was überall auf eine Erweiterung hinausläuft. Der Betriebsrat hat dem zugestimmt, während an den Bändern über Kampfmaßnahmen diskutiert wird. Schließlich war vor den Verhandlungen der Vertrag über die Arbeitsplatzbewertung noch offen. Es war also auch klar, daß auf dieser Betriebsversammlung schwere Auseinandersetzungen zu erwarten waren über die Richtung der Gewerkschafts- und Betriebsratspolitik. Der erste Bevollmächtigte der IG Metall Wolfsburg hatte auf der Vertreterversammlung die Vertrauenskörperleitung von VW heftig angegriffen, daß die Mitglieder der Betriebszelle des KBW auf der letzten Betriebsversammlung Vorschläge zur Führung des Lohnkampfes unterbreiten konnten und niemand von der Vertrauenskörperleitung dagegen Stellung nahm und schließlich sogar ein Betriebsrat, der der Betriebszelle bezüglich der 180 DM-Forderung Gleichmacherei vorwarf, ausgepfiffen wurde.

Am Abend vor der Betriebsversammlung hatten wir von der Forderung der Opel-Arbeiter nach dem 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich erfahren und einen Antrag dazu vorbereitet, den wir auf der Betriebsversammlung einbringen wollten.

Die Sozialdemokraten hatten die Betriebsversammlung, auf der etwa 15 000 Arbeiter anwesend waren, ebenfalls vorbereitet. Ihre Taktik bestand darin, uns durcheinanderzubringen. Sie versuchten die Mitglieder der Zelle durch Pfeifkonzerte am Reden zu hindern. Redner forderten in Absprache mit dem Betriebsrat Redeverbot für KBW-Mitglieder. Auf dem Rednerpult kam es zum Teil zu Tumulten. Einem Genossen wurde das Mikrofon abgedreht. In dieser Situation entschlossen wir uns, den Antrag auf Verpflichtung der Delegierten zum IGM-Gewerkschaftstag durch die Betriebsversammlung auf die Forderung nach dem 7-Stundentag nicht zur Abstimmung zu stellen. Das war vollkommen falsch.

Insgesamt redeten auf der Betriebsversammlung 17 Arbeiter. Die Versammlung dauerte bis 19.30 Uhr und war damit eine der längsten seit Jahren. Daran wird deutlich, daß die Belegschaft nach der Niederlage im Tarifkampf sich erneut zusammenschließen will, um ihre Interessen durchzusetzen. In fast allen Reden wurden die Auswirkungen der verschärften Ausbeutung angegriffen. Die Konzentrierung der VW-Belegschaft auf ein einheitliches Ziel, den 7-Stundentag, und die Klärung, wie es erreicht werden kann, wäre durch die Stellung des Antrages möglich gewesen.

In der Spätschicht nach der Betriebsversammlung wurde von den Arbeitern viel über die Reden von uns diskutiert und die meisten fanden sie richtig. Als wir am nächsten Tag ein Flugblatt zur Versammlung und zu der aufgestellten Forderung der Arbeiter bei Opel herausbrachten, zeigte sich schlagartig, daß die Arbeiter auf die Erhebung solcher Forderungen warten. „Warum sprechen wir uns hier nicht auch für den 7-Stundentag aus, wie bei Opel", war der Tenor.

Wir sind auf das Manöver der Sozialdemokraten hereingefallen, das muß man aus der Versammlung lernen. Das wird nicht wieder passieren. Den Antrag für den 7-Stundentag bei tariflich abgesichertem Lohnausgleich und Verbot der Überstunden nicht zu stellen, ist Abstumpfung der vorhandenen Widersprüche und führt die Belegschaft nicht voran, sondern überläßt sie dem sozialdemokratisch geführten Betriebsrat.

Die Forderung der Arbeiter bei Opel hat große Begeisterung und Unterstützung bei den VW-Arbeitern hervorgerufen. Es wird jetzt darauf ankommen, diesen Antrag an den Gewerkschaftstag der IGM breit zu unterstützen und dessen Aufstellung zu fordern. – (Betriebszelle VW)

3 Betriebsversammlungen bei Opel

Die Belegschaft der Adam Opel AG beschließt Antrag an IGM-Gewerkschaftstag: Sieben-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich.

8 000 bis 10 000 Arbeiter nahmen an der ersten Betriebsversammlung dieses Jahr am 29.3. teil. Nach der letzten Betriebsversammlung hatten die Opel-Kapitalisten in ihrer Werkszeitung die Länge der Betriebsversammlung – sieben Stunden – scharf angegriffen und den volkswirtschaftlichen Schaden beklagt. Der Schaden dieser Betriebsversammlung ist für die Kapitalisten noch größer. Die Versammlung dauerte erneut über 7 Stunden. 28 Redner sprachen. Entgegen der letzten Versammlung führten deutsche und ausländische Arbeiter die Betriebsversammlung gemeinsam durch.

Auf Antrag revolutionärer Arbeiter hin verabschiedeten die Teilnehmer ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung eine Resolution an den IGM-Gewerkschaftstag: 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich. Damit haben die Opel-Arbeiter einen großen Schritt vorwärts gemacht im Kampf der gesamten Arbeiterklasse, um der zügellosen Ausbeutung Schranken zu setzen. Gleichzeitig hat die Belegschaft aus der sozialdemokratischen Niederlagenpolitik die richtigen Konsequenzen gezogen. Nach dem jüngsten Lohnraubabschluß hat sie sich nicht in die Resignation treiben lassen, sondern bewußt eine Forderung aufgestellt, die über den Betrieb hinaus die ganze Arbeiterklasse zusammenschweißt und sie zu großen Kämpfen befähigt.

Planmäßig und bewußt haben die Kapitalisten in den letzten Wochen und Monaten die Schrauben zur Schweißauspressung angezogen. Größere Bandgeschwindigkeit, Verschärfung des Akkords und vor allen Dingen die Ausdehnung der Arbeitszeit durch Sonderschichten sowie die letzten Lohnraubabschlüsse haben den Opel-Kapitalisten Riesenprofite gebracht. Die Bilanz von 1976 für die Opel-Kapitalisten: „1976 sei ein besonderes Erfolgsjahr in der Opelgeschichte, sagte James F. Waters, Vorstandsvorsitzender des Rüsselsheimer Unternehmens, bei der Bekanntgabe der Opel-Jahresproduktionszahlen. Mit 919 838 produzierten Einheiten (Vorjahr 657 539) stieg die Produktion um 39,9 Prozent." (Maingau-Bote, Dezember 1976)

Die Bilanz auf seiten der Arbeiter: Die Steigerung der Produktion um fast 40 Prozent (151 299 Produktionseinheiten mehr) wurde aus einer Gesamtbelegschaft von 58 600 herausgepreßt, das sind 6,5 Prozent mehr Beschäftigte als im Vorjahr (53 130). Von Januar 1976 bis März 1977 sind 8 tödliche Unfälle bekannt geworden, Hunderte von Gliedmaßen abgequetscht und Tausende von Arbeiterexistenzen zerstört worden durch Raubbau an Gesundheit und Leben.

Spontan zunächst, heute jedoch zunehmend bewußt ordnen die Arbeiter ihre Reihen und entfalten den Widerstand. Entscheidend für den Zusammenschluß der Belegschaft sind die drei letzten Betriebsversammlungen gewesen.

September 1976: Mindestens sieben Bereichsvertrauensleutesitzungen sowie die Blockvertrauensleutesitzung lehnen jede weitere Sonderschicht ab. Die Blockvertrauensleute fassen einen Beschluß, nach dem der Betriebsrat Lohnverhandlungen mit der Geschäftsleitung einleiten soll, weil die niedrigen Löhne viele Kollegen zu Überstunden zwingen.

Die Einigungsstelle ordnet am 11. September für den 18. und 25. September zwei weitere Sonderschichten an. Auf der kämpferischen Betriebsversammlung am 16. September stimmten 10 000 Arbeiter einstimmig gegen die Sonderschichten. Auf Transparenten in der Versammlung bekräftigten sie ihre Forderung. Tausende von Arbeitern boykottierten die beiden Sonderschichten. Für 1976 kann der Betriebsrat keinen Sonderschichten mehr zustimmen. Im Oktober noch verabredete die Geschäftsleitung mit dem Betriebsrat zwei weitere Sonderschichten für Januar 1977.

November 1976: Die Arbeiter bereiten den Lohnkampf vor. 52 Vertrauensleute sowie eine Bereichsvertrauensleutesitzung fordern eine Mark mehr für alle. Am 8. November liegen auf der Vertrauensleutevollversammlung mehrere Anträge für eine Mark bzw. 173 DM vor. Die führenden Sozialdemokraten schlagen 6 Prozent und 120 DM vor, „linke" Sozialdemokraten 250 DM. Die Anträge auf 1 DM werden von der Versammlungsleitung unterdrückt und mit der 250 DM-Forderung die Bewegung für Festgeld zusätzlich gespalten. Mit Zweidrittelmehrheit werden 6 Prozent und 120 DM versbschiedet.

Dezember 1976: Im Stahlbereich ist mit 6 Prozent abgeschlossen worden. Am 16.12. ist Betriebsversammlung. Die Versammlung dauert über sieben Stunden. Eine ganze Schicht fällt aus. Die Arbeiter kritisieren den 6-Prozent-Lohnraubabschluß im Stahlbereich. Die zunehmende Rationalisierung und Arbeitshetze wird angegriffen. Die Verkürzung der Schichtzeiten gefordert. Die Ausplünderung mittels Steuern wird heftig unter Beschuß genommen.

Die hessische Tarifkommission stellt 9,5 Prozent auf. Der Vertrauensleutekörper protestiert.

Januar 1977: Der Vorsitzende der Vertrauenskörperleitung, der SPD-ler Späth, muß zurücktreten. Von der Blockvertrauensleuteversammlung wird der gesamte Vorstand des Vertrauensleutekörpers abgesetzt. Pläne des Vorstands, eine eigene Abteilung der Automobilbranche in der IG Metall zu gründen, waren in der Presse bekannt gemacht worden.

Februar 1977: Gegen das 4,75-Prozent-Angebot der Kapitalisten sind 5 000 Opel-Arbeiter in den Warnstreik getreten. Mit 6,9 Prozent schließen die Tarifkommissionen ab. Der Betriebsrat bei Opel vereinbart mit der Geschäftsleitung eine innerbetriebliche Lohnerhöhung mit einem Sockelbetrag von 65 Pfennig. Gleichzeitig stimmt er sechs weiteren Sonderschichten für März, April und Mai zu.

März 1977: Über zehn Redner greifen auf der Betriebsversammlung am 29.3. den Lohnraubabschluß an, andere die verschärfte Ausbeutung. Durch den Lohnraubabschluß haben die Sozialdemokraten der Arbeiterbewegung eine Niederlage beigebracht. Die Opel-Kapitalisten haben mit sechs weiteren Sonderschichten sofort nachgesetzt. Die Sozialdemokraten fordern die Arbeiter zur Teilnahme an den Konkurrenzschlachten der Monopole auf und betreiben die Spaltung der einzelnen Belegschaften.

Klar ist geworden, will die Opel-Belegschaft wirkungsvoll den Kampf gegen die Sonderschichten, gegen die verschärfte Schweißauspressung führen, muß sie die Spaltung nicht nur beim Opel, sondern in der gesamten Klasse überwinden.

Die Forderung nach dem 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich fällt so auf fruchtbaren Boden und ist eine Antwort auf den Lohnraubabschluß.

Denn dieser Abschluß bedeutet nicht einfach weniger Geld in der Tasche, sondern, daß die Arbeiter der verschärften Ausbeutung entsprechend ihre Arbeitskraft nicht mehr wieder herstellen können, daß sie ruiniert werden. Der 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich setzt der Ausbeutung Schranken und wirkt dem Verschleiß der Arbeitskraft entgegen.

Die Entwicklung des Kampfes der Opel-Arbeiter hat zu diesem Beschluß gedrängt. In den Abteilungen wurde nach der Betriebsversammlung der Beschluß begrüßt und soll durch Resolutionen bekräftigt werden. Gleichzeitig wird über die Forderung gegen die Sonderschichten, nach dem Verbot der Überstunden sowie Schichtarbeit und des Akkordsystems disktuiert. Alle Arbeiter, ob sie sich gegen Überstunden, Verschärfung des Akkords, Vermehrung der Nacht- und Schichtarbeit wehren, können unter der Forderung nach dem 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich, wie sie jetzt die Opel-Belegschaft erhoben hat, den Kampf gemeinsam führen. Denn die tägliche Erfahrung ist, daß dies Methoden der Schweißauspressung sind, die den Kapitalisten aus der Hand geschlagen werden müssen.

Ich kann sagen, sogar von vor 20 Jahren, wir haben schon immer Schicht gearbeitet. Und da ist sogar noch samstags gearbeitet worden, in der Frühschicht und in der Spätschicht auch, in der Zeit sind Überstunden gemacht worden. Die Überstunden zur Instandhaltung der Bänder, das ist dann sonntags meistens gemacht worden – es sind auch sonntags schon Schichten gefahren worden vor 15 oder 18 Jahren.

Dann ist der Samstag weggefallen, da sind dann viele Überstunden gefahren worden. Die Zwänge zu Überstunden bestanden ja auch damals, der Verdienst war sehr niedrig, gerade vor 15 Jahren etwa – nur der Druck war nicht so stark.

Die Bänder waren damals zum Teil bis auf das Dreifache der Leute bestückt, der Arbeitsablauf war zwar anders, aber doch hatte man Zeit. Man konnte mal weggehen. Die Zeiten waren so, daß du mit deinen Kollegen dich abgesprochen hast, so daß jeder einmal eine Pause machen konnte und der andere hat solange die Arbeit mitgemacht. Das ist heute nicht mehr drin, das hat sich total verändert.

Vor der Krise war die erste Einsparung. Als der Betriebsleiter kam aus der Standardabteilung, hat der mal ganz radikal da aufgeräumt. Der hat viele Leute weggeschafft, versetzt, da haben auch viele gekündigt. Aber nicht so, daß er hingegangen ist und hat einfach Leute abgezogen, nein, er hat dann was wegfallen lassen. Er hat zum Beispiel die ganze Inspektion wegfallen lassen und hat die Leute um die Hälfte gekürzt. Die Leute sind dann eben auf andere Arbeitsplätze gekommen. Es wird eben nur noch das Notwendigste gemacht.

Mit der ersten Krise ging das ganz rapide runter. Da ist nochmal abgestoppt worden, da sind sie dann ganz brutal vorgegangen, und da waren dann auch schon viele verschiedene Ausländer, Griechen und Spanier, da, und die waren total eingeschüchtert, noch mehr wie die Deutschen, und da haben sie wirklich an manchen Arbeitsplätzen nochmal 50 Prozent der Leute weggenommen, einfach weggenommen, und sich dahinter gestellt und den allein arbeiten lassen, und dahinter gestanden, und die mußten dann wühlen wie die Ochsen und haben die Arbeit allein gemacht. 1967, da ist die größte Sauerei gemacht worden. Da haben sie am meisten eingespart.

Heute ist da nichts mehr drin mit Minutenschinden. Es sind schon Opel-Betriebsräte für das Verbot der Sonderschichten und der Überstunden eingetreten. Eine Absprache zwischen allen Betrieben in der Automobilindustrie, die dahin geht, daß man Sonderschichten prinzipiell gleichmäßig ablehnt, wurde gefordert. Das ist vernünftig, ich finde das nicht schlecht, das Verbot von Sonderschichten und Überstunden zusammen mit der Forderung nach dem 7-Stunden-Tag, das ist zu vertreten.

Bandarbeiter bei Opel und Vertrauensmann

Ich arbeite als Reparaturschlosser, da arbeite ich Schicht. Was mich am meisten ärgert, das sind diese Wechselschichten, oder nicht nur Wechselschichten, sondern, daß ich innerhalb einer Woche zwei-, dreimal die Schicht wechseln muß, in einer Woche, wo viele Reparaturen sind.

Der ganze Arbeitstag ist härter und brutaler geworden. Wir brauchen nur mal die Gewinnquote vom letzten Jahr sehen, der Gewinn war noch nie so hoch wie das letzte Jahr, selbst in der Hochkonjunktur, und das kommt ja von uns. Obwohl dieser heiße Sommer war, der wirklich heiß war – wir hatten zirka 60 Grad –, bei uns ging es flott weiter.

Daß man diesen 7-Stunden-Tag verlangt, da bin ich und auch der Großteil meiner Kollegen, mit denen ich darüber gesprochen habe, sind dafür, weil ich heute in 8 Stunden soviel leisten muß wie früher in 10 Stunden. Da ist es richtig, daß man 7 Stunden fordert.

Erst mal braucht man mehr Lohn. Hab ich einen richtigen Lohn, von dem ich leben kann, brauch ich keine Sonderschichten machen.

Wenn die Opel-Arbeiter das fordern, wird das woanders Schule machen. Wenn sich alle Arbeiter einig sind, müssen die Betriebsleitungen aller Firmen dagegen aufgeben und die Forderungen anerkennen. Sie müssen durch Gesetz gezwungen werden. Sonst sehe ich keinen Erfolg bei der Sache.

Maschinenschlosser bei Opel

Aus der Belegschaft war keiner dagegen. Ich hab mich gestellt und geguckt, wie abgestimmt wird: keiner!

Du bist ja gezwungen, die Sonderschichten zu machen. Nur zehn von hundert können von der Sonderschicht freigestellt werden, da gibt's einen Aushang dazu. Das betrifft mich aber praktisch nicht, ich mach ja nur Spätschicht. Wir werden gefragt. Es gibt Tage, die werden vorgeholt, ich muß aber den Tag Urlaub nehmen, weil ich ein kleines Kind habe, ich kann samstags nicht, weil ich da niemand für das Kind habe.

Also, die 7 Stunden wären gut, wenn wir keine Schichten mehr hätten, dann sind 7 Stunden sehr gut, weil dann hast du mehr Zeit für die Familie. Ohne das Verbot von der Schichtarbeit wird das nichts Halbes und nichts Ganzes werden.

Als Arbeiter bin ich für den 7-Stunden-Tag und für das Verbot der Schichtarbeit. Das ist für alle Arbeiter richtig.

Putzfrau bei Opel

Viele werden gar nichts kriegen

„Beamte wünschen Vorschuß" (Stuttgarter Zeitung, 1. April). Der Vorsitzende des Beamtenbundes Martin Wurm hat an die Regierung von Baden-Württemberg geschrieben, „daß die kleinen Einkommensempfänger aus sozialen Gründen darauf angewiesen seien, sofort den notwendigen Ausgleich für den Kaufkraftverlust an die Hand zu bekommen". Er tut gut daran, *an* die Hand zu schreiben, *in* die Hände der Beschäftigten wird nicht viel kommen.

Der Personalrat der Universitätskliniken in Köln hofft in einer Schrift an die Belegschaft „zuversichtlich", daß Mitte Mai die Auszahlung da sein möchte. 15 Wochen ist dann der neue Tarif alt. Schon von der Niedrigkeit des Abschlusses her ist Zuversicht nicht angebracht, die Zurückhaltung eines Teils des Lohnes für Millionen Beschäftigte, die bis Mitte Mai jedoch 74 Tage voll arbeiten sollen, ist unzumutbar. Bittschriften und Zuversicht sind da nicht die richtigen Mittel.

Schon jetzt können sich 100 000 bis 600 000 Beschäftigte in öffentlichen Diensten jedoch ausrechnen, daß sie über Jahre hinaus von einer Lohnerhöhung überhaupt nichts zu spüren kriegen.

Es sind die Verheirateten in öffentlichen Diensten, wenn beide arbeiten. Etwa 5 bis 30 Prozent von 4,2 Millionen sind schätzungsweise davon betroffen; per Gesetz wird ihnen seit Januar 1976 ein Teil des Ortszuschlags gestrichen. Auswirkung an einem Beispiel aus den ÖTV-Beamtennachrichten Nr. 10/1975:

Ein Beamter des einfachen Dienstes hat zwei Kinder. Seine Ehefrau muß wegen seines niedrigen Einkommens mitverdienen. Sie ist Schreibkraft im Kanzleidienst einer Landesbehörde. Sie wird nach BAT IX b bezahlt. 196,77 DM ihres Ortszuschlages von 637,12 DM (1975) sind ab 1. Januar 1976 Besitzstandswahrung. Das heißt, sie erhält die 196,77 DM nicht als Bestandteil ihres Lohns weiterbezahlt, sondern auf jede Erhöhung, sei es Alterssteigerung, Höhergruppierung, wird ihr das auf die 196 DM zu 100 Prozent angerechnet, sprich: sie erhält gar nichts mehr. Die Tariferhöhungen werden zu 50 Prozent angerechnet.

Der Tarifabschluß 1976 von 5 Prozent, mindestens 85 DM wird ihr zu 42,50 DM angerechnet. Statt 1 732,84 DM weist ihr derzeitiger Lohnzettel (alter Tarif von 1976) brutto 1 690,34 DM aus. Netto ein Minus von 21,68 DM (Lohnsteuerklasse IV/2, Krankenversicherung 11,5 Prozent). 1. Februar 1977: Der reine Prozentabschluß von 5,3 Prozent wird ihr auf den Grundlohn plus den verkürzten Ortszuschlag von 1 536,07 DM angerechnet werden. 154,27 DM ihres Bruttolohns sind noch Besitzstandswahrung. Dieser Betrag wird lediglich weiter zusammengestrichen durch wiederum 50 Prozent der Lohnerhöhung 1977, das sind 40,70 DM. Seit der Verabschiedung des Haushaltssicherungsgesetzes der Bundesregierung hat sie bei zwei Tariferhöhungen netto 48 DM weniger. 113,57 DM ihres Bruttolohns fallen immer noch unter Besitzstandswahrung.

Nach höchstrichterlicher Entscheidung ist diese Streichungspolitik rechtens. Der Ortszuschlag ist nicht Bestandteil des Tariflohns, sondern Ergebnis sozialdemokratischer Zulagenpolitik. Ganz früher war der Ortszuschlag nämlich eine Wohngeldzulage, eine „soziale" Leistung der Dienstherren, und orientierte sich an unterschiedlichen Kosten für Wohnungen. Unterschiedlich hoch war diese Zulage schon damals, einmal wegen unterschiedlich hoher Mieten von Ort zu Ort, zum anderen gebunden an die Lohngruppe, begründet durch „statusbezogene Aufwendungserwartungen".

Heute ist dadurch der Tariflohn unter dem Existenzminimum für Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Das ist ein weiteres Ergebnis sozialdemokratischer Lohnpolitik, damit muß man Schluß machen. – (Z-Red.)

Personalrat fordert sofortige Auszahlung der Tariferhöhung

Göttingen. Am 15.3. ist auch an den Uni-Kliniken kein Pfennig der Tariferhöhung ausgezahlt worden. Daran sei die ÖTV schuld, denn sie habe erst am 13.3. den Tarifvertrag unterschrieben und da sei es ganz unmöglich, schon am 15.3. die Erhöhung auszuzahlen, erklärte der Verwaltungsdirektor dazu.

Die Beschäftigten haben aber allen Grund, hartnäckig die sofortige Auszahlung dieser schäbigen 5,3 % und der 100 DM zu verlangen. Es ist schnell durchgezählt, wer von den Kliniksbeschäftigten keine Schulden hat. In einem Labor der Medizinischen Klinik haben von sechs technischen Angestellten fünf Schulden von 500 bis weit über 1000 DM. Eine Angestellte, 1200 DM Nettolohn, die ihr Kind und ihren arbeitslosen Mann versorgen muß, eine Miete von über 500 DM zahlt, muß ihr Konto regelmäßig um mindestens einen Monatslohn überziehen. Anschaffungen wie Teile für die Wohnungseinrichtung, die sie dringend bräuchte oder gar einen Urlaub – daran ist bei diesem Lohn überhaupt nicht zu denken. Und dabei muß sie jetzt 20 % mehr Untersuchungen machen als noch im letzten Jahr. Das sind keineswegs „Besonderheiten" dieser Abteilung. Die Anträge an den Dienstherren für einen Lohnvorschuß für Umzug oder andre notwendige Anschaffungen häufen sich. Sie müssen diese Gelder erbetteln und genauestens begründen, wofür sie einen solchen Kredit verwenden wollen, sonst kriegen sie nichts.

Jeder der Arbeiter und Angestellten überlegt sich, wie er seinen Lohn noch aufbessern kann. Da ist noch die Hoffnung auf den Lohnsteuerjahresausgleich. Doch das Erwachen kommt schnell. Die Antwort des Finanzamtes: Durch die Steuerreform erhalten Sie in diesem Jahr keinen Pfennig zurück oder es sind nur einige Mark, mit denen man auch nichts aufbessern kann.

Wo diese Möglichkeit auch weg ist, bleiben noch die Überstunden.

Bis zu 60 Überstunden im Monat machen sie, obwohl sie wissen, daß weit über 50 % davon wieder über die Steuerfalle vom Staatsapparat geraubt werden. Aber jede Mark zusätzlich brauchen sie zum Leben. Welches Ausmaß die Überstundenschinderei annimmt, zeigt das Beispiel der Medizinischen Klinik: 3144 Überstunden mußten die Beschäftigten in zehn Abteilungen von November 76 bis Februar 77 machen. 1360 davon allein in der Abteilung für Endoskopie und Herzkatheter.

Abgrundtief spaltet dieser Lohnraubabschluß, den die Sozialdemokraten Schmidt und Kluncker zu verantworten haben. Ihre Freunde im Betrieb versuchen diese Spaltung und die weitere Verelendung zu festigen. So haben die Sozialdemokraten im Personalrat der Medizinischen Klinik einen Antrag niedergebügelt, in dem die sofortige Auszahlung der Tariferhöhung gefordert wurde.

Diese Leute stoßen auf keine Unterstützung bei der Masse der Arbeiter und Angestellten. Begrüßt dagegen wurde der Beschluß des Personalrates der Kinderklinik, die sofortige Auszahlung der Tariferhöhung zu fordern. Der Wunsch, einheitlich und geschlossen vorzugehen gegen den Lohnabbau und die Rationalisierung ist groß. Die über 40 Arbeiter der Medizinischen Klinik brachten das auf der letzten Teilpersonalversammlung in ihrem einstimmigen Beschluß zum Ausdruck, am 15.4. eine Lohnzettelversammlung zu machen

Die ÖTV-Mitgliederversammlung an der Krankenpflegeschule sprach sich eindeutig gegen den Minuslohnabschluß aus und beschloß noch in dieser Woche an die am 1.4.77 eingestellten Schüler heranzutreten und eine Wandzeitung in der Schule aufzuhängen, auf der sie diesen Minusabschluß enthüllen und die Schüler auffordern, keine Bücher und sonstigen Lehrmittel aus eigener Tasche zu bezahlen. Nach Ostern soll sofort eine neue Mitgliederversammlung einberufen werden, auf der Schritte für ein gemeinsames Vorgehen aller Auszubildenden im Öffentlichen Dienst festgelegt werden.

Die Personalratsliste „Gegen Lohnabbau, Rationalisierung und politische Entrechtung" beruft für Dienstag eine öffentliche Versammlung ein, um ein gemeinsames Vorgehen gegen diesen Lohnabschluß und die Vorbereitungen für den 1. Mai zu beraten. – (Zelle Medizinische Universitätsklinik Göttingen)

Hamburg. Schlichtungscoup bei der Lufthansa. Am Mittwoch, dem 30.3., haben sich die Vertreter der Deutschen Lufthansa und der Verhandlungskommission (Schlichtungskommission) der ÖTV unter der Vermittlung von Staatssekretär a.D. Birckholtz auf einen Schlichtungsabschluß geeinigt. 6,9 % Lohnerhöhung auf alle Löhne unter 4 000 DM (darüber abgestuft niedrigere Prozente bis 5,3 % ab 12 000 DM monatlich), 200 DM Urlaubsgeld (Auszubildende 100 DM), Ausbildungsvergütung vom ersten bis vierten Lehrjahr zwischen 490 DM und 360 DM plus 55 DM für die über 18-jährigen, Laufzeit zwölf Monate. Gegen das 6,8 %-Angebot der Lufthansa hatten am 17.3. über 2 000 Arbeiter und Angestellte gestreikt. Am 8.3. hatte es zuvor ebenfalls einen Warnstreik von ca. 600 Arbeitern und Angestellten in Hamburg gegeben. „Will die Lufthansa einen Streik provozieren?" hieß es auf einem Transparent der Sozialdemokraten in der ÖTV-Führung zum 6,8 %-Angebot. Jetzt haben sie nur 0,1 % über dem Angebot der Lufthansa abgeschlossen. Das Schlichtungsergebnis soll einen tiefen Spalt zwischen die unteren Lohngruppen und die höheren Facharbeiterlohngruppen treiben. In der Lohngruppe 2/6 bedeutet es brutto 94,80 DM mehr, in der Lohngruppe 9/11 176 DM. Aber auch für einen großen Teil der höheren Facharbeiter liegt der Abschluß unter der Forderung von 175 DM. Für die Antreiber mit über 4 000 DM im Monat bedeuten die „sozial gerechten abgestuften Prozente" (so die Sozialdemokraten) Erhöhungen zwischen 270 DM und 1060 DM. Am 5.4. tagt die Tarifkommission, um über den Abschluß zu entscheiden.

Die Kapitalisten und die öffentlichen Betriebe nutzen die große Jugendarbeitslosigkeit, um unter den Jugendlichen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, sich die geeignetsten auszuwählen. Bei den Hamburger Wasserwerken haben sie dazu eine Prüfung veranstaltet.

150 Jugendliche hatten sich beworben. 82 wurden zur Prüfung zugelassen.

In drei Stunden mußten bearbeitet werden: Rechnen – Dreisatz, Rauminhalt; „Allgemeinbildung" – Aufzählen der Erdteile, Hauptstädte, Politiker; ein Aufsatz um Thema „Was stellt man sich unter einem Schwimmeistergehilfen vor?""; Vorlesen einer Passage aus Robinson Crusoe – anschließend Fragen wie: „Wieviel Ziegen hatte Robinson Crusoe".

Nach der theoretischen Prüfung blieben von den 82 noch 20 übrig. In einer mündlichen Prüfung mußten sie sich dann zu folgenden Fragen äußern: „Welche Hobbies haben Sie? Wie kommen Sie mit Ihren Eltern aus? Haben Sie eine politische Meinung? Welche Partei würden Sie oder welche haben Sie zuletzt gewählt? Haben Sie schon einmal etwas vom Kommunismus gehört? Wie stehen Sie dazu? Wie würden Sie es finden, wenn wir hier bei uns den Kommunismus hätten?" Am Ende dieser Prüfung blieben acht Jugendliche übrig, die ausgebildet werden sollen zu Schwimmeistergehilfen.

Westberlin. Der Westberliner Senat will das Einschulungsalter auf fünf Jahre herabsetzen. Dies dient dazu, den Kapitalisten die jugendliche Arbeitskraft für die Profitproduktion noch früher zur Verfü-

Westberlin. Der Westberliner Senat will das Einschulungsalter auf fünf Jahre herabsetzen. Dies dient dazu, den Kapitalisten die jugendliche Arbeitskraft für die Profitproduktion noch früher zur Verfü-gung zu stellen. Der Westberliner Senat weiß, daß sein Vorhaben auf den Widerstand der Eltern stößt. Deshalb versucht er, es zu vertuschen. So ist deshalb vorgesehen, die Grundschulklassen durch eine Eingangsstufe zu ersetzen. In dieser Eingangsstufe sollen zuerst die noch nicht schulpflichtigen sechsjährigen Kinder zusammengefaßt werden. Nach einer Übergangszeit soll der Besuch dieser Eingangsstufe dann zur Pflicht werden.

Quickborn. Der Magistrat versucht, das Jugendzentrum in Quickborn zu schließen bzw., falls das nicht gelingt, zu kontrollieren, indem Gelder für den Unterhalt des Jugendzentrums gestrichen werden und der Schlüssel zum Jugendzentrum nur an Vorstandmitglieder gegen Quittung ausgegeben werden soll.

Am 25.3. demonstierten daraufhin 150 Jugendliche zur Stadtvertreterversammlung unter den Forderungen:
Für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung! Einstellung des Sozialarbeiters durch das Mitarbeitertreffen (Mitarbeitertreffen ist das Enscheidungsgremium der Jugendlichen, Red.)! Nicht dem Magistrat vertrauen, auf die eigenen Kräfte bauen!

Emden. Die Thyssen-Kapitalisten haben von 400 Jugendlichen, die sich um Lehrstellen beworben hatten, durch einen Eignungstest 70 herausgewählt. 115 haben sie auf einer Versammlung mit den Eltern eine „Ausbildungsmaßnahme" vorgeschlagen, die sich gliedert in ein Jahr Grundausbildung und zwei bis zweieinhalb Jahre Berufsausbildung. Die Auszubildenden werden in die Sparten Metall, Elektro, Holz eingeteilt. Die Kapitalisten bestimmen dann, zu welchem Beruf die Lehrlinge ausgebildet werden sollen.

Einen Ausbildungsvertrag gibt es erst im Laufe des ersten Jahres. Die Fahrtkosten werden nicht erstattet, Bücher werden nur für den Fachunterricht im Betrieb, nicht aber für die Berufsschule gestellt. Während des gesamten ersten Jahres finden monatliche Prüfungen statt, die Übernahme in die zweite Ausbildungsphase wird vom „erfolgreichen Abschluß" des ersten Jahres abhängig gemacht.

Für das erste Jahr gibt es kein Ausbildungsentgelt. Thyssen spart so eine halbe Million DM und läßt die Jugendlichen drei Tage in der Woche für sich umsonst arbeiten.

Noch eine imperialistische Safari





Osnabrück. Der Kommunistische Jugendbund Osnabrück führte am vergangenen Samstag Aktionsstände in der Innenstadt durch. Die Kampagne „Gewehre für die Jugend Zimbabwes" wird unterstützt. Mehrere Broschüren und Kinderbücher wurden verkauft.

Was dem US-Imperialismus sein Young, dem Sozialimperialismus sein Castro, das ist dem BRD-Imperialismus die Schlei. Da die Völker im südlichen Afrika, aus den Erfahrungen mit den Imperialisten klug geworden, sich fest zusammenschließen fällt es diesen schwer, sich einzelne weiterhin als Beuteobjekt herauszugreifen. Auf der Suche nach Spaltungsmöglichkeiten und Intrigen umstreichen sie das Gebiet. Der Mummenschanz, den sie dabei treiben müssen, zeigt, daß sie als Papiertiger entlarvt sind. Der US-Imperialismus verkleidet sich mit Young als Neger, Pfarrer und Adoptivvater der Kinder eines azanischen Befreiungskämpfers, um wieder vertrauenswürdig zu erscheinen, der Sozialimperialismus läßt seine Marionette Castro im Mantel des ehemaligen Revolutionärs herumtanzen, um die durchsichtig gewordene Schminke aufzufrischen. Der westdeutsche Adler schickt ein Huhn auf Reisen, um seine Klauen zu verbergen. Das Auftreten der Entwicklungsministerin Marie Schlei, das die bürgerliche Presse als einfältig und unfähig erscheinen läßt, entspricht der Linie, die der BRD-Imperialismus derzeit für seine Interessen richtig hält. Um von den Ränken und Intrigen der Supermächte für die Ausdehnung der eigenen Einflußsphäre zu profitieren und die Wachsamkeit der Völker einzuschläfern, versucht er als „ihresgleichen" sich hinzustellen, etwas tolpatschig, wohlmeinend aber, mit menschlichen Fehlern behaftet, also ungefährlich. Bei Marie „daheim fühlen" sollen die Afrikaner sich. Als „Handwerkerstochter" versteht sie was von den Problemen der „einfachen Werktätigen". „. . . sie drückte verdutzte Afrikaner, wo immer sie welche zu fassen bekam, ans Herz", tauschte mit Bauarbeitern Erinnerungsbilder und Haarlocke. Wie die „Flüchtlinge" Zimbabwes, die politisch verfolgten Nationalisten, ist sie vom „Schicksal verfolgt" gewesen. „Ich habe Nkomo von meinem Schicksal erzählt und ihm beschrieben, wie ein unschuldiges Volk wie die Hinterpommern und die Schlesier am bit- tersten an der Geschichte leiden mußten. Und wie mein Mann im Krieg gefallen ist . . ." Also, was wollt ihr, ist ja alles nicht so tragisch. Hauptsache, „sie merken, ich bin ein einfacher Mensch, ihnen sehr nahe . . .", damit sie begreifen: „Hier können wir etwas gemeinsam machen." An den ihr als die schwächsten Stellen der Kette erscheinenden Orten legt sie auch ein paar Eier: „Wer sich mit mir zusammentut, hat was davon." – In Botswana beteiligte sie den BRD-Imperialismus mit 19 Millionen, in Sambia mit 70 Millione DM Kapitalhilfe an der Ausbeutung der Arbeiter und Bauern. Für Lager zimbabwescher Patrioten in Botswana stellte sie 500 000 DM sogenannte humanitäre Flüchtlingshilfe zur Verfügung. Gleichzeitig sagt sie dem Staatspräsidenten Botswanas, er solle sich nicht mit den Befreiungskämpfern zusammentun, sondern mit dem BRD-Imperialismus, weil seine eigene Wirtschaft und damit Existenz von Südafrika abhinge. „Die Kräfte stärken" wolle sie, „die für gewaltlose Lösung sind". Stillhalten predigt sie den Afrikanern, während für die Aufrüstung der Kolonialregimes gesorgt wird und für ihr Funktionieren als Saugrüssel wirtschaftlicher Ausbeutung. Wie alle Imperialisten will sie spalten, um die Funktionäre der imperialistischen In-

nialregimes gesorgt wird und für ihr Funktionieren als Saugrüssel wirtschaftlicher Ausbeutung. Wie alle Imperialisten will sie spalten, um die Funktionäre der imperialistischen In-teressen, die Kolonialisten, an den Schaltstellen der Macht zu halten, damit die imperialistische Ausbeutung weiter möglich ist. In ihrer verlogenen Sprache klingt das so: „. . .die Regierung stimmt . . . mit den Befreiungsbewegungen soweit überein, wie sie für eine ‚Regierung der Mehrheit' eintreten. Dieses Recht der Mehrheit umfaßt auch das ‚Recht der Minderheit' (gemeint sind die Kolonialisten), in diesen Ländern zu bleiben." – (Z-Red.)

Zimbabwe, pamberi ne chimurenga!

Zimbabwe in Afrikas Süden, so heißt dort ein schönes Land, je-
doch von den weißen Fabrikherr'n wird es Rhodesien genannt. Es
leben in ärmlichen Hütten Millionen von Schwarzen dort. Was
ihnen als Land noch gelassen, ist wenig und meistens verdorrt.
Refr.: Zimbabwe, pamberi ne chimurenga! Deine Söhne befrei'n das
Land! Zimbabwe, pamberi ne chimurenga! Zimbabwe in Volkeshand!

1. Zimbabwe in Afrikas Süden,
so heißt dort ein schönes Land,
jedoch von den weißen Fabrikherrn
wird es Rhodesien genannt.
Es leben in ärmlichen Hütten
Millionen von Schwarzen dort.
Was ihnen als Land noch gelassen,
ist wenig und meistens verdorrt.

Millionen von Schwarzen dort.
Was ihnen als Land noch gelassen,
ist wenig und meistens verdorrt.

2. Den Weißen gehör'n die Maschinen,
die Bergwerke und das Land.
Doch daß sie ihr Brot selbst verdienen,
davon ist uns nichts bekannt.
Sie führen ein Faulenzerleben,
die Arbeiter schuften für sie
und wenn sie die Sektgläser heben
muß der Diener dabei auf die Knie.

3. Die schwarzen Arbeiter und Bauern
woll'n nicht mehr die Sklaven sein.
In Kämpfen, die schon lange dauern,
werden sie sich selbst befrei'n
Die Männer, die Kinder und Frauen
im Freiheitskampf fest geeint,
der ZANU und sich selbst vertrauend
so schlagen sie den Klassenfeind.

4. Fabrikherren gibt's in vielen Ländern,
sie scheffeln sich unser Geld,
drum Arbeiter reicht euch die Hände
rund um die ganze Welt.
Zimbabwes Volk zu unterstützen
damit's sich befreien kann,
das wird dem gerechten Kampf nützen
drum spendet soviel jeder kann.

damit's sich befreien kann,
das wird dem gerechten Kampf nützen
drum spendet soviel jeder kann.

5. Von schützenden Mauern umgeben,
so werden die Herr'n bewacht.
Bald endet ihr Faulenzerleben,
sie fürchten um ihre Macht.
Die Söldner, sie werden's nicht schaffen,
trotz Folter und Tyrannei,
Das Volk hat die stärkeren Waffen
und sprengt seine Sklaverei.

Refrain:
Zimbabwe, pamberi ne chimurenga!
Deine Söhne befrei'n das Land.
Zimbabwe, pamberi ne chimurenga!
Zimbabwe in Volkeshand !

Agitprop-Gruppe „Kolonne links"

Maschinenschlosserlehrlinge fordern: Weg mit dem Deutschlehrer!

Hamburg. Der Unterricht der Maschinenschlosser sieht folgendermaßen aus: Einige Schüler schlafen ein, andere kommen zu spät, andere lesen Zeitung und wieder andere unterhalten sich oder gehen raus. Die Unruhe ist groß und wenige folgen dem Lehrer den ganzen Unterricht über mit. Die Lehrer kommen damit nicht zurecht. Der Technologie-Lehrer hat sich darauf eingestellt und redet nur noch mit den vorderen Reihen. Der Mathe-Lehrer ermahnt einen ständig und der Deutschlehrer schreit. Die Unruhe bleibt. Das liegt nicht daran, daß die Schüler nicht lernen wollen. Es liegt an der Schule. Wenn wir in Mathe beispielsweise in der ersten Stunde eine Formel errechnet kriegen: x 1,2 gleich minus a: 2 plus, minus Wurzel aus a:2 ins Quadrat minus b und dann wissen, daß bis Blockende nur mit dieser Formel gerechnet wird, Zahlen eingesetzt werden und die Formel in allen Variationen umgestellt wird, dann ist das unnützes Zeug, und man unterhält sich lieber oder schläft. Wir lernen nicht praktische Fragen zu bewältigen. Sich ein praktisches Problem hingegen zu nehmen und sich die Theorie dazu aneignen, um das Problem zu bewältigen, das wäre nützlich. So ist es auch kein Wunder, daß viele Schüler in bezug auf Motoren ein großes Wissen haben, weil sie Autos und Motorräder haben und sich die Sachen angeeignet haben, die sie brauchen, damit das Auto läuft.

In der Schule geht das anders. Im Betrieb werden wir ausgebeutet, sitzen an der Stanze, hauen irgendwelche Bleche zusammen, feilen etc. In der Schule kriegen wir viele Sachen eingetrichtert, um es bei den Klassenarbeiten auszuspucken. Die Zensuren zeigen dann, inwieweit wir das mitgemacht haben oder nicht. Es ist reinster Drill und Abrichtung auf die Lohnsklaverei.

Bei einer Deutscharbeit hatten wir uns mit dem Lehrer auf bestimmte Themen geeinigt. Nibbe hat sich nicht daran gehalten. Bis auf einen haben alle deshalb die Arbeit verweigert. Sechsen wegen „Leistungsverweigerung" wollte er verteilen und eine Lehrerkonferenz einberufen. Das scheiterte. Nach den Ferien: Erneut eine Arbeit, bei der die Bedingungen erneut ausgehandelt wurden. Interpretiert werden sollte ein Gedicht von Grass, das den Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg behandelt. Gemeinsam bereiteten sich die Schüler darauf vor. Als das der Lehrer rauskriegte, wollte er die Arbeit zuerst nicht bewerten.

Ein Schüler z.B. hatte geschrieben, daß beim Wiederaufbau der BRD die Hintermänner von Hitler, wie Krupp und Thyssen erneut die Macht wieder haben. Ein anderer schrieb, daß die Überreste des Faschismus nicht beseitigt wurden, sondern führende Personen des Hitlerfaschismus sich erneut in hohe Ämter gesetzt haben, wie z.B. Lübke, und daß die alten Offiziere und Generäle auch wieder die Bundeswehr aufgebaut haben. In diese Richtung schrieben viele. Sie hatten am Rand „einseitig", „stimmt nicht", „ungenau" etc. stehen. Die Zensuren waren entsprechend schlecht. Andere Schüler hingegen schrieben, daß die Überreste des Faschismus restlos beseitigt wurden und erhielten gute Noten. Einen Schüler versuchte Nibbe zu bestechen mit einer Eins plus. Der Schüler ist gegen Nibbe aufgetreten und sollte jetzt mit der Zensur von der Klasse gespalten werden.

Nibbe wurde zur Rede gestellt. Gut bewertet hatte er, wenn seine Meinung, die die Meinung der herrschenden Klasse ist, vertreten wurde: „Beim Aufbau der BRD wurde geschlampt, ansonsten gab es Integrationsschwierigkeiten mit den Ausländern. Wer sagt, daß die Grundlagen des Faschismus nicht beseitigt wurden, sondern übernommen wurden beim Aufbau der BRD, der ist letztlich gegen diesen Staat und so was kann ich nicht unterschreiben". Auf Druck der Schüler mußten dann Arbeiten in der Benotung hochgesetzt werden.

Trotzdem beschlossen die Schüler, daß Nibbe weg muß und ließen sich auch nicht von einem Manöver des Klassenlehrers einfangen, ein Gremium von fünf Schülern und Nibbe solle in Zukunft die Noten verteilen. Denn gegen die Unterdrückung durch die Noten sind die Schüler und beteiligen sich nicht daran.

Weiter ist es so, daß wir uns darüber unterhalten, wie man die Ausbildung überhaupt verändern kann, weil klar ist, daß dadurch, daß Nibbe wegkommt, sich die Sache mit den Noten und der Schule nicht ändert. Wir diskutieren deshalb die Forderungen „Weg mit dem Notensystem", „Einheitsschule unter Volkskontrolle". – (KJB, Hamburg)

Ein Jahr Gefängnis aufgrund des § 218

Verschärfte Anwendung des Strafgesetzes verbreitert den Kampf gegen § 218

Oldenburg. Vor dem Oldenburger Landgericht ist am letzten Donnerstag eine Frau aufgrund des § 218 zu einem Jahr Gefängnis, auf vier Jahre zur Bewährung, verurteilt worden. Sie hatte zwei Abtreibungen bei zwei türkischen Arbeiterinnen vorgenommen.

Die eine Frau ist verheiratet und hat zwei Kinder. Sie arbeitet und verdient 750 DM, während ihr Mann in der BRD keine Arbeitserlaubnis erhalten hat und jetzt den Haushalt führt. Das eine Kind wohnt bei ihnen in Bremen, das andere bei den Eltern der Frau in der Türkei, weil der Lohn nicht ausreicht, um es hier zu haben und zu ernähren. Kein Wunder also, daß die Türkin eine erneute Schwangerschaft abbrechen mußte. Wegen dieser Abtreibung wurde sie zu 500 DM verurteilt. Dafür muß sie fast einen Monat arbeiten.

Bei der anderen Arbeiterin ist es so, daß nur ihr Mann arbeitet. Er verdient 1 050 DM und davon geht gleich 400 DM Miete ab. Die beiden haben bereits ein Kind, was damals sieben Monate alt war. Kurz bevor die Türkin erneut schwanger wurde, war ihr die Arbeitslosenhilfe gestrichen worden. Was hätte sie anderes tun sollen, als abzutreiben?

Da ihre Abtreibung nicht reibungslos verlief, mußte sie ins Krankenhaus. Dort erschien sofort die Kripo. Mit der Drohung, sie abzuschieben, wurde sie gezwungen, den Namen der Frau, die die Abtreibung vorgenommen hat, zu nennen.

Weil die jetzt verurteilte Frau von den beiden Türkinnen „Geld genommen habe“, bei den Frauen „eine Prozedur vorgenommen habe“, versucht die bürgerliche Presse, dieses Terrorurteil zu rechtfertigen. Über die elende Lage der türkischen Arbeiterfamilien verliert sie kein Wort, um vom Unterdrückungscharakter des § 218 abzulenken. Diese Frau hatte bereits wegen drei vorgenommener Abtreibungen 15 Monate in Strafhaft gesessen.



Samstag: Mit Kundgebungen und Umzügen wird das Terrorurteil erneut angegriffen. Große Menschenansammlungen weisen die Verurteilungen zurück.



Freitag abend: Nach einer KBW-Veranstaltung zieht ein Demonstrationszug mit 200 Teilnehmern zuerst zum Pressehaus, wo eine Resolution gegen die Verurteilung übergeben wird, dann zum Gefängnis. Dort wird eine Ansprache gehalten. Die Gefangenen zeigen ihre Zustimmung: Bettlaken werden aus den Fenstern gehalten, brennende Zeitungen herausgeworfen.

Das Komitee gegen den § 218 hatte dazu aufgerufen, dem Prozeß entgegenzutreten, um eine Verurteilung zu verhindern. Im Gerichtssaal wurden Transparente angebracht mit den Forderungen „Weg mit dem § 218! – Volksentscheid!“. Gefordert wurde, alle Interessierten hereinzulassen, denen vor dem Gerichtsgebäude durch die Polizei der Eintritt verwehrt wurde. Parolen gegen den § 218 und seine Anwendung in diesem Prozeß wurden gerufen. Der Richter ließ den Sekretär der Bezirksleitung Weser/Ems und ein Mitglied des Komitees gegen den § 218 zu Ordnungsstrafen von drei bzw. fünf Tagen verurteilen. Dann ließ er den Saal durch Polizei von den Gegnern des § 218 räumen. In fürchterlichem Gestank, bei Anwesenheit einiger Mitglieder einer Frauengruppe, die sich artig verhielten, wurde der Prozeß durchgezogen. Damit die Öffentlichkeit gewahrt blieb, mußten Angestellte des Gerichts die übrigen Plätze einnehmen.

Die Gegner des § 218 zogen in die Innenstadt und führten eine Kundgebung gegen den Prozeß durch.

Die Aktionen des Komitees gegen den § 218 und des KBW in den nächsten Tagen stießen auf große Zustimmung bei den Menschen, die Verurteilungen wurden mit großer Empörung zurückgewiesen.

Die Absichten der Bourgeoisie mit der verschärften Anwendung des § 218 den Widerstand des Volkes zu brechen, verkehren sich so in ihr Gegenteil.

Der Vertrauensleutekörper von Hüppe-Sanitär hatte sich schon vor drei Wochen an einer Zeitungsannonce beteiligt, die Volksentscheid gegen den § 218 forderte.

In und vor den Betrieben muß die Agitation gegen den § 218 geführt werden, damit am 1. Mai die Forderungen gegen den § 218 und zur Zurücknahme des Terrorurteils erhoben werden. – (Bezirksverband Weser-Ems)

„Die Frauen und der Paragraf 218 – ein Ansturm auf Kliniken blieb aus“ (Hamburger Abendblatt, 28.3.). Weshalb blieb der Ansturm aus? Weil mit den Beratungsstellen ein geschicktes Fangnetz ausgelegt worden ist, um die Frauen, die zur Abtreibung gezwungen sind, zu registrieren und sie vollzureden von der eigenen Schuld und den großzügigen Hilfen, die der Staat für Schwangere gewähren würde, um sie so von der Abtreibung abzuhalten.

In Baden-Württemberg ist es so gelungen, daß über die Hälfte der 4 477, die zur Beratung gegangen sind, „durch ‚gezielte Beratung‘ dazu motiviert werden konnten, ihr Kind auszutragen.“ (Hamburger Abendblatt)

Der Zwang zur Abtreibung muß von der Bourgeoisie selbst zugegeben werden: „Häufigstes Motiv für Abbruchsbegehren waren in Bayern mit 53 % finanzielle Schwierigkeiten. ...Zwei Drittel der Frauen hatten bereits Kinder, ein Viertel von ihnen drei oder mehr.“

„Atomforum“: Kernfrage: Wie kommt man zu Profiten?

Die Reihen der Bourgeoisie sind durch die Heftigkeit und die Kraft der Bewegung gegen das imperialistische Energieprogramm ziemlich durcheinandergewirbelt worden. Die Bourgeoisie ist dabei, ihre Reihen wieder zu ordnen. Zu diesem Zweck hat die Bundesregierung die „Fortschreibung des Energieprogramms“ vorgelegt, zu diesem Zweck soll Anfang Mai im Bundestag eine Energiedebatte geführt werden. Diesem Zweck hat auch das „Atomforum“ in Mannheim gedient.

„Die Mannheimer Reaktortagung ließ erkennen, daß die Diskussion über den Atomstrom langsam ins Lot kommt. Nicht nur die Bürgerinitiativen bestimmen die Szenerie; die Gegenseite rührt sich, unterstützt von einem Teil der Politiker.“

Die Tinte für diesen hoffnungsfrohen Kommentar war nicht trocken geworden, als der „Mannheimer Morgen“ noch in die gleiche Ausgabe die letzte Meldung einrücken lassen mußte, daß eine vom „Atomforum“ geplante Reklameveranstaltung wegen der Beiträge und Fragen aus dem Publikum, wegen Protesten und Sprechchören abgebrochen worden sei. Der Klassengegensatz zwischen Arbeitern und Bauern auf der einen Seite und Bourgeoisie auf der anderen Seite, der den Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm hervorbringt, läßt sich nicht durch Reaktortagungen beseitigen.

Den Klassengegensatz hinwegzulügen ist für die Kapitalistenklasse von entscheidender Bedeutung. Gelingt ihr das nicht, dann wird ihr alle Polizei und bewaffnete Macht nichts helfen, um das imperialistische Kernenergieprogramm durchzusetzen. Drei Stichworte sind es, mit denen die Bourgeoisie diesen Klassengegensatz hinweglügen und abstumpfen will: Wirtschaftswachstum, Energielücke und Sicherung der Arbeitsplätze.

„Wirtschaftswachstum“

Wirtschaftswachstum, das klingt gut. Wirtschaftswachstum, das müsse sein, sagen die bürgerlichen Politiker. Die „Frankfurter Rundschau“ berichtet:

„Das weitere Wirtschaftswachstum, betonte Friderichs, ist notwendige Voraussetzung für die politische und wirtschaftliche Stabilität der Bundesrepublik. Das Wachstum lasse sich mit einem Radfahrer vergleichen, der zwar langsamer fahren könne, jedoch falle, wenn er anhalte.“

Bleiben wir im Bild des Herrn Friderichs, bleiben wir bei dem Radfahrer. Die Pedale, in die er tritt, sind Herz, Hirn und Muskeln der Arbeiterklasse. Es ist der Kapitalist, und vom Radfahrer unterscheidet ihn, daß er nicht nur tritt, sondern tritt, um die Arbeiterklasse auszubeuten.

Die Arbeiterklasse hat bestimmt nichts gegen Wirtschaftswachstum. Sie hat was dagegen, daß dieses Wirtschaftswachstum durch Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zustandekommt, wenn es im Kapitalismus überhaupt noch zustandekommt. Sie hat was dagegen, daß der von der Arbeiterklasse produzierte gesellschaftliche Reichtum durch die Kapitalistenklasse privat angeeignet wird. Sie sieht nicht nur, daß Wirtschaftswachstum im Kapitalismus bloß auf Verschärfung der Ausbeutung beruht, sie sieht auch, daß unter der Fuchtel des Profitsystems nicht Wirtschaftswachstum, sondern Stagnation und Krise, Planlosigkeit und Spekulation die Wirtschaft kennzeichnet.

Unter dem Diktat des Profittriebs der Kapitalisten ist die Industrieproduktion 1975 um 7 Prozent gesunken. Seitdem ist die Industrieproduktion wieder erhöht worden, aber in vielen Industriezweigen stagniert sie nach wie vor. Und wie ist sie erhöht worden? Indem aus weniger bezahlten Arbeitskräften mehr herausgeholt worden ist und indem unter dem Druck der Arbeitslosigkeit die Kapitalisten, gestützt durch die Sozialdemokraten in Gewerkschaft und Regierung, die Nettolöhne gedrückt haben. Bereicherung der Kapitalisten, Verelendung der Arbeiterklasse, das steckt im Kapitalismus hinter dem Wort Wirtschaftswachstum. Und dieser Kapitalismus erweist sich zunehmend unfähig, dieses Wirtschaftswachstum auch nur zustandezubringen. Was bleibt, sind schamlose Bereicherung und Verschwendung auf der einen Seite, absolute Verelendung auf der anderen Seite. Die Krise hat das erneut zum Vorschein gebracht. Und da sollen sich die Arbeiter von Friderichs' „Radfahrer“ länger treten lassen und sich von seinem Schwindel hinters Licht führen lassen? Vom Radfahrer unterscheidet sich der Kapitalist aber auch dadurch, daß er nicht von selber fällt, sondern gestürzt werden muß.

„Energielücke“

„Auf der Reaktortagung in Mannheim sagte Friderichs, ein Verzicht auf weitere Kernkraftwerke würde bereits in den achtziger Jahren das Wirtschaftswachstum gefährden.“ „Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Stoltenberg ist dafür, weitere Kernkraftwerke zu bauen. Stoltenberg sagte in Kiel, wenn die von Teilen der SPD und FDP erhobene Forderung nach einem Baustopp für alle Kernkraftwerke erfüllt werde, müßte bereits 1980 in einigen Gebieten der Strom abgeschaltet werden.“

Mit ihrer „Energielücke“ wollen die Kapitalisten und bürgerlichen Politiker den Eindruck erzeugen, als seien sie zu einer planmäßigen Energiepolitik in der Lage und als ob das Kernenergieprogramm dazu diene, einen Mangel des Gebrauchswertes Energie zu beheben. Das ist nicht so. Das Kernenergieprogramm beruht nicht auf der Vorausschätzung eines Bedarfs an Energie, sondern auf Profiterwartungen und politischen Erwägungen, die diesen Profiterwartungen und den imperialistischen Absichten der Bourgeoisie dienen. Die Bourgeoisie hofft mit der Kernenergie Profite machen zu können und eine eigene Energiebasis schaffen zu können, die sie in der imperialistischen Konkurrenz stärkt. Dabei geht es nicht um Energie und Strom einfach so, sondern um bestimmte Preiskalkulationen und Spekulationen, die von vornherein jede Planung ausschließen. Gegenwärtig herrschen in der Elektrizitätswirtschaft sowieso Überkapazitäten. Was es mit den Planungen der Bourgeoisie auf sich hat, kann man einem Kommentar des Instituts der Deutschen Wirtschaft entnehmen, das für die Kapitalistenverbände arbeitet. Als „strategisches Ziel“ wird von den Kapitalisten genannt, „die Abhängigkeit vom Öl abzubauen und den Kostenanstieg zu bremsen“. Mit „Energielücke“ hat das nichts zu tun. Die „Planung“ aufgrund von Profiterwartungen und Preiskalkulationen statt aufgrund der Produktion von Gebrauchswerten, wie das nur im Sozialismus möglich ist, sah bisher so aus:

„Die Geschichte der Energieprognosen ist voller Irrtümer. (...) Daran hat sich bis in die Gegenwart nichts geändert. So sah das Energieprogramm von 1973 eine Kohleförderung von maximal 83 Millionen Tonnen bis 1978 vor. Doch bereits 1974 stieg der Steinkohleverbrauch auf rund 95 Millionen Tonnen an. In der ersten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung wurde dann die tatsächliche Entwicklung als Ziel für 1980 übernommen. Verbunden damit war die Forderung gegenüber dem Steinkohlenbergbau, seine Förderungsmöglichkeiten voll auszuschöpfen. Die Folge: 1976 lagen wieder 25 Millionen Tonnen Kohle auf Halde.“

Wenn es der Kapitalismus noch bis 1980 oder 1985 macht, dann kann es leicht sein, daß Kernkraftwerke herumstehen und noch nicht mal entsorgt werden können. Das läge dann auch nicht an Energieüberschuß, sondern an Preis- und Rentabilitätsberechnungen der Kapitalisten, die sich als Fehlspekulationen herausgestellt haben.

„Sicherung der Arbeitsplätze“

Die Kapitalisten unternehmen den Versuch, die Arbeitslosigkeit, die von ihrer Ausbeuterwirtschaft hervorgebracht wird, als Argument für ihre Energiepolitik anführen zu wollen, obwohl diese Energiepolitik ebenfalls bloß auf Ausbeutung aus ist und jeder Planmäßigkeit Hohn spricht. Ob die Arbeiter ihre Arbeitskraft verkaufen können oder nicht, hat mit Energie genausoviel zu tun wie mit Autos oder Spielzeugpuppen. Es hat bloß damit was zu tun, ob sich die Kapitalisten von der Fortführung oder Erweiterung der Produktion Profite erwarten oder nicht. Wenn jetzt seit drei Jahren Arbeitslosigkeit herrscht, dann lag es nicht an Energiemangel. Energie ist genauso überschüssig wie Arbeitskraft. Das kann man in den Geschäftsberichten der Elektrizitätskonzerne nachlesen. Die Arbeitslosigkeit hat genau die gleichen Ursachen wie die Planlosigkeit der Energiepolitik. Sie entspringt aus dem Ausbeutungscharakter der Profitproduktion. Erscheint dem Kapitalisten die Einführung von neuer Maschinerie profitabel und hat er das Kapital, dann führt er sie ein und entläßt, um die verbliebenen Arbeiter noch mehr auszubeuten. Haben die Kapitalisten zu viel Kapital in Gestalt von Maschinerie aufgehäuft, dann wird die Arbeitslosigkeit weitverbreitete Erscheinung, weil die Profitproduktion ins Stocken kommt. Im ersten Fall steigt der Energieverbrauch der Kapitalisten, im zweiten geht er zurück. Arbeitslosigkeit gibt es in beiden Fällen.

Noch im Herbst wolle die Bundesregierung neue Kernkraftwerke genehmigen lassen, sagt Friderichs. Bis dahin wird sie alles tun, um die Sache zu verwirren. Niemand außer der Bourgeoisie hat an diesem imperialistischen Energieprogramm ein Interesse. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen haben Interesse, die Bourgeoisie zu stürzen, in deren Hand Maschinerie wie Energie bloß Waffen gegen die Arbeiterklasse sind zwecks Verschärfung der Ausbeutung und infolge dann Arbeitslosigkeit, Elend und Vernichtung der Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen. – (Z-Red.)

„Diese Untersuchung ist von der Arbeitsgruppe angefertigt worden, um zu beweisen, daß die Masse der Bauern in der Nähe des Kernkraftwerks Grohnde bei Strafe des Ruins den Kampf gegen das Kernkraftwerk Grohnde führen müssen und eine entscheidende Abteilung im Kampf gegen das Kernkraftwerk Grohnde bilden. Diese Abteilung muß unbedingt gewonnen werden.“ (Bericht der Bürgerinitiative Hildesheim)

Bei dem Atomkraftwerk Grohnde handelt es sich um drei Druckwasserreaktoren (zwei weitere Reaktoren sind geplant) mit einer Leistung von je 1 300 Megawatt.

Zur Kühlung des KKW's sollen täglich 125 000 bis 500 000 Tonnen Wasser aus der Weser verdampft werden. Dadurch soll (laut Wärmelastplan) die Temperatur der Weser auf 28 Grad steigen. Gleichzeitig wird der Grundwasserspiegel dadurch gesenkt.

Durch das Kernkraftwerk Grohnde werden hauptsächlich die Bauern der Landkreise Hameln-Pyrmont, Holzminden und Alfeld betroffen. Der häufige Westwind treibt somit die Schadstoffe von Grohnde und Würgassen in diese Gebiete.

In den obengenannten Gebieten gibt es 5 127 landwirtschaftliche Betriebe, davon 2 947 mit Rindvieh und 2 180 mit Milchviehhaltung. Ca. 1 850 Betriebe sind unter 10 ha, ca. 900 unter 20 ha, der Rest darüber. Die durchschnittliche Betriebsgröße liegt zwischen 17,6 ha in Holzminden und 21,3 ha bei Alfeld. Ein Drittel der Bauern muß sich von einer Landwirtschaft ernähren, die unter 20 ha liegt. Daher kommt es, daß 75 bis 85 % der Betriebe unter 10 ha Nebenerwerbsbetriebe sind, die Bauern also tagsüber noch zusätzlich in der Fabrik sind, um nach Feierabend den Betrieb zu bewirtschaften.

Diese kleinen Bauern können nur noch existieren, indem sie Milchwirtschaft betreiben (50 bis 60 %). Durch die Radioaktivität wird die Milch im Wert sinken. Dazu wurden schon jetzt Listen eingeführt, wo die Milch in bestimmte Preisklassen eingeteilt ist. Durch die Senkung des Grundwasserspiegels und die Aufwärmung der Weser wird dem Boden eine große Zahl Nährstoffe entzogen bzw. vernichtet. Der Ackerbau wird zurückgehen. Durch das verdampfende Wasser wird Nebel gebildet, was zur Verpilzung des Getreides führt.

„Völliger Mißerfolg“ für „Bürgerforum Kernenergie“

Als Abschluß der 9. Reaktortagung in Mannheim war ein „Bürgerforum Kernenergie“ geplant. Ein Aufgebot von Prokuristen aus Elektrizitätsgesellschaften und Geschäftsführern von Kernforschungsinstituten hatte sich darauf vorbereitet, von ihrem Podium das Kernenergieprogramm als lebensnotwendig und annehmbar zu verkaufen.

„Zu einem völligen Mißerfolg“ wurde dies, schrieb der „Mannheimer Morgen“ zwei Tage später. Die aufgestellte Filmleinwand konnten sie nicht für ihre Betrügereien einsetzen. Ein großes Transparent: Kein Kernkraftwerk im Rhein-Main-Neckar-Raum wurde unter Beifall vor ihr Podium gespannt. Ein weiteres Transparent und Pappschilder unterstützten die Beiträge aus den Reihen der etwa 1 200 Menschen, die die imperialistischen und räuberischen Ziele des Kernenergieprogramms aufdeckten und belegten, daß die Kapitalisten sie durch verschärfte Ausplünderung und Ruinierung der Lebensbedingungen des Volkes durchsetzen wollen. Darauf fanden die „Fachleute“ keine Antwort. Der „Mannheimer Morgen“ schreibt bitter: „Diskussionsleiter Dr. Josef Bugl und die erstrangigen Wissenschaftler auf dem Podium fanden für ihre Bemerkungen kaum Gehör, harrten aber dennoch 2 Stunden lang aus. Das starke Polizeiaufgebot mußte nicht eingreifen.“ Sie konnten es sich gar nicht leisten, einzugreifen. Bugl von BBC Mannheim versuchte alles, einen Befürworter des Kernenergieprogramms ans Mikrofon zu kriegen, er fand auch einen: ein „Kollege“ von BBC, der zuvor bei den behelmten Reihen vor der Tür um Polizeischutz bat für seinen Beitrag. Er brauchte ihn nicht mehr, denn zuvor wurde eine Resolution gegen das Kernenergierprogramm verlesen und mit Mehrheit verabschiedet.

Unter Sprechchören wurde die Veranstaltung beendet. Vor dem Versammlungsort führte der KBW zum Abschluß eine Kundgebung durch zur Vorbereitung des 1. Mai, wo der verstärkte Kampf gegen das Kernenergieprogramm eine entscheidende Aufgabe ist.

Erste Ergebnisse der Urabstimmung für Streik unter den Studenten des 6. klinischen Semesters

Parallel zu den obengenannten Abstimmungen über die Forderungen und das Vorgehen gegenüber dem Beginn der Ausbildungsverpflichtung fanden unter den Studenten des 6. klinischen Semesters auch schon Urabstimmungen über Streik an folgenden Fachbereichen statt: in Freiburg, Heidelberg, Mannheim und in Münster. In den ersten drei Orten verliefen die Abstimmungen unter den zum Praktischen Jahr verpflichteten Studenten erfolgreich: in Freiburg stimmten 60 %, in Heidelberg 65,8 % und in Mannheim über 50 % *aller abstimmungsberechtigten Studenten* des 6. klinischen Semesters für Streik. An der Universität Münster hatte der Widerstand der Rechten in der Fachschaft auch in dieser Abstimmung noch Erfolg, obwohl bereits die Erzwingung der Durchführung dieser Abstimmung ein politischer Fortschritt für die Bewegung am Fachbereich in Münster ausdrückt: mit 55 gegen 44 Stimmen bei 2 Enthaltungen wurde der Streik im 6. klinischen Semester in dieser Abstimmung abgelehnt. Bereits im Februar hatten in Aachen 37 % aller abstimmungsberechtigten vorklinischen und 50 % der abstimmungsberechtigten klinischen Studenten jeweils für Streik gestimmt. Von den abgegebenen Stimmen waren dies 63 % Ja-Stimmen bei den Vorklinikern und 92 % Ja-Stimmen bei den Klinikern. Die von den Aachener Studenten festgesetzten Quoren wurden damit erreicht.

Bonn. Am 3.4. fand eine Beratung des Ausschusses der Fachtagung Medizin statt. Beschlossen wurde u.a., daß zur nächsten Fachtagung Medizin am 30.
nächsten Fachtagung Medizin am 30.
April in Frankfurt Vertreter der PJ-Gruppen und der Instituts- und Fachschaftsgruppen in den medizinischen Fachbereichen eingeladen werden, um über die erforderlichen Maßnahmen zur Durchsetzung des Streiks und zur weiteren Stärkung der Streikfront bei Erfolg der Urabstimmung zu beraten. Weiter wurde die Herausgabe des PJ-Info Nr. 3 nach Ostern und einer Material- und Dokumentensammlung über das Zustandekommen der reaktionären Ausbildungsordnung beschlossen. Der Antrag des Sekretariats, die Fachtagung bereits Mitte April einzuberufen, um Vorbereitung und Durchführung von Urabstimmung und Streik überprüfen und den zu erwartenden Unterdrückungsmaßnahmen auch zentral begegnen zu können und um zu klären, über welche Fragen und Vorschläge auf der Konferenz am 30. April Einheit erzielt werden muß, damit diese Fragen bereits *zuvor* in den Streikversammlungen an den medizinischen Fachbereichen beraten werden können, wurde von der Mehrheit des Ausschusses mit opportunistischen und scheinheiligen Argumenten wie „es gebe sowieso nichts zu beraten" und „man solle die Zeit besser für Aktivitäten am Fachbereich nutzen" abgelehnt.

Hannover. Auf einer Vollversammlung der PJ-Studenten verkündete Studentendekan Creutzig, bei nichtbestandenem dritten Teil des Staatsexamens, das sich sofort im Oktober an das PJ anschließt, sei die schriftliche Prüfung frühestens nach sechs Monaten zu wiederholen, die mündliche innerhalb von sechs Monaten, also nach zwei bis vier Monaten.

Das staatliche Landesprüfungsamt und der Vorsitzende der Prüfungskommission der mündlichen Prüfung könnten nach ihrem Ermessen festlegen, ob die betreffenden PJ-ler in diesem Fall nochmal drei bis vier Monate zum Nacharbeiten im PJ gezwungen werden oder nicht, was bedeutet: noch einmal mehrere Monate unbezahlte Arbeit im Krankenhaus zusätzlich zu den Vorbereitungen auf die Wiederholungsprüfung . . . „Nachsitzen!" und „Wie im Knast" meinten die PJ-Studenten dazu.

Osnabrück. Die Studenten im achten Semester der einphasigen Lehrerausbildung bekommen ab 1.4. kein BAFöG mehr. Geregelt ist die geplante Bezahlung nach Referendarsgehalt für diese Studenten, die jetzt in den dritten Studienabschnitt, d.h. das Praktische Halbjahr, kommen, überhaupt noch nicht. Weder ist klar, wann das Geld kommt, noch, ob überhaupt alle übernommen werden. Auf telephonische Anfrage von Studenten wußte das Ministerium angeblich „von nichts" und verwies an den Regierungspräsidenten. Dieser meinte, irgendwann würde das Geld schon kommen, aber er könne nicht in die Zukunft schauen, er warte auf einen Erlaß des Ministeriums. Auf der letzten Fachschaftsvertreterversammlung, wo beraten werden sollte, welche Kampfmaßnahmen eingeleitet werden für die sofortige Bezahlung dieser Studenten, meinte der Juso-Fachschaftsreferent, die einzige Möglichkeit wäre ein Musterprozeß, und man würde es ja sehen, daß die Studenten gar nicht bereit sind, für ihre Interessen zu kämpfen, weil sich kein Student bereit finden würde, zu klagen. Ansonsten müsse man halt warten, bis das Geld kommt und Bittbriefe an das Kultusministerium schreiben. Der mehrheitlich von den Jusos besetzte AStA mußte auf Druck der Fachschaftsräte sich bereit erklären, schnellstmöglich eine Versammlung der Betroffenen einzuberufen, auf der über Kampfmaßnahmen beraten und beschlossen werden soll.

Streikvorbereitungen der Medizinstudenten

Mit der Vorbereitung des bundesweiten Streiks zur Durchsetzung ihrer Forderung nach einem Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr stehen die Medizinstudenten gegenwärtig an der Spitze der Bewegung der Studenten in Westdeutschland und Westberlin. Die Bourgeoisie weiß um die Bedeutung des Kampfes und unternimmt Anstrengungen, den bundesweiten Streik zu verhindern. Im Februar hat sie kurzfristig den Beginn des Praktischen Jahrs um einen Monat auf den 1. April vorverlegt, nur zwölf Stunden nach dem letzten Teil des zweiten Abschnitts des Staatsexamens, der am 31.3. beendet wurde. Noch während der Vorbereitung und Durchführung der Urabstimmung soll sich ein Teil der Medizinstudenten unter die Fuchtel der Professorenreaktion in der Leitung der Lehrkrankenhäuser begeben und von den übrigen Studenten abgespalten, die Urabstimmung und der Streik dadurch verhindert werden.

Diese Schikane ist sofort auf den Widerstand der Medizinstudenten gestoßen. An zahlreichen Hochschulen wurden Boykott-Beschlüsse gefaßt. Nur wenige Studenten sind am 1.4. zum Dienst angetreten. In Kiel z.B. vier von 48. Der Rest hält am Boykottbeschluß fest. In Hannover hat am 1.4. keiner begonnen, die Studenten wollen nicht vor dem 13.3. den Dienst aufnehmen. In Westberlin und in Göttingen mußte der vorgezogene Beginn ohnehin schon wieder rückgängig gemacht werden. Das Praktische Jahr beginnt hier am 2.5.

Die Bourgeoisbeamten wollen nun an diesem Punkt weiter vorstoßen, um dem Aufbau der Streikfront einen Schlag zu versetzen. In Kiel ließ das Dekanat heraus, ab 5. April gäbe es Anwesenheitslisten. Prof. Christiansen von der Hautklinik ließ wissen, spätestens am 18.4. erwarte man den Antritt der Studenten zum Praktischen Jahr. Dieser Termin wurde auch an anderen Orten genannt. Bis dahin wollen die Bourgeois offenbar den Boykott zersetzt haben.

Dabei stützen sie sich auf die Reformisten und Opportunisten unter den Medizinstudenten. So sind in der Arbeitsgruppe Praktisches Jahr in Hannover die Revisionisten offen gegen die Beschlüsse der VDS-Fachtagung Medizin vorgegangen und versuchen den Streik zur Durchsetzung der Forderungen der Medizinstudenten zu umgehen. Ein MSB-Mitglied hat erklärt, man müsse sich doch zuerst einmal überlegen, was man den Studenten erzählt, wenn der Streik nicht zum Erfolg führt. Sie vom MSB hätten sich kürzlich bundesweit getroffen und festgestellt, daß ein „isolierter" Streik der Medizinstudenten borniert und daher zum Scheitern verurteilt sei. Deswegen müsse man vor allem langfristige Perspektiven für die Zeit nach dem Streik entwickeln, z.B. wie man das HRG zu Fall bringen könne usw., kurz, wie man den Streik seiner klaren Stoßrichtung berauben kann. Der Streik sollte um eine Woche verschoben werden, um eine „Koordination mit Beschlüssen der Niedersächsischen AStenkonferenz" zu bewirken, die bundesweite Urabstimmung sei sowieso eine Farce. In einem von ihnen vorgelegten Vorschlag für ein Streikprogramm liest sich das so: „Fünfter Tag. VV, Streikabschluß: Wie war's, was haben wir erreicht, welche Erfahrungen sind gemacht worden, Lageeinschätzung, Perspektiven für kommende Aktionen bestimmen. Fete."

Wo die verschiedenen Opportunisten und Klassenversöhnler nicht offen gegen den Streik auftreten, erklären sie, daß man ihn machen solle, daß aber der Streik die Forderungen sowieso nicht durchsetzen könne, wenn er überhaupt durchkommt. Also Dampfablassen und möglichst bald abbrechen. So geschehen in Hamburg.

Alle Opportunisten schüren die Hoffnung, daß die Studentenmassen ohne Kampf und geeignete Maßnahmen zur Durchsetzung der Forderung nach Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr davonkommen könnten und daß es vielleicht gar nicht so schlimm wird, daß man sich arrangieren kann. Diese Hoffnung hat keine Grundlage. An der Medizinischen Hochschule Hannover hat der Studentendekan Creutzig vier ursprünglich zugesagte zusätzliche freie Tage über Ostern abgelehnt. In einem Brief an die Studenten im Praktischen Jahr heißt es: „Vorgespräche mit den leitenden Ärzten haben ergeben – wohl auf Grund von Diskussionen über die Anwesenheit von Internatsstudenten auf der Station – daß keine Neigung besteht, eine ausgedehnte Dienstbefreiung zu Ostern zu tolerieren." Ob sich an den anderen Lehrkrankenhäusern „– angesichts *anderer Personalbesetzung* – eine andere Lösung ergibt, müssen Sie im persönlichen Gespräch klären." Herausgerutscht ist ihm dabei, daß die Studenten im Praktischen Jahr fest im Dienstplan der Krankenhäuser verplant sind. Jede Abwesenheit dieser billigen Arbeitskräfte ist den „leitenden Ärzten" deshalb ein Dorn im Auge.

Solche Erfahrungen bestärken die Medizinstudenten in ihren Streikvorbereitungen. Die Studenten des sechsten Semesters haben sich in Hamburg, Hannover und Kiel zum großen Teil unmittelbar nach der schriftlichen Prüfung versammelt, weitere Treffen wurden vereinbart, um den Zusammenhalt zu wahren und weiter gemeinsam vorgehen zu können. In Göttingen hat der Fachschaftsrat beschlossen, Semesterversammlungen durchzuführen und in den Lehrveranstaltungen in Auseinandersetzung mit den Professoren die Urabstimmung und den Streik durchzusetzen und darüber abzustimmen. Der Dekan soll zusichern, daß er we-
Der Dekan soll zusichern, daß er we-
gen des Streiks keine Unterschriften unter das Formblatt 9 für die BAFöG-Zahlungen verweigern wird

Gleichzeitig schließen sich die Medizinstudenten mit den Studenten der anderen Fachbereiche zusammen. Die Versammlung der Fachbereichsräte an der Universität Göttingen hat beschlossen, daß der AStA eine Extra-Ausgabe der AStA-Zeitung zu dem Streik der Medizinstudenten herausgibt und eine Veranstaltung für alle Studenten der Hochschule durchführt. In Kiel hat die Fachvertretung eine Demonstration während des Streiks beschlossen. In den Kliniken werden Unterschriften unter den Beschäftigten zur Unterstützung der Forderungen der Medizinstudenten gesammelt.

Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft versuchen den Zusammenschluß der Medizinstudenten und der Krankenhausbeschäftigten zu verhindern. In Göttingen haben sie allen ÖTV-Mitgiedern, die die Kampfmaßnahmen der Medizinstudenten unterstützen, mit Ausschluß gedroht. Damit haben sie jedoch keinen Erfolg. Der Vertrauensleutekörper der Universitätskliniken Kiel hat in einem Brief den Hauptvorstand aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die Studenten im Praktischen Jahr ÖTV-Mitglieder werden können. Der Fachschaftsrat Medizin der Universität Göttingen ruft auf, sich an der Demonstration am 1. Mai zu beteiligen. (N-Red.)



Ausschnitt aus dem Plakat des Ausschuß der VDS-Fachkonferenz Medizin. Wie uns berichtet wurde, wird das Plakat an verschiedenen Hochschulen von den Fachschaften, wo sie von Revisionisten und Reformisten besetzt werden, zurückgehalten, weil ihnen die politische Linie des Plakats gegen den Strich geht. In solchen Fällen muß man sich das Plakat vom AStA oder dem Fachschaftsrat holen.

„Hartnäckiger Antrieb zu Leistungen"

Erfahrungen eines Medizinstudenten im VW-Werk Hannover

Hannover. Im Gegenstandskatalog Nr. 3 für den zweiten Teil des Staatsexamens der Medizinstudenten stehen als erstes die Lernziele für das Gebiet der Inneren Medizin. Breiten Raum nehmen die „psychosomatischen Krankheiten" ein. Lernziel 10.1 des Gegenstandskatalogs lautet: „Der Student soll wissen, daß es charakteristische Verhaltensweisen gibt, die als *persönlichkeitstypische Risikofaktoren* bekannt sind: hartnäckiger Antrieb zu Leistungen, Prestige, starke Tendenz zu konkurrieren, Festhalten am gesetzten Ziel, Neigung zur Beschleunigung des Arbeitstempos, Ungedultshaltung, Zeitdruck und Terminnot."

Die Arbeiter und Lohnabhängigen, die einen Herzinfarkt bekommen, sind also „Risikopersönlichkeiten". Daß sie eines Tages ihre Arbeitskraft nicht mehr verkaufen können, weil das Herz geschädigt ist, liegt an ihrer Unvernunft. Wenn man als Medizinstudent ein Praktikum im Werksärztlichen Dienst bei VW-Hannover macht, stellt man fest, daß die Wirklichkeit diesen „Lernzielen" ins Gesicht schlägt:

„Neigung, das Arbeitstempo zu beschleunigen" – das ganze Werk in Hannover ist im Prinzip eine einzige Bandstraße. Das Arbeitstempo richtet sich nach der Geschwindigkeit der Bänder. Wie groß die „Neigung" der VW-Kapitalisten ist, diese Geschwindigkeit heraufzusetzen, darüber berichtet ein Lackierer: „Wir müssen auf engem Raum immer von beiden Seiten gleichzeitig spritzen, nacheinander geht nicht, dann kommt schon der nächste Wagen." Resultat: Sie sprühen sich gegenseitig an, denn die Spritzpistolen sind elektrostatisch und der menschliche Körper zieht die versprühten Lacktröpfchen genauso an wie die Metallkarosse. Schutzbrillen gibt es nicht, denn die würden sofort beschlagen. Also kriegen sie den ganzen feinen Lack in die Augen, was zu zahlreichen allergischen Reaktionen der Lider führt. Der „hartnäckige Antrieb zu Leistungen", „Zeitdruck und Terminnot" entpuppen sich als Antreiberei und Akkordschinderei, als Despotie des kapitalistischen Fabriksystems. Jede Minute ist maximale Verausgabung der Arbeitskraft für den Profit. 1976 haben die VW-Kapitalisten bei einer um 2.5 % gewachsenen Belegschaft die Produktivität um insgesamt 18 % gesteigert. Am Band drei in Hannover werden jetzt statt 49 Wagen 57 produziert. Das sind 16,3 % mehr. Die Arbeitszeit wird mit zwölf Sonderschichten, die 1977 gefahren werden sollen, weiter ausgedehnt. Jeden Monat eine Sonderschicht – die Woche hat dann 48 Arbeitsstunden. Der Sonntag reicht nicht mehr zur Erholung aus. Am Montag kommen viele Arbeiter wie tot in den Betrieb.

In der Ambulanz des werksärztlichen Dienstes von VW-Hannover sieht man deutlich, wie die Profitproduktion die Gesundheit der Arbeiter ruiniert. Die Zahl der Arbeiter, die mit Herzstichen, Kreislaufschwäche und Schwindelgefühl kommen, ist groß. Es fällt auf: je älter die Arbeiter sind, desto öfter müssen sie nach Hause gehen, können einfach nicht mehr. Bei den jüngeren Arbeitern z.B. geht der Blutdruck, wenn er zu hoch liegt, nach einer halben bis einer Stunde Ruhe im Liegeraum der Ambulanz wieder zurück. Bei den Arbeitern, die auf die 50 gehen, geht dies nicht mehr – der Blutdruck bleibt hoch. Im Lehrbuch „Therapiefibel der inneren Medizin" erläutert Professor Moeschlin; daß es sich „bei diesen Hypertonikern um vegetativ labile Naturen" handelt, die sich „ständig in einer gewissen inneren Spannung" befinden.

Die VW Kapitalisten wissen, was sie und die anderen Kapitalisten treiben. Das Durchschnittsalter ist 42 Jahre in Hannover, jammern sie. Also gibt es Direktiven: Keine Einstellung über 40 Jahre. Ausführendes Organ ist Personalabteilung und Werksarzt. Die meisten Neueinstellungen sind aus den Jahrgängen 50 bis 55. Wer Kreislauf- oder Skeletterkrankungen hat, den lehnt der Werksarzt garantiert ab.

Die VW-Käfer Motorenendmontage in Hannover soll eingestellt werden. Ca. 30 Kollegen sind über 50 Jahre, haben meist schon 20 Jahre für VW geschafft. Umgesetzt werden können sie nur ans neue Leichttransporterband. Die Kollegen sagen selbst: „Das schaffen wir nicht mehr." Die Vorgabezeiten sind noch kürzer, die Arbeitshetze noch größer. Mit 50 Jahren spätestens ist die Arbeitskraft von den Kapitalisten vernutzt worden. Das äußert sich dann in zahlreichen sogenannten „Verschleißkrankheiten".

Dann treten die Ärzte und Professoren vor die Arbeiter hin und erklären sie zur „Risikopersönlichkeit", die durch ihre ‚labile Natur' jetzt das Volksgesundheitswesen belasten. Die Kapitalisten sind fein raus. Der Arbeiter ist selbst schuld.

Die ganze Theorie der „psychosomatischen Krankheit' Herzinfarkt rechtfertigt die Unterdrückung der Arbeiter. Man kann es gut an der ‚Therapei' in der werksärztlichen Ambulanz sehen: Herzstiche und Herzschmerzen: Dafür gibt es eine Tablette für den Kreislauf und eine „zur Beruhigung" der ‚vegetativ labilen Natur." Dann eine kurze Pause im Leigeraum. Dann geht es zurück ans Band.

An der Arbeitshetze hat sich nichts geändert. Aber die Reaktionsfähigkeit des Kollegen ist herabgesetzt durch die Tabletten, die Unfallgefahr gestiegen.

Zum „Nutzen" des werksärztlichen Dienstes sagt der Werksarzt Dr. Janssen: „Das spart Geld". Sonst müßten die Kollegen raus zum Arzt. So aber kann die Arbeitskraft schnellstens wieder ausgebeutet werden.

Die Arbeiter bleiben unter der direkten Kontrolle der VW-Kapitalisten. – (KHG Hannover)

Aufruf des Kongresses der Soldaten- und Reservistenkomitees in Frankfurt vom 2. April 1977
Lohnfortzahlung! Recht auf jederzeitige Kündigung!

Der Kongreß der Soldaten- und Reservistenkomitees, in denen sich dienstpflichtige und dienende Soldaten auf Grundlage der Forderung nach Abschaffung des stehenden Heeres und der Polizei, Volksbewaffnung, zusammengeschlossen haben, wendet sich an die Schüler und Studenten, die Bauern und insbesondere die Arbeiter und ruft sie auf, die Forderung der Soldaten nach Lohnfortzahlung und Recht auf jederzeitige Verweigerung durch einfache Willenserklärung – für die länger dienenden Soldaten und die Polizisten aber das Recht auf jederzeitige Kündigung – zu ihrer eigenen zu machen.

Armee und Polizei sind Organe der Gewalt des bürgerlichen Staates, und seit es die Arbeiterbewegung gibt, stoßen die Arbeiter und die unterdrückten Volksmassen im Kampf für ihre eigenen Interessen gegen diese Organe der Gewalt des bürgerlichen Staates, also der Kapitalistenklasse. Das ist eine praktische Erfahrung von mehr als hundert Jahren Klassenkampf.

Immer wenn bürgerliche Politiker sich an die Spitze der Arbeiterbewegung drängen, versuchen sie sofort in der Arbeiterklasse das Bewußtsein vom feindlichen Gegensatz der Arbeiterbewegung und den Organen der Staatsgewalt einzuschläfern.

Das Ergebnis ist stets Verschärfung der Unterdrückung des ganzen Volkes. So war es im kaiserlichen Deutschland schon während der Vorbereitung des Ersten Weltkrieges. So war es in der Weimarer Republik vor dem Faschismus. So war es während der Vorbereitungszeit, die der Hitler-Faschismus gebraucht hat für den abermaligen Griff der deutschen Monopolkapitalisten nach der Weltherrschaft. So war es im Zweiten Weltkrieg, so unter der Herrschaft der Westalliierten. So war es unter Adenauer. Warum sollte es gegenwärtig anders sein?

Armee und Polizei sind Organe der Gewalt des bürgerlichen Staates. Soldaten und Polizisten sind Bestandteile dieses Gewaltapparates. Aber Soldaten und Polizisten sind nicht einfach Räder in einer Unterdrückungsmaschine, die sich willenlos drehen müssen, wenn einer den Knopf drückt. Soldaten und Polizisten sind lebendige Menschen. Daran kann keine Verpflichtung zum Gehorsam etwas ändern.

Die höheren Armeeoffiziere und Polizeioffiziere stehen für die Interessen der Kapitalistenklasse, der sie entweder entstammen oder von der sie eingekauft sind. Die Masse der Soldaten und der einfachen Polizisten sollen für diese Interessen die Knochen hinhalten. Das ist ein Gegensatz.

Die Masse der Soldaten und auch der Polizisten sind weder Kapitalisten noch reich. Woher sollten sie ein Interesse nehmen, für die Ausbeuter und gegen die Volksmassen die Knochen hinzuhalten?

Deswegen gibt es in der Armee und bei der Polizei ein Dienstreglement, das die Unterdrückung der Soldaten und Polizisten selber regelt. Deswegen gibt es in der Armee, insbesondere bei den wehrpflichtigen Soldaten, offenen Kampf gegen die Unterdrückung, und bei der Polizei kommt es immer öfter vor, daß der Einsatz verweigert wird oder man sich krank meldet.

Befehl und Gehorsam, in Wahrheit aber Befehl oder Bestrafung heißt die Grundregel dieser Sorte Unterdrükkung. Das System von Befehl und Gehorsam ist nicht besser als Sklaverei.

Ministerialräte und Staatssekretäre mit Dienstwagen und Sekretärinnen haben 14 Tage lang im Eifelbunker den Krieg geübt. Für die imperialistischen Politiker war die Übung der Erhaltung der Herrschaft ihrer Klasse vom Ledersessel aus so anstrengend, daß sie sich täglich eine Stunde Urlaub zugestanden. Für die Soldaten bedeutet die verstärkte Kriegsvorbereitung der Bourgeoisie, daß in diesem Jahr wesentlich mehr Manöver stattfinden als in den letzten Jahren. Sie bestehen vor allem aus Schinderei, schlechtem Essen, kalten und nassen Zelten und Knochenarbeit. Das Bild zeigt Soldaten, die die Kette der 175-mm-Kanone wieder auflegen.

Gehorchen und Befehlen gibt es auch in der Fabrik. Das weiß jeder Arbeiter zur Genüge. Obwohl Fabrikarbeit für die Kapitalisten nur mit Lohnsklaverei treffend bezeichnet werden kann, gibt es zur direkten Leibeigenschaft Unterschiede.

Die Arbeiterklasse hat sich das Recht erkämpft, die Bezahlung der gegebenen Arbeitskraft durch Streik, durch Verweigerung der Arbeit zu erzwingen. Die Arbeiterklasse hat sich sogar das Recht erkämpfen müssen, daß jeder einzelne Arbeiter seinem Kapitalisten den Vertrag aufkündigen kann. Unter Kämpfen für das Recht auf Kündigung und vor allem für das Recht auf Koalition und Streik hat sich die Arbeiterbewegung aus den politischen Zuständen der Leibeigenschaft herausgearbeitet.

Die wehrpflichtigen Soldaten, aber auch die länger dienenden Soldaten haben diese Rechte nicht, und die Polizisten haben diese Rechte auch nicht. Die wehrpflichtigen Soldaten erhalten noch nicht einmal den despotischen Gebrauch ihrer Arbeitskraft durch den bürgerlichen Staat bezahlt. Die vollständige Rechtlosigkeit der Soldaten ist eine große Gefahr für die Arbeiterklasse und die Volksmassen.

Durch Entzug des Streikrechtes, Verbot der Kündigung, endlich durch Verweigerung einer Bezahlung versucht der bürgerliche Staat die Soldaten und auch die Polizisten in solche Abhängigkeit zu versetzen, daß sie jeden Versuch, sich über ihre wirklichen Interessen zu verständigen, mit Gefängnis zu büßen hätten.

Wir sagen: Es hat keinen Zweck, über „Militarismus", „Polizeiterror" usw. herzureden, wenn man nicht gleichzeitig und entschieden dafür eintritt, daß die Wehrpflichtigen, die länger dienenden Soldaten und Polizisten die elementarsten politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten, die ein Lohnabhängiger haben muß, genießen.

Wir rufen auf, am 1. Mai die Forderung nach Lohnfortzahlung und Recht auf jederzeitige Verweigerung durch einfache Willenserklärung für Wehrpflichtige, nach Recht auf Kündigung für länger dienende Soldaten und Polizisten als Teil des Kampfprogramms der Arbeiterklasse zu erheben.

Wir rufen für Pfingsten, Samstag, den 28. Mai, zu Soldaten- und Reservistentagen in Hannover, Köln und München auf, um für diese Forderungen zu demonstrieren und den Kampf zu organisieren.

Fürstenau. Während des Aufenthaltes des Panzergrenadierbataillons 332 auf dem Truppenübungsplatz wurde gleichzeitig die Übung Wintex 77 durchgeführt. Dabei ging es vor allem um die Verlegung von militärischen und politischen Führungsstäben. Für die Bundesregierung gibt es z.B. einen riesigen atomsicheren Bunker.

Die Pommern-Kaserne wurde während der Übung von Stäben des Wehrbereichskommandos II bezogen, im wesentlichen von Dienstgraden vom Hauptfeldwebel aufwärts, also Offizieren. Als die ersten Soldaten der Pommern-Kaserne nach drei Wochen zurückkehrten, starrten die Räume nur so vor Dreck: Staub und Schmutz überzogen Tische, Spinde und Fußböden, angebissene Essensreste und andere Abfälle lagen herum, der Duschraum einer Kompanie war schmierig und versifft. Die Herren, die sonst beim Stubenappell auf jedes Staubkörnchen achten, hatten in der Zeit ihrer Einquartierung keinen Handschlag getan. Die Soldaten des Vorkommandos mußten vor der Rückkehr des Bataillons die Spuren beseitigen.

Ostenholz. Im Lager Ostenholz kam es zu drei vorläufigen Festnahmen von Kameraden der 1. Kompanie. Ein Kamerad wurde bei einer Protestaktion gegen die Festnahme eines anderen Kameraden festgenommen.

Dies ist bereits das zweite Mal innerhalb von vier Monaten, daß Soldaten der 1. Kompanie aktiv gegen eine vorläufige Festnahme vorgehen. Beide Male war es so, daß vorher ein Kamerad wegen „Gefährdung der Disziplin" oder „Befehlsverweigerung" nach Dienstschluß festgenommen worden ist. Die Kameraden der Stube bzw. der Teileinheit waren darüber empört und zogen geschlossen zum Wachgebäude, wo der Knast ist, Bettzeug dabei, um entweder die Freilassung des Kameraden zu bewirken oder die geschlossene Festnahme.

Beide Male wurde der „Anführer" dabei festgenommen, aber noch am gleichen Tag bzw. einen Tag später mußten die Soldaten freigelassen werden.

Holzminden. „Auch wenn Sie nur noch wenige Tage hier beim Bund haben, Sie sind bis zum 31.3. Soldat und ich werde bis zum letzten Tag hier die Disziplin aufrechterhalten," sagte Hauptmann Schmidt. Ein „staatstragender Akt" war gestört worden. Beim feierlichen Gelöbnis für die Rekruten der Kasernen Höxter, Stadtoldendorf und Holzminden hatten die Reservisten in den Fenstern gelegen und den Ablauf der Veranstaltung „gestört". Sie hatten ihre noch verbleibende Tageszahl über den Platz gebrüllt und ihrem Haß auf die Verhältnisse in der Bundeswehr durch Zwischenrufe Luft gemacht. Die Sache mußte disziplinarisch geahndet werden. Hauptmann Schmidt führte die Ermittlungen am Entlassungstag durch, um die Reservisten, die natürlich nach Hause wollten, unter Druck zu setzen. Hauptmann Schmidt ließ sich Zeit und die Reservisten wurden immer wütender. So gelang es dem Kompaniechef, die Soldaten, die sich abgesprochen hatten und übereingekommen waren, nichts auszusagen, gegeneinander auszuspielen. Er kriegte jedoch nur einen raus, dem er ein Diszi von 200 DM verpaßte. Außerdem mußte der Gefreite noch einen Tag
dem mußte der Gefreite noch einen Tag
GvD (Gefreiter vom Dienst) schieben. Die Bourgeoisie hat es nötig, das feierliche Gelöbnis zum BRD-Imperialismus mit Disziplinarstrafen zu schützen, denn die Soldaten legen es nur mit Widerwillen ab, weil sie sonst nicht befördert werden und mit 165 DM Wehrsold dastehen.

Fernmeldebataillon 620. „Noch nie so gut wie heute" sei die Ordnung und Disziplin in der Bundeswehr gewesen, wird von Armeeführung und Regierung ständig verbreitet. Wie sehr sie in Wahrheit die fortschreitende Zersetzung der Bundeswehr fürchten, zeigte sich während der letzten Fernmeldeübung Wintex 77. Folgende „Lageentwicklung" wurde durchgespielt: Der Warschauer Pakt greift die BRD, Dänemark und Norwegen an, die NATO versucht den Angriff zu stoppen. In der Zivilbevölkerung und der Armee entsteht eine große Unruhe: „Plünderungen von Waffenlagern der Bundeswehr", „Demonstrationen und Flugblattaktionen", in der Armee wachsen die Fälle von „unerlaubtem Entfernen von der Truppe", Fahnenflucht, „örtlich ist mit Meuterei zu rechnen".

Während der Übung mußten Mannschaften und Unteroffiziere die zweieinhalb Wochen im Freien verbringen (im Zelt oder Wagen, alle zwei Tage zum Duschen in die Kaserne). Die Übungsleitung machte es sich im Offiziersheim gemütlich mit allen Annehmlichkeiten, die die Offiziere gewohnt sind (Bar, Sessel, „hübsche Bedienung" usw.). Die Masse der Unteroffiziere schloß sich mit den Mannschaften zusammen. Durchgängig duzten sich alle. Nachts sollten die Soldaten Wache gehen. Offiziell taten sie das auch, aber nur wenige Unteroffiziere warfen sie aus den Wagen heraus, wenn sie dort mit den anderen Soldaten zusammensaßen, woraufhin sie dann eben in einen anderen Wagen gingen. Das wußten die Unteroffiziere auch. In vielen Gesprächen erzielten Mannschaften und Unteroffiziere Einheit über die Arbeitsfeindlichkeit und Unfähigkeit der Offiziere zu einfachsten praktischen Tätigkeiten.

Es geht um Lohnfortzahlung – da bin ich dafür

Wiesbaden, Kassel. Die Soldaten und Reservistenkomitees in Kassel und Wiesbaden haben in den letzten zwei Wochen Aktionen für die Forderung nach Lohnfortzahlung und gegen die Entlassung von Holger Arend aus der Armee (siehe KVZ 11/77) in Sontra und Lorch durchgeführt.

Bis November 76 war Arend in Sontra stationiert, dann wurde er nach Lorch strafversetzt.

Das Soldaten und Reservisten Komitee in Kassel führte am 24.3. eine Veranstaltung in Sontra durch. Vorher waren in zwei Tagen von der „Kassler Militärzeitung", Zeitung des SRK, über 70 Exemplare verkauft und weit über 100 verteilt worden. Vor der Husarenkaserne wurden ebenfalls etwa 100 verteilt und stießen auf großes Interesse. Auch durch Polizeieinsätze war nicht zu verhindern, daß in Sontra und vor der Kaserne ca. 50 Plakate mit der Presseerklärung der Lorcher Soldaten für Lohnfortzahlung geklebt wurden und Megaphonansprachen gehalten wurden. Ein Lehrling sagte: „Es ist richtig, wenn die Soldaten Lohnfortzahlung fordern ... Ich bin gegen die Armee und die Jugendlichen wollen keinen Krieg."

Zu der Veranstaltung in Sontra kamen dann 40: 6 Jugendliche, 3 wehrpflichtige Soldaten, ein Polizist in Uniform, mindestens ein „Verfassungsschützer", ein Vertreter des Reservistenverbandes und 17 Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, die die Durchführung der Veranstaltung verhindern sollten. Das gelang nicht. Die Offiziere versuchten, den Kampf für die Lohnfortzahlung zu zersetzen: Das müsse alles der Steuerzahler zahlen, die Bundeswehr diene dem ‚Allgemeinwohl', Soldaten hätten ja ‚freie' Unterkunft und Verpflegung und schließlich hätte das SRK „ja sogar bei Kindern Unterschriften gegen die Entlassung Holger Arends aus der Armee gesammelt".

Darauf meldete sich ein solches „Kind" auf der Veranstaltung zu Wort (Schüler aus Sontra): „Ich weiß genau, worum es geht. Um Lohnfortzahlung – und da bin ich dafür!" Der Leutnant Schmidt auf der Veranstaltung des SRK: „Das war doch nicht der einzige Grund für die Entlassung von Arend ... ". Der Schüler konterte: „Ja, er hat Krach geschlagen und das finde ich auch gut." Der Leutnant ist sprachlos. Nach der Veranstaltung bekunden dann auch noch etliche von den 17 von der Generalität geschickten Soldaten ihre Sympathie mit dem Kampf um Lohnfortzahlung. Die Zersetzung des Unteroffizierskörpers können die Offiziere nicht verhindern.

Am 26. März hat das SRK/Wiesbaden in Lorch im Rheingau zu einer Veranstaltung mobilisiert. Die Mitglieder des SRK berichten: Für die Lohnfortzahlung und gegen die Entlassung von Holger Arend waren die meisten. Es gab lebhafte Debatten um die Forderung nach Lohnfortzahlung bei der Straßenagitation. Eine Frau erklärte: „Das mit dem Wehrsold ist eine Sauerei. Dagegen muß was gemacht werden. Aber wenn die Lohnfortzahlung durchgesetzt wird, kommen doch die wieder zu uns und kassieren." Ein Mann mischt sich ein: „Lohnfortzahlung – das einzig richtige! Woher die das Geld nehmen, ist mir scheißegal. Für die Generäle und die Panzer haben sie ja genug! Von mir kriegen sie keinen Pfennig dafür. Wenn sie die Steuer erhöhen wollen, müssen wir dagegen kämpfen."

Auf die Veranstaltung in Wiesbaden kamen dann 35 Menschen darunter 6 Soldaten. Auf der Veranstaltung wurde einstimmig eine Resolution verabschiedet in der Lohnfortzahlung, das jederzeitige Recht auf Kündigung und das Recht der Jugend, das Waffenhandwerk zu erlernen gefordert wird. In der Resolution sprechen sich die Versammlungsteilnehmer dafür aus, diese Forderungen auf der 1. Mai Demonstration mitzutragen und sich dafür einzusetzen, daß der DGB diese Demonstrationen am 1. Mai durchführt. Weiterhin wurde eine Resolution an die Fritzlarer Soldaten verabschiedet zur Unterstützung ihres Kampfes für Dienstausgleich für sämtliche Zusatzdienste und gegen die Versetzung des Vertrauensmann-Kandidaten Baumann von einer Einheit in die andere.

Der Haß gegen die imperialistische Armee ist tief in den Volksmassen verwurzelt. In der Spätschicht eines Druckbetriebes in Wiesbaden haben vier Druckarbeiter gesagt: „Auf alle Fälle ist das richtig, wenn der Lohn, den wir jetzt bekommen, in der Armee weiter gezahlt wird." Die Soldaten haben die Unterstützung der Arbeiterbewegung in ihrem Kampf um Lohnfortzahlung, wenn sie sich an sie wenden. Für diesen Zusammenschluß wird die Soldatenbewegung und wird die Arbeiterbewegung die Vorbereitung und Durchführung der Demonstrationen am 1. Mai nutzen. (s, Wiesbaden)

Ausplünderung durch Kantinenwirt

Wochenlang sind die Soldaten oft in der Kaserne eingesperrt. Aus dieser Kasernierung und aus der Tatsache, daß die „freie Kost" zwar frei, aber schlecht ist, zieht der Kantinenwirt seinen Extraprofit.

Die Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Immendingen hat einen Vergleich angestellt zwischen den Preisen des Kantinenpächters Weißhaupt (Kantine des PzGrenBtl 292) und den Preisen, die man im Einzelhandel in Tuttlingen (EZO) oder Villingen-Schwenningen (Kaisers Markt) zahlt.

Insgesamt haben wir 24 Artikel verglichen und sind dabei auf einen durchschnittlichen Aufschlag von 53 % gekommen.

„Der größte Teil des Wehrsolds landet meist in den Taschen des Kantinenpächters, der mit überhöhten Preisen seine Monopolstellung ausnutzt", schreiben die Immendinger Soldaten in einer Erklärung für Lohnfortzahlung.

Kontrolle der Kantine durch die Vertrauensleute der Mannschaften und Unteroffiziere ist nötig. Sie müssen das Recht zur Kündigung des Pächters haben. – (Soldat x, Immendingen)

Die portugiesische Arbeiterklasse vor entscheidenden Kämpfen

Abseits ihrer „sozialistischen" Demagogie war von ihrem Amtsantritt an einer der Hauptprogrammpunkte der Regierung Soares „die Förderung des privaten Sektors sowie politische Anreize für ausländische Investitionen". „Politische Anreize" hieß nichts anderes, als die in der antifaschistischen Erhebung während und nach dem April 1974 erkämpften Rechte den Arbeitern und Volksmassen Zug um Zug aus der Hand zu schlagen. Durch eine Serie von Gesetzesdekreten hat Soares das Versammlungsrecht im Betrieb, die Rechte der Arbeiterkommissionen und Gewerkschaften auf Kontrolle der Betriebsführung und andere Rechte angegriffen. Das hatte nur begrenzten Erfolg. Mit vollem Bewußtsein konzentrierte sich dieser Sozialdemokrat als nächstes darauf, das soziale Elend, besonders den Druck der großen Arbeitslosigkeit, als Druckmittel einzusetzen, indem er durch weitere Dekrete die Kapitalisten ermächtigte, den „Notstand" für ihre Profite zu erklären, die Schutzrechte gegen Entlassungen außer Kraft zu setzen, Vollzeitarbeiter durch Arbeiter mit kurzem Arbeitsvertrag zu ersetzen und sie weit unter Tarif zu bezahlen. Die Kapitalisten nutzten das zielstrebig zu einer großangelegten Säuberung der Betriebe von klassenbewußten Mitgliedern der Gewerkschaften und Arbeiterkommissionen und von den Revolutionären. Aber nur in relativ wenigen Fällen kamen sie wirklich durch. In einer großen Zahl von Fällen verhinderten die Arbeiter durch Streik solche Entlassungen. – Zu Beginn dieses Jahres konzentrierte sich die Soares-Regierung darauf, weitere Lohnsenkungen durchzusetzen. In den drei größten Industriezweigen, der Metallindustrie, der Bau- und der Textilindustrie, standen Tarifverhandlungen an. Soares veröffentlichte ein Dekret, das diese Verhandlungen praktisch außer Kraft setzte und die Lohnerhöhungen auf maximal 15 Prozent begrenzte, bei einer Teuerungsrate von fast 27 Prozent. Im Februar und März haben 600 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der drei großen Industriezweige in wiederholten Streiks, in Versammlungen und Demonstrationen ihre Entschlossenheit erklärt, sich freie
ihre Entschlossenheit erklärt, sich freie
Tarifverträge zu erkämpfen, die mindestens die Teuerung decken. Nur durch den Verrat der revisionistischen Gewerkschaftsführungen wurde bisher ein Generalstreik der Metall-, Bau und Textilarbeiter gegen das Verelendungsprogramm, der überall gefordert wurde, verhindert.

Diese Spaltung hat die Soares-Regierung genutzt, um einen weiteren entscheidenden Angriff auf die Rechte und die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse zu führen. In vielen Betrieben haben die Arbeiter noch 1974 die faschistischen Eigentümer davongejagt. Der Staat hat diese Betriebe nationalisiert und mußte den Arbeitern eine Reihe von Arbeiterkontrollrechten zugestehen. Jetzt hat die Soares-Regierung ihre feste Absicht erklärt, den Großteil der nationalisierten Betriebe an ihre „rechtmäßigen Eigentümer" zurückzugeben. Bereits am 1. April sollten in zwei großen Metallbetrieben die alten Ausbeuter wieder einziehen. Daraus ist vorderhand nichts geworden. Die Arbeiter der beiden Betriebe – Guérin, eine Traktorenfabrik mit 1 600 Beschäftigten, und Tomé Feteira, ein Schiffsbaubetrieb – sind sofort in den Streik getreten. Die Arbeiter von Guérin haben den Betrieb besetzt und produzieren in eigener Regie weiter. Sie verlangen die Überführung des Betriebs, den sie aufgebaut haben, während der Kapitalist, bevor er vertrieben wurde, ihn noch systematisch ausgeblutet und verschuldet hat, in ihr Eigentum. Sie haben weder dem Kapitalisten noch den staatlichen Verwaltern den Zutritt zum Betrieb erlaubt. Der Kampf hat exemplarische Bedeutung, und die Arbeiter wissen das. Über dem Betriebstor haben sie ein Transparent aufgehängt mit dem Text: „Das ist nicht nur unser Kampf, sondern der Kampf aller Arbeiter dieses Landes" (siehe Bild).



Im ganzen Land erklären Belegschaften, Arbeiterkommissionen und Gewerkschaftsversammlungen ihre Unterstützung. Die portugiesische Arbeiterklasse bereitet sich auf entscheidende Kämpfe vor.

Regierungskrisen in Westeuropa – Zersetzungserscheinung in der imperialistischen Bourgeoisie

In der andauernden, seit 40 Jahren größten kapitalistischen Wirtschaftskrise verschiebt sich aufgrund der ungleichzeitigen Entwicklung des Kapitalismus das Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen imperialistischen Ländern noch rascher als zuvor. Die Verschärfung der Widersprüche innerhalb der jeweiligen Bourgeoisien und zwischen den imperialistischen Monopolverbänden ist die Folge. Sie findet ihren Ausdruck in Dauerregierungskrisen und wachsender Kriegsgefahr. In Westeuropa war fast in jedem Land im vergangenen Jahr eine Regierungskrise zu verzeichnen.

Am 7. Januar 1976 trat die italienische Regierung Moro zurück, am 9. Januar der Ministerpräsident in Norwegen, Anfang April löst Callaghan als Premier der Labour-Regierung in England Wilson ab. Die neu gebildete Moro-Regierung in Italien tritt erneut zurück und über Neuwahlen im Juni wird mit Andreotti eine neue christdemokratische Regierung gebildet, die sich seither in einer Dauerkrise befindet. In Frankreich muß im August das Kabinett Jacques Chirac zurücktreten, Raymond Barre löst ihn als Premier ab. In Schweden muß die seit 44 Jahren regierende Sozialdemokratische Partei die Macht an eine Koalition anderer bürgerlicher Parteien abtreten. Dänemarks sozialdemokratische Regierung ist beständig vom Zerfall bedroht. In Belgien wird Anfang März 1977 das Parlament aufgelöst und für den 17. April vorgezogene Neuwahlen angesetzt. Über die Frage: Wer soll durch die Bodenspekulation am meisten profitieren und wie die Fesselung der Arbeiterbewegung betreiben, können sich die fünf regierenden Parteien in Holland nicht einigen, die Krise dauert an. In England kann nur durch die Unterstützung der Liberalen Partei verhindert werden, daß die Labour-Regierung von der Konservativen Partei gestürzt wird. In Frankreich verlieren die Parteien der Regierungskoalition die Kommunalwahlen Mitte März 1977 gegen das Bündnis von Reformisten und Revisionisten, die Regierung Barre wird neu organisiert.

Heftiger Kampf um die Vorherrschaft in Europa

Die verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisien streiten sich darüber, wie sie die Krise auf die Arbeiterklasse abwälzen und bessere Positionen gegenüber der imperialistischen Konkurrenz erobern können. Wie sich die Vormachtstellung des BRD-Imperialismus in der EG entwickelt, zeigt folgender Vergleich:

Die Außenhandelsbilanz zeigt, wie das westdeutsche Monopolkapital die Konkurrenten überrundet, im Exportüberschuß sogar den US-Imperialismus, der jedoch den Großteil seiner Profite aus direkten Kapitalinvestitionen ziehen kann. Die übrigen westeuropäischen Imperialisten schneiden meist sogar mit einer negativen Handelsbilanz ab. Besonders das Jahr 1973 zeigt, wie der BRD-Imperialismus die kapitalistische Krise nutzt, um seine Vorherrschaft in Westeuropa auszubauen.

Im April 1976 verfügt das westdeutsche Monopolkapital beim Internationalen Währungsfonds über 29,9 Milliarden DM von den insgesamt 71,1 Milliarden „Sonderziehungsrechten" (Währungseinheit des Weltwährungsfonds). Weitere 14,7 Milliarden sind in der Hand des US-Imperialismus, der Rest verteilt sich auf alle übrigen westeuropäischen Staaten. (46. Jahresbericht, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel 1976)

Den wachsenden Kapitalexport des BRD-Imperialismus und sein Vordringen gegenüber den anderen westeuropäischen Ländern zeigt die Kapitalverkehrsbilanz.

Außenhandel mit den westlichen Industrieländern
(in Millionen US-Dollar)

	BRD		USA		England		Frankreich		Italien	
	Export	Import	Export	Import	Export	Import	Export	Import	Export	Import
1960	5 846,14	3 326,15	5 923,33	5 389,82	3 096,26	2 627,26	2 161,71	1 948,77	1 404,84	1 578,94
1965	10 137,06	7 057,10	9 194,56	9 430,69	4 771,09	3 647,72	4 039,14	4 544,03	3 315,03	2 430,68
1969	17 512,24	11 115,77	15 585,83	19 316,03	6 888,46	5 640,19	6 438,36	9 307,84	6 083,66	5 012,40
1972	27 806,35	19 482,95	20 288,14	29 853,42	10 135,05	10 307,71	12 056,42	14 432,41	10 128,92	7 786,21

Außenhandelsbilanz: Gesamt (westliche Industrieländer untereinander / übrige Welt)

	BRD		USA		England		Frankreich		Italien	
1959	1 327	(694 / 633)	651	(272 / 379)	– 1 858	(–793 / –1 065)	526	(354 / 172)	– 430	(– 179 / – 251)
1963	1 597	(1 911 / – 314)	3 722	(1 924 / 1 798)	– 2 070	(–905 / –1 165)	– 650	(– 603 / – 47)	– 2 507	(– 1 697 / – 810)
1967	4 385	(2 631 / 1 754)	4 311	(619 / 3 692)	– 3 858	(–2 342/–1 516)	– 1 009	(– 1 164 / 155)	– 983	(– 269 / – 714)
1970	4 375	(1 942 / 2 432)	1 256	(– 1 757 / 3 013)	– 2 418	(– 1 821 / – 598)	– 1 201	(– 1 757 / 556)	– 1 721	(– 956 / – 764)
1973	12 941	(7 227 / 5 714)	150	(– 3 859 / 4 009)	– 8 305	(–5 361/–2 944)	– 1 368	(– 2 081 / 713)	– 5 576	(–3 311/–2 265)

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Heft 39/1976

Kapitalverkehrsbilanz
Angaben in Milliarden US-Dollar

	BRD	USA	GB	F	I
1973	2,5	– 8,2	1,5	– 1,8	1,0
1974	– 13,1	– 11,6	4,8	4,5	2,0
1975	– 8,2	– 19,6	2,9	2,2	– 3,5*

Die negativen Zahlen bedeuten einen Kapitalexportüberschuß.
* Hierin drückt sich keineswegs die Expansion des italienischen Imperialismus aus, sondern die Vertiefung der Krise – das italienische Monopolkapital flüchtet aus dem Land in Anlagesphären, die sicherer und profitträchtiger sind.
Quelle: DIW, Heft 39/1976

Durch immer neue Angriffe auf die Arbeiterklasse wollen die westeuropäischen Imperialisten

Durch immer neue Angriffe auf die Arbeiterklasse wollen die westeuropäischen Imperialisten ihre Position verbessern

Durch die verschärfte Auspressung der Arbeitskraft, die Vernichtung des kleineren und mittleren Kapitals zugunsten des Monopolkapitals wollen sich die imperialistischen Bourgeoisien wieder bessere Positionen im Kampf um Weltmarktanteile sichern. Dabei stützen sie sich derzeit vor allem auf die Hilfe der Reformisten und Revisionisten und die von ihnen kontrollierten Gewerkschaften. Über „Sozialpakte" verbunden mit sozialchauvinistischer Propaganda versuchen sie die Arbeiterbewegung zu spalten und zu fesseln. Gleichzeitig jedoch bereiten sie angesichts des immer selbständiger geführten Klassenkampfes die faschistische Unterdrückung der nationalen Arbeiterbewegungen vor, wie sie es am weitesten in Italien getrieben haben.

Frankreich

In Frankreich wurde Mitte letzten Jahres der „Barre-Plan" aufgestellt, „Vorrang dem Kampf gegen die Inflation" hieß die Devise, mit der die französische Bourgeoisie die Arbeiterklasse vom Kampf abhalten wollte. Einen „Sozialpakt" versucht sie über die Führung des nationalen Gewerkschaftsverbandes FO (Force Ouvrière) durchzusetzen. Ein „Preisstopp" in der Landwirtschaft und die Senkung der „Erzeugerpreise" in der Landwirtschaft soll die Kapitalkonzentration beschleunigen, die kleinen und mittleren Bauern vernichten und das Finanzkapital stärken. Die französische Bourgeoisie hat damit nichts in den Griff bekommen. Die Investitionsrate ist nach wie vor gering, die Inflation und Arbeitslosigkeit hoch. Millionen Arbeiter streikten im vergangenen Jahr und legten die Produktion lahm. Die Reformisten und Revisionisten (Sozialistische Partei und KPF) versuchen im Bündnis den Kampf der Arbeiter und Bauern auf ihre parlamentarischen Mühlen zu lenken, um selber die Geschäftsführung des französischen Imperialismus zu übernehmen. Bei den Kommunalwahlen in diesem Monat ist es ihnen gelungen, sich in mehr als zwei Drittel der Bürgermeistersessel in Städten über 30 000 Einwohner zu hieven. Die Regierung Giscard-Barre versucht mit einem neuen „Kampfkabinett", als „parteilose Technokraten" präsentiert, die Geschäftsführung für die regierenden Parteien zu behaupten und den „Barre-Plan" doch noch durchzusetzen. Der frühere Premier Chirac versucht gleichzeitig vom Bürgermeistersessel in Paris aus mit einer neu gegründeten „Sammelbewegung für die Republik" eine sozialchauvinistische Massenbewegung in Gang zu bringen, die die Arbeiterbewegung spalten und zerschlagen soll. Die französische Arbeiterklasse hat durch die Aktionen am 7. Oktober gegen den „BarrePlan" gezeigt, daß sie sich immer weniger vom selbständigen Klassenkampf abhalten läßt.

Italien

In Italien haben am 30. März die Gewerkschaften, die mehrheitlich von den Revisionisten kontrolliert werden, ihre Zustimmung zum „Sparprogramm" der Regierung Andreotti und damit zur drastischen Senkung des Lebensniveaus der werktätigen Massen gegeben. Allein über Strom-, Transportmittel- und Zeitungspreiserhöhungen sollen 2 Milliarden geplündert werden. Für die Erfüllung der Bedingungen des BRD-Imperialismus erhält die italienische Monopolbourgeoisie einen 1,3-Milliarden-DM-Kredit des Internationalen Währungsfonds.

Belgien

In Belgien hat die Bourgeoisie versucht, über den „Tindemans-Plan" ihren Raubzug gegen die Arbeiterklasse zu führen. Mit von den Gewerkschaften organisierten vierundzwanzigstündigen Streiks über Wochen hinweg im ganzen Land und allen Branchen wurde die Regierung gestürzt, am 9. März das Parlament aufgelöst und Wahlen für eine neue Mannschaft für den Angriff auf die Arbeiterbewegung festgelegt.

Großbritannien

Am rabiatesten, jährlich um 10 Prozent, senkt die britische Bourgeoisie das Lebensniveau der Arbeiterklasse mit Hilfe der reformistischen Labour-Party und der von ihr kontrollierten Gewerkschaftsführung. Die Reallöhne liegen inzwischen mit denen der italienischen Arbeiter am Ende der westeuropäischen Lohnskala. Über 25 Prozent der Haushalte sind auf sogenannte Sozialhilfen in verschiedenster Form angewiesen, um zu überleben. Mit den Streiks in der Automobilbranche haben die britischen Arbeiter gezeigt, daß sie eine Verlängerung des Sozialpakts um ein weiteres Jahr nicht hinnehmen werden. Mit dem Mißtrauensvotum der Konservativen Partei im März, wo nur die Stimmen der Liberalen Partei die Labour-Regierung in der Regierung hielten, hat die britische Bourgeoisie sie noch enger an die Leine genommen. Wenn es ihr nicht mehr gelingt, die Arbeiterbewegung zu fesseln, kann sie jeden Tag gestürzt werden. „... im gegenwärtigen Augenblick (ist) die Erhaltung der Regierung ein Gebot des nationalen Interesses", erklärte der Vorsitzende der Liberalen. „Das Argument ist vertretbar", kommentiert die „Neue Zürcher Zeitung", Organ der westeuropäischen Finanzbourgeoisie, „denn man steht an einem wirtschaftspolitisch heiklen Punkt: Die Verhandlungen der Regierung mit den Gewerkschaften über die nächste Lohnbegrenzungsrunde sind angelaufen; in wenigen Tagen soll das Budget präsentiert werden, das erstens durch die Kreditabmachungen Labours mit dem Internationalen Währungsfonds und zweitens auch die Notwendigkeit, die Mitarbeit der Gewerkschaft zu erkaufen, weitgehend vorpräpariert ist."

In den anderen Ländern sieht es nicht viel anders aus.



Frankreich. Demonstration in einem von der Stadtverwaltung zum Abbruch freigegebenen Viertel in Paris, das vorwiegend von alten Leuten bewohnt war. „Nein zur Zerstörung – wir bleiben!" haben die Frauen auf ihr Transparent geschrieben.



Belgien. Metallarbeiter von Athus behaupten ihren Streik und Demonstrationsmarsch gegen die Gendarmerie (23. Februar 1977).

Einige Auskunft, wie der BRD-Imperialismus die Krise nutzt, um durch Kredite am Raubzug gegen die westeuropäische Arbeiterklasse mitzuprofitieren und darüberhinaus die übrigen EG-Staaten von sich abhängig zu machen und das NATO-Bündnis zu stärken, gibt eine Dokumentation der Bundesregierung. Im „Handelsblatt" vom 31. März 1977 sind erwähnt: Von 1,04 Milliarden Rechnungseinheiten (1 Rechnungseinheit gleich 3,66 DM) des EG-Haushalts sind vier Fünftel von der Bundesregierung, 44 Prozent der multilateralen Hilfe gehe über die EG. Neben direkten Krediten und solchen über die Europäische Investitionsbank und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl hat sie 4,8 Milliarden gegen die Verpfändung der Goldreserven der italienischen Finanzbourgeoisie zur Verfügung gestellt. Mit 1,3 Milliarden beteiligen sich die BRD-Imperialisten an einem „mittelfristigen EG-Beistand", mit 44 Prozent von 3,1 Milliarden DM Zahlungsbilanzhilfen an Italien und Irland, Notenbankhilfen an Portugal. Über den Internationalen Währungsfonds, wo die BRD-Einlage bis auf 10 Prozent ausgeliehen ist, läßt die Bundesbank weitere 1,7 Milliarden DM an der Ausbeutung der Arbeiterklasse der anderen Länder profitieren. Am neuen IWF-Kredit ist die Bundesregierung mit 2 Milliarden DM beteiligt, von 1971 bis 1976 wurden jährliche Budgethilfen von 110 Milliarden DM der britischen Regierung zur Verfügung gestellt. – (Z-Red.)

Castro – Wegbereiter des Sozialimperialismus in der Dritten Welt

Die genaue Abstimmung der Reise des Vorsitzenden des Obersten Sowjet, Podgorny, mit der Reise des kubanischen Ministerpräsidenten Castro durch Afrika hat die Rolle Castros als Wegbereiter des Sozialimperialismus in der Dritten Welt noch einmal deutlich hervortreten lassen.

Der Dr. Castro spielt diese Rolle nicht erst seit der Entsendung des von der Sowjetunion unterhaltenen und ausgerüsteten Expeditionskorps nach Angola im Spätsommer 1975. Mit einem Programm, das eine scharfe Absage an die proletarische Revolution enthielt („Demokratie kann nicht die Regierung einer Rasse, Klasse oder Religion, sondern nur eine Regierung des ganzen Volkes sein"), wurde Castros bewaffnete Oppositionsgruppe durch eine Massenerhebung, die zum Zusammenbruch des Batista-Regimes führte, 1959 an die Macht getragen. Unter dem Eindruck der von den Massen Kubas zerschlagenen Schweinebucht-Invasion und der Wirtschaftsblockade durch den US-Imperialismus begab sich Castro 1961 unter die Fittiche der Sowjetunion und akzeptierte 1963 endgültig Chruschtschows „Angebot", Kuba zur Zuckerplantage des Comecon auszubauen und von sowjetischen Importen zu leben. Seit der Invasion in die CSSR 1968 durch die Truppen des Warschauer Paktes hat Castro es in der Welt herumposaunt:

„Kein Revolutionär in irgendeinem Teil der Welt kann jemals bedauern, daß die Sowjetunion mächtig ist, denn wenn diese Macht nicht existierte, ... hätten die Völker, die in den letzten 30 Jahren für ihre Befreiung kämpften, nirgendwoher entscheidende Hilfe bekommen können.... und alle die kleinen, unterentwickelten Länder – von denen es so viele gibt – würden wieder zu Kolonien geworden sein." (Rede auf dem Parteitag der KP Kubas im Januar 1976)

Das ist das direkte Gegenteil der Schlußfolgerung, die Mao Tsetung aus dem heroischen Kampf der Völker Indochinas gezogen hat: „Ein schwaches Land kann ein starkes Land besiegen, ein kleines Land kann eine Großmacht besiegen. Das Volk eines kleinen Landes kann, wenn es Mut hat, sich zum Kampf zu erheben und zu den Waffen zu greifen, die Geschicke seines Landes in die Hand nimmt, bestimmt die Aggression einer Großmacht vereiteln. Das ist ein Gesetz der Geschichte."

Wie die Möglichkeit der selbständigen politischen Befreiung leugnet Castro die Möglichkeit der unterdrückten und unterentwickelten Länder, eine unabhängige Wirtschaft aus eigener Kraft aufzubauen und allseitig zu entwickeln. Er hat Kuba als erstes Land der Dritten Welt vollständig in den RGW eingegliedert und tritt als Verfechter der sozialimperialistischen Theorie von der „internationalen Arbeitsteilung" auf. Von dieser Position aus greift er den Kampf der Dritten Welt für ihre gemeinsamen Wirtschaftsforderungen offen an. Wie alle Imperialisten und ihre Lakaien versucht er speziell, den erfolgreichen Kampf der OPEC-Länder für die Erhöhung der Ölpreise in Widerspruch zum gesamten Befreiungskampf der Dritten Welt zu setzen.

„Die Träume von der Größe des Schahs von Iran, die phantastischen Mengen an Waffen in den Händen der unfähigen Soldaten des Königs von Arabien und der ungeheure Luxus der reaktionären Sultane am Persischen Golf werden mit dem Schweiß und Hunger von Hunderten von Millionen Männern, Frauen, alten Leuten und Kindern der unterentwickelten Welt bezahlt ..." – „Diese Probleme weisen auf die immer dringlichere Notwendigkeit hin, die für alle Länder darin besteht, vernünftige Formen der Zusammenarbeit und der Distribution (Verteilung, Red.) von Technologie und Ressourcen anzustreben."

Der drohende Charakter derartiger Erklärungen ist unverkennbar. Als Anwalt der „hungernden Millionen" treten den „reaktionären Sultanen" und ähnlichen Potentaten, die offenbar an dem ganzen Elend schuld sind, die Sowjetunion und der Kommandant ihres Afrika-Korps, Castro, entgegen und verlangen von ihnen eine „vernünftige Verteilung der Ressourcen".

Castros Theorie, daß die Völker sich nur mit Hilfe der Sowjetunion befreien können, drückt ebenso eine Vertuschung der Ziele des Sozialimperialismus wie zugleich eine tiefe Verachtung für die revolutionäre Kraft der unterdrückten Völker aus. Eindrucksvoll ist dies dokumentiert durch eine Artikelfolge, die der kolumbianische Schriftsteller Garcia Marquez, ein Vertrauter Castros, aufgrund von Interviews mit kubanischen Kriegsteilnehmern zusammenstellte und die von der kubanischen Nachrichtenagentur Prensa Latina als mehr oder weniger offizielles Schlachtengemälde über den Angola-Krieg verbreitet wird. Darin heißt es:

„Die MPLA-Führer, vorbereitet auf einen Guerilla-Krieg, aber nicht auf konventionelle Schlachten im großen Maßstab, begriffen schließlich, daß ihre vereinten Nachbarn, ausgerüstet mit den verheerendsten Erzeugnissen des Imperialismus, nicht geschlagen werden konnten ohne dringenden Appell an die internationale Solidarität. (...) Diesmal handelte es sich (für Kuba) nicht einfach darum, so viel Hilfe wie möglich zu schicken, sondern einen großen konventionellen Krieg 6 000 Meilen von seinem eigenen Territorium entfernt zu unternehmen ..."

Ja, wäre es da nicht einfacher gewesen, die MPLA-Führung hätte die Kubaner schon gerufen, als die portugiesischen Kolonialtruppen noch das Land besetzt hielten!

Zwei Monate nach dem offiziellen Beginn ihrer Intervention standen die kubanischen Truppen, so Marquez, am Rande einer Niederlage; hauptsächlich „wegen der kulturellen Rückständigkeit (der Angolaner), die ein halbes Jahrtausend eines seelenlosen Kolonialismus bei ihnen zurückgelassen hat. Das ... stellte das größte Hindernis zwischen einer wirklichen Integration der kubanischen Truppen und dem bewaffneten angolanischen Volk dar. (...) Alter Aberglaube machte nicht nur das tägliche Leben kompliziert, sondern behinderte den Kriegserfolg. Die Angolaner waren überzeugt, daß Kugeln weiße Haut nicht durchdringen könnte; sie fürchteten die Magie der Flugzeuge und weigerten sich, Schützengräben auszuheben, weil Gräber nur für Tote wären ..."

Wenn diese abergläubischen Wilden nicht davon zu überzeugen waren, „daß Kugeln weiße Haut durchdringen konnten", dann konnten sie natürlich auch niemals einen siegreichen Befreiungskampf gegen die portugiesischen Kolonialisten geführt haben. Da mußten richtige Landser an die Front.

„Angola war ein schmutziger Krieg, in dem man ebenso nach Schlangen wie nach Söldnern, nach Kannibalen wie nach Kanonenkugeln Ausschau halten mußte. Ein kubanischer Kommandeur fiel mitten in einer Schlacht in eine Elefantenfalle. Zuerst waren die Afrikaner, durch generationenlangen Groll gegen die Portugiesen, den Kubanern feindlich gesinnt. Oftmals, besonders in Cabinda, fühlten sich kubanische Botschafter verraten durch den primitiven Telegrafen der Buschtrommeln, deren Tam-Tam über mehr als 20 Meilen zu hören war." Der Oberkommandierende der kubanischen Expeditionsstreitmacht fuhr mit seinem Panzer gleich zu Beginn des Feldzuges entgegen den Warnungen der MPLA-Soldaten in eine Minenfalle und segnete das Zeitliche.

Was dieser moderne Revisionist und Neo-Kolonialist mit der wenig verhüllten Arroganz des „Kulturmenschen" hier beschreibt, das ist tatsächlich die eindrucksvolle Geschichte des Widerstandes des angolanischen Volkes gegen die verschiedenen „zivilisatorischen Missionen", die von verschiedenen Kolonialtruppen auf seinem Territorium ausgefochten werden.

Was ist das Ergebnis der „Befreiung" Angolas durch kubanische Truppen? Das angolanische Volk ist heute tiefer als jemals gespalten. Das kubanische Expeditionskorps steht in unverminderter Stärke auf seinem Territorium und führt den Krieg gegen Teile der Befreiungsbewegung in großem Maßstab weiter. Die großen Verkehrslinien des Landes sind weiter paralysiert, die Produktion ist drastisch zurückgegangen. Die wichtigsten Exportprodukte sind, teilweise zu Spottpreisen, auf Jahre hinaus an die Sowjetunion verpfändet zur Rückzahlung der Waffen, die sich gegen das angolanische Volk selbst richten. Das Land steht dem Imperialismus weit offen. Auch westliche Geschäftsleute kommen in zunehmender Zahl nach Luanda und prüfen die Möglichkeiten, an der Ausbeutung des Landes teilzunehmen.

„In gewissem Sinn", sagte der neue, farbige UN-Botschafter der USA, Young, nach einer Sondierungsreise durch Afrika im Februar, die ihn auch mit dem MPLA-Präsidenten Neto zusammenführte, „bringen die Kubaner eine gewisse Stabilität und Ordnung nach Angola."

Die neu errichtete „Stabilität und Ordnung", wie sie der Mr. Young schätzt, ist eine unschätzbare Lehre für die Völker Zimbabwes, Namibias und Azanias, daß sie – ganz entgegen dem Dr. Castro – ihre eigenen Befreier sein müssen, um sich vollständig zu befreien. – (Z-Red.)

Die Ausbeutung der Dritten Welt ist ein wesentliches Element der sowjetischen Rohstoffpolitik

Mehrfach hat die Sowjetunion in der letzten Zeit gefordert, die Rohstoffpreise müßten erhöht werden. „Eine stabil steigende Tendenz der Weltmarktpreise für Rohstoffe wird nicht nur für die nächste, sondern auch für die fernere Zukunft bestimmend sein," schreibt der Leiter der Rohstoffabteilung ihres Außenhandelsministeriums, K. Bachtow. Höchstprofite aus dem Rohstoffhandel mit den RGW-Staaten im Windschatten der gerechten Forderungen der Dritten Welt zu ziehen, ist nur eine Seite der sowjetischen Rohstoffpolitik. Die andere ist die Ausbeutung der Dritten Welt.

Die Methode der Sowjetunion, um
tung der Dritten Welt.
Die Methode der Sowjetunion, um
sich in die Länder der Dritten Welt einzuschleichen, ist, die alten Kolonialisten und Imperialisten anzuklagen, um sich selbst als Wolf im Schafspelz Zugang zur Ausbeutung der Arbeitskraft und der natürlichen Reichtümer der Länder der Dritten Welt zu verschaffen.

Schon immer hetzt die sowjetische Bourgeoisie, einen Widerspruch zwischen armen und reichen Ländern gebe es nicht. In der Rohstoffrage haben die Sozialimperialisten zum Zwecke der Verwischung der Tatsachen eine neue Theorie über die Preise der Rohstoffe erfunden. Die Bedingungen für eine wesentliche Erhöhung der Rohstoffpreise seien schon lange herangereift, denn – so der erwähnte Bachtow – „die Produktion von Fertigerzeugnissen nimmt schneller zu als die Gewinnung von Roh- und Werkstoffen". Aus diesem mit Erhöhung der Qualität der Produktion selbstverständlichen Sachverhalt folgert der sozialimperialistische Chefhändler, daß die Nachfrage nach Rohstoffen das Angebot überträfe. Nur durch drastische Preiserhöhungen lasse sich dieser „Rohstoffmangel" beseitigen.

Diese Theorie ist bürgerlicher Unsinn, so wie die Behauptung vom Rohstoffmangel eine imperialistische Zwecklüge ist. Mangel gibt es allenfalls an billigen Rohstoffen, die den Imperialisten Höchstprofite bescheren. Dieser „Mangel" ist grenzenlos, weshalb die Imperialisten jahrzehntelang die Rohstoffpreise *gewaltsam* gedrückt haben.

Natürlich wirken Angebot und Nachfrage auf die kurzfristige Preisbildung an den Rohstoffbörsen. Aber es ist absolut unmöglich, damit die Ausbeutung der Dritten Welt vermittels Schleuderpreisen für ihre Rohstoffe über Jahrzehnte zu erklären. Die Absicht ist durchsichtig. Die Länder der Dritten Welt kämpfen für höhere und von den Launen der kapitalistischen Wirtschaft unabhängige Preise, um Mittel zum Aufbau ihrer nationalen Wirtschaft zu bekommen. Dies ist gerecht, weil es die Herrschaft der Imperialisten trifft.

Die sowjetischen Rohstoffhändler lügen den Kampf der Dritten Welt um. Ihnen liegt die „Gesundung des internationalen Rohstoffhandels" am Herzen. Wo die Dritte Welt sich zusammenschließt, treten sie als Preisbrecher auf, konkurrieren um Marktanteile, schrauben hernach ihre Preise hoch, so wie gegenüber den Ländern des RGW, wo sie sich eine Monopolstellung gesichert haben.

Wenn die Sowjetunion jetzt öfter von einer Erhöhung der Rohstoffpreise redet, so hauptsächlich, um sich als Sprecher der „Rohstoffländer" aufzuspielen und sich in die Länder der Dritten Welt einzuschleichen. Obwohl einer der größten Rohstoffexporteure, giert die UdSSR nach den Rohstoffen der Dritten Welt. Es geht nicht um die Materialien, sondern um den Profit.
der Dritten Welt. Es geht nicht um die Materialien, sondern um den Profit.

Seit Mitte der siebziger Jahre hätten die Beziehungen mit den Entwicklungsländern „auf dem Gebiet des Außenhandels, des Kreditwesens sowie in Wissenschaft und Technik immer mehr an Stabilität und Komplexität" gewonnen, heißt es in einem Buch „Sozialistische Integration und Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern". Über 50 Entwicklungsländern konnte die UdSSR Verträge aufzwingen. „Die Kreditbeziehungen sind in den letzten Jahren zu einem wichtigen Element der Wirtschaftsbeziehungen geworden." Für 11 Milliarden Rubel (35 Milliarden DM) werden Zinsen kassiert. „Es wird auch ein gewisser regelnder Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung der Hilfeempfänger genommen", wird der Zweck der Kreditpolitik umschrieben. Wozu sonst auch sollten die Kreditbeziehungen zu einem „wichtigen Element der Wirtschaftsbeziehungen" werden?

Als „eine der Hauptrichtungen" heben die Sozialimperialisten die „Entwicklung von Formen der *Produktions*zusammenarbeit" heraus. Etwa 500 Fabriken will die Sowjetunion bis 1980 in Entwicklungsländern, „die über die entsprechenden Reserven verfügen", bauen. Die Fabriken dienen vor allem zur Steigerung der Exporte und für die entsprechenden Länder sei „eine Umorientierung ihres Handels auf die Märkte der sozialistischen Länder kennzeichnend". Die sowjetische Rohstoffpolitik zielt zum einen darauf ab, die RGW-Länder in Abhängigkeit zu halten und Höchstpreise von ihnen zu verlangen, andererseits in die Länder der Dritten Welt – den Haß auf die alten Imperialisten nutzend – einzudringen, um die Rohstoffquellen zu plündern. Auf diese Weise holen sich die Sozialimperialisten bisher vor allem Erdgas aus dem Iran und Afghanistan, Bauxit aus Guinea und Erdöl aus dem Irak. Ihren Kupferimport aus der Dritten Welt haben sie in den Jahren 1971 bis 1975 gegenüber 1966 bis 1970 verdoppelt, ihre Blei-Einfuhren sind von null auf 12 000 Tonnen gestiegen, ihr Erdölimport von 7,7 Millionen Tonnen auf 37,1 Millionen Tonnen. Dies sind die Kennzeichen für den Anfang eines großangelegten Programms der Ausbeutung und Unterdrückung. (Zitate aus: Außenhandel 2/1977) – (Z-Red.)

Aufschwung der Kämpfe des palästinensischen Volkes in Israel

In ganz Israel und den 1967 neu besetzten Westbanks hat die palästinensische Bevölkerung am 30. März, dem „Tag des Bodens", gegen die Besetzung ihres Landes durch den zionistischen Kolonialstaat protestiert. Die PLO hatte aufgerufen zu Kundgebungen und Demonstrationen, an denen auch der bei den Aktionen im vergangenen Jahr gefallenen Patrioten gedacht werden sollte. Vergeblich versuchten die zionistischen Behörden durch Ausgangssperren und Kriegsrecht an verschiedenen Orten, die Massen zu hindern, auf die Straße zu gehen. In verschiedenen Dörfern wurden Straßensperren errichtet. In Westjordanien führte „die Bevölkerung (einen) fast vollkommen eingehaltenen Generalstreik" durch. „In Nablus, Ramallah und Hebron kam es trotz eines Großaufgebots der Armee zu Ausschreitungen. In Hebron ging im jüdischen Restaurant beim Patriarchengrab eine Bombe los." (Neue Zürcher Zeitung, 1.4.77) In den vergangenen Wochen sind die Kämpfe nicht abgerissen. Durch Massendemonstrationen wurde die 13. Sitzung des Palästinensischen Nationalrates in Kairo unterstützt. Bei militärischen Operationen wurde ein Ersatzteillager militärischer Geräte in Tel Aviv vollständig zerstört, wurden Sprengungen in der petrochemischen Fabrik im Norden Haifas durch palästinensische Arbeiter durchgeführt, wurden in Ostjerusalem vier zionistische Besatzer, darunter ein Offizier, auf der Hauptgeschäftsstraße durch eine in ihren Wagen geschleuderte Granate zerrissen. In Beersheba sprengten Befreiungskämpfer ein dreistöckiges Wohnhaus zionistischer Offiziere, das als Antwort auf die terroristische Sprengung der Häuser palästinensischer Bauern, die einer neuen zionistischen Siedlung der Besatzer Platz machen mußten.



Für die Befreiung und die Einheit ganz Palästinas. Palästinenser demonstrieren im Libanon.

Im Zentrum der Aktionen steht der Kampf der politischen Gefangenen in den Gefängnissen des Besatzerstaates Israel. Nach Aussage des Gefängnisdirektors von Askalan, Levi, beträgt die Zahl der palästinensischen politischen Gefangenen zur Zeit 5 852, davon 3 227 unter der Anschuldigung, die palästinensische Revolution zu unterstützen, das sind jetzt bereits 502 mehr als 1976. Um ihre Kampfmoral zu brechen, werden sie unter unmenschlichen Bedingungen gehalten. Ihre Zellen haben weder Schlafstellen, Tische noch Stühle, im Gefängnis von Hebron stehen jedem Gefangenen 1 Quadratmeter, in Askalan 2 x 1,25 m, in Kfar-Juna 1 x 0,60 m zur Verfügung, in dünne Laken gehüllt müssen sie auf dem mit Glassplittern und Kieselsteinen besäten Boden schlafen.

Anfang Dezember 76 begannen 400 palästinensische Gefangene in Askalan einen Hungerstreik. Sie fordern die Anerkennung als Kriegsgefangene und damit die Anerkennung des gerechten Kampfes des palästinensischen Volkes als nationalen Befreiungskampf. Weiterhin fordern sie Anklageerhebung, da die zionistischen Behörden, um der politischen Auseinandersetzung auszuweichen, sie alle als Kriminelle bezeichnen und ohne Anklage und Gerichtsverfahren gefangenhalten, wobei die Zionisten die Militärgesetze der britischen Kolonialisten aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges weiter praktizieren. Außerdem fordern die Gefangenen Besuchserlaubnis für die Familienangehörigen und für Rechtsanwälte und menschenwürdigere Haftbedingungen.

Nach 45 Tagen wurde der Hungerstreik ausgesetzt, nachdem die Gefängnisverwaltung Zugeständnisse machte, am 24. Februar aber wieder aufgenommen, nachdem die Versprechen nicht eingehalten worden waren. Seitdem dauert der Hungerstreik an, unterstützt durch politische Gefangene in den Gefängnissen in Hebron, Nablus, Ramallah, Djernine. Die Aktionen werden durch Kundgebungen und Demonstrationen der Bevölkerung unterstützt. Vor den Gefängnissen bilden die Mütter, Frauen und Kinder der Gefangenen den Kern der Massenversammlungen. Als der Foltertod mehrerer Gefangener in Nablus bekannt wurde, schlossen sämtliche Geschäfte der Stadt, auch durch Massenverhaftungen und Geldstrafen gegen die Ladenbesitzer konnten die zionistischen Behörden den Solidaritätsstreik nicht verhindern. Der Militär-Gouverneur schloß 10 Schulen, weil sie die Schüler als Aktionszentrum benutzten.

Der Palästinensische Nationalrat hat die Intensivierung des Befreiungskampfes im besetzten Palästina selber angekündigt. – (Z-Red.)

„Friedlicher Übergang" – das ist die Machtergreifung einer bürgerlichen Clique

Corvalan: „Ach, wie ich den liebe, den Berlinguer!"

In einigen europäischen Ländern haben sich die Revisionisten mit den Reformisten verbunden, um im Bündnis mit ihnen auf dem parlamentarischen Weg die Regierungsgewalt zu erobern. In Italien beteiligen sich die Revisionisten bereits indirekt an der Regierungsgewalt. Ohne die Revisionisten könnte es der italienischen Bourgeoisie nicht gelingen, die Gewerkschaften ihrer Politik zu unterwerfen. Das aber war die Bedingung, die die anderen Imperialisten der italienischen Bourgeoisie gestellt hatten, bevor sie ihr weitere Kredite gewährten. Mit diesen Krediten dringen die USA und der BRD-Imperialismus immer tiefer in Italien ein. Die Revisionisten stärken die inneren und äußeren Feinde der italienischen Arbeiterklasse.

Luis Corvalan, den die Sozialimperialisten in der gängigen Manier, Agenten auszutauschen, gegen Bukowski aus den Gefängnissen der chilenischen Junta herausgeholt haben, ist ganz begeistert von der Politik der italienischen Revisionisten.

„Ach, wie ich den liebe, den Berlinguer! Wie ich sie liebe, die italienische Partei ... Es ergab sich, daß ich Artikel von Berlinguer gelesen habe. Ich bin von dem Begriff ‚Historischer Kompromiß' begeistert. Was macht denn Berlinguer? Doch genau das, was wir versucht haben." (Konkret, 4/77)

In Frankreich haben die Revisionisten zusammen mit den Sozialisten die Kommunalwahlen gewonnen und machen sich Hoffnungen über die Parlamentswahlen 1978 noch unter der Präsidentschaft Giscards, die Regierung übernehmen zu können.

In Italien und Frankreich ist die spontane Arbeiterbewegung weit entwickelt und in beiden Ländern hat sich unter dem Einfluß der Arbeiterbewegung eine Bauernbewegung herausgebildet, die den Kampf gegen das Finanzkapital und den imperialistischen Staat führt. Die Revisionisten sind die letzte Garantie der Bourgeoisie Italiens und Frankreichs bei der Verteidigung ihrer Herrschaft. Die Revisionisten wollen nicht die Diktatur des Proletariats, sondern einen Platz an der Spitze der Diktatur der Bourgeoisie. Ihre Stärke ist deshalb nicht für die Bourgeoisie, sondern für die Arbeiterklasse eine tödliche Gefahr. Es gibt Leute, Trotzkisten und andere Opportunisten, die behaupten, die Arbeiterbewegung könne auf dem Weg der Revisionisten ein gut Stück vorankommen auf dem Weg zur proletarischen
Revolution und die Revolutionäre
Revolution und die Revolutionäre müßten diesen Weg mitgehen, wenn sie sich nicht isolieren wollten.

In Westdeutschland und Westberlin ist die Lage etwas anders. Die DKP ist verglichen mit den revisionistischen Parteien Italiens und Frankreichs, aber auch Spaniens und Portugals schwach. Dennoch erfüllen die Revisionisten in Westdeutschland für die Bourgeoisie keine andere Rolle als in Italien und Frankreich. Die Beunruhigung der Bourgeoisie über die Revisionisten hat keine inneren, sondern äußere Ursachen. Die Revisionisten erfüllen nach wie vor die Rolle von Agenten des sowjetischen Sozialimperialismus. Stützt sich die Bourgeoisie im Kampf gegen die Arbeiterklasse auf die Revisionisten, so bezweifelt sie doch, ob sie sich im imperialistischen Krieg, den die beiden Supermächte und die anderen imperialistischen Mächte vorbereiten, auf die Revisionisten stützen kann. Die Revisionisten möchten an der Diktatur der Bourgeoisie teilhaben. Mit der Diktatur der Bourgeoisie sind sie auf Gedeih und Verderb verbunden, aber sie sind nicht mit der Bourgeoisie des eigenen Landes auf Gedeih und Verderb verbunden. Sie sind auch bereit, die Teilhabe an der politischen Macht mit Hilfe des Drucks der Sozialimperialisten zu erobern.

In Westeuropa verschärfen sich die Klassenkämpfe, und es gibt Zusammenstöße zwischen der Arbeiterbewegung und der bewaffneten Macht der Bourgeoisie. Die imperialistische Konkurrenz um Märkte, Rohstofflager und Kapitalanlagesphären wird den Krieg um die Neuaufteilung der Welt hervorbringen, wenn er nicht durch die Revolution in einigen Ländern verhindert wird. Die Entwicklung des Klassenkampfes wird bewaffnete Zusammenstöße zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie und den Bürgerkrieg hervorbringen. Wenn die Arbeiterklasse den Krieg nicht durch die Revolution verhindern kann, dann ist es ihr Interesse, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie umzuwandeln, um den Krieg zu beenden und die Diktatur der Bourgeoisie zu stürzen. Die Revisionisten werden der Arbeiterklasse in all diesen Kämpfen in den Arm fallen. Sie tun es schon heute. Nur mit Hilfe der Revisionisten ist es der Bourgeoisie gelungen, die Demonstration gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf zu spalten. Dort hat sich auch gezeigt, welch gefährliche Rolle die verschiedenen Spielarten der organisierten Opportunisten spielen. Wo die Revisionisten ihre Rolle ausgespielt haben und die Massenbewegung über sie hinweggegangen ist, dort übernehmen die Opportunisten ihre Rolle, die Massen im Kampf gegen den bürgerlichen Staat zu entwaffnen. Wird ihnen nicht das Handwerk gelegt, dann enden die Kämpfe der Massen regelmäßig in



Im Kampf gegen die Imperialisten und Kapitalisten besetzten die Arbeiter zahlreiche Fabriken.

Niederlagen, die um so blutiger sein werden, je weiter die Klassenkämpfe sich entwickelt haben und die unvermeidlichen Zusammenstöße zwischen Arbeiterbewegung und Staatsapparat an Stärke und Umfang bereits gewonnen haben.

In Chile haben die Revisionisten die Arbeiterklasse einer blutigen Niederlage ausgeliefert. Mit einer wahren Papierflut versuchen die Revisionisten und Opportunisten diese Wahrheit zu verschütten. Solange die internationale Arbeiterklasse die Ursache der Niederlage der chilenischen Revolution nicht erkannt hat, bleibt diese Niederlage eine bedrückende Last für die internationale Arbeiterbewegung. Solange kann diese Niederlage durch die chilenische Arbeiterklasse nicht in einen Sieg umgewandelt werden, was die Befreiung von der Herrschaft der Revisionisten in der Arbeiterbewegung voraussetzt, solange drohen entsprechende Niederlagen in allen Ländern, in denen die Arbeiterklasse darangeht, den Sturz der Herrschaft des Imperialismus vorzubereiten.

Die Revisionisten wissen, warum sie beharrlich daran arbeiten, die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung mit ihren Verbrechen in Chile zuzuschütten. Die Revolutionäre müssen deshalb beharrlich daran arbeiten, diese Erfahrungen lebendig zu halten und vollständig zu verstehen.

Die Revisionisten versuchen die Zersetzung des bewaffneten Apparates der Bourgeoisie zu verhindern, weil sie ihn übernehmen wollen

Die Herrschaft der Revisionisten kann nur auf Unterdrückung der Arbeiterklasse beruhen und das Instrument dieser Unterdrückung kann nur der bürgerliche Staatsapparat sein, den die Revisionisten deshalb möglichst intakt übernehmen wollen. Sobald sie sich deshalb ihrem Ziel nahe wähnen, gehen sie zum direkten Angriff auf die Arbeiterbewegung über, während sie die bewaffnete Macht der Bourgeoisie verteidigen. Das ist eine Lehre der Klassenkämpfe in Chile.

1971, als die Revisionisten bereits an der Regierung waren und in der Regierung die entscheidende Stellung errungen hatten, sagte Luis Corvalan:

„Die Streitkräfte Chiles zeichnen sich durch traditionelle Respektierung der von der Verfassung festgelegten Normen, durch ihre hohe Berufsmoral aus. Sie haben gute Beziehungen zur Regierung. (...) Natürlich dürfen wir nicht vergessen, daß die Reaktionäre in Chile und außerhalb des Landes nach wie vor versuchen werden, in unseren Streitkräften gewisse Elemente ausfindig zu machen, deren man sich für irgendein Abenteuer bedienen könnte. Das war z.B. 1969 der Fall. Die in der chilenischen Armee herrschenden Tendenzen sind dem



Geist der Abenteuer und der Beteiligung an einer Politik im Interesse der finsteren Kräfte jedoch absolut entgegengesetzt." (Corvalan, Reden und Aufsätze, Seite 58/59)

Solange der bewaffnete Apparat der Bourgeoisie intakt ist, sind die „herrschenden Tendenzen" in diesem Apparat die Interessen der Bourgeoisie, die die Bourgeoisie mit Hilfe des Offizierskorps in der Armee durchsetzt. Das Offizierskorps besteht aus Bourgeois und aus Leuten, die durch die Bourgeoisie eingekauft sind und ökonomisch und sozial mit der Bourgeoisie verschmolzen sind. Die „Tendenzen" der Bourgeoisie herrschen in der bürgerlichen Armee mit Hilfe des Systems von Befehl und Gehorsam, d.h. durch Unterdrückung der Soldaten, die aus den besitzlosen Klassen und Schichten gezogen oder geworben sind.

Naivität Corvalans? Falsche Auffassungen über die bürgerliche Armee? Nein, hier handelt es sich um Interessen und Absichten. Die Revisionisten wußten ganz genau, daß sie sich gegenüber der Arbeiterklasse und den Bauern nur an der Macht halten konnten mit Hilfe der bürgerlichen Armee und zu diesem Zweck wollten sie die Offiziere auf ihre Seite ziehen. Chile gilt als Musterbeispiel für den friedlichen Übergang zum Sozialismus. Der Kern dieser Theorie ist der Offiziersputsch und die Ablösung einer bürgerlichen Clique durch die andere mit Hilfe der Übernahme des bewaffneten Apparates.

Corvalan beruft sich auf die von der Verfassung festgelegten Normen und auf die hohe Berufsmoral der Armee, d.h. des Offizierskorps. Die Normen, die durch die Verfassung festgelegt waren, waren die Normen der Bourgeoisie, die mit Hilfe der bewaffneten Macht gegen die Arbeiterklasse und die Bauern durchgesetzt werden. Wenn Corvalan von der „hohen Berufsmoral" der chilenischen Armee spricht, dann fragt sich, was der „Beruf" der bürgerlichen Armee ist. Er besteht in erster Linie darin, zu verhindern, daß der Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Volksmassen auf der einen Seite und den herrschenden Klassen auf der anderen Seite die Klassengesellschaft sprengt. Er besteht in der Unterdrückung der Arbeiterklasse. In zweiter Linie besteht der „Beruf" der Armee darin, den Widerspruch zwischen den herrschenden Klassen der verschiedenen Länder durch militärische Gewalt zugunsten der eigenen herrschenden Klasse zu lösen. Die herrschenden Klassen in Chile sind die Großgrundbesitzer und die bürokratische Bourgeoisie, die sich auf Gedeih und Verderb mit dem US-Imperialismus verbunden haben und von ihm abhängig sind. Corvalans Bemühungen liefen darauf hinaus, mit Hilfe der Armee die Herrschaft des US-Imperialismus und ihrer Verbündeten, der Großgrundbesitzer und der chilenischen Kompradorenbourgeoisie, durch die Herrschaft der Sozialimperialisten mit einer neuen bürokratischen Bourgeoisie als einheimischen Vasallen abzulösen. Dafür ist der Putsch kein illusorisches Mittel. Untersucht man das Ziel der Revisionisten, dann ist auch klar, daß man Corvalan nicht als Illusionär oder so was angreifen kann, sondern als gefährlichen Feind und Unterdrücker der Arbeiterklasse und der Bauern.

Die chilenische Junta, die die Regierung der UP gestürzt hat und seither die Arbeiterklasse und die Bauern in Chile blutig unterdrückt, hat zur



Rechtfertigung ihrer Massaker stets einen von den Revisionisten geplanten Putsch herangezogen. Die Revisionisten haben diese Pläne weit von sich gewiesen. Mag sein, daß sie keine Putschpläne hatten. Die Ursache liegt darin, daß sie glaubten, bereits einen erfolgreichen Putsch hinter sich zu haben und sicher im Sattel zu sitzen. Dieser Putsch der Revisionisten richtete sich genauso wie der Putsch der Junta gegen die Arbeiter und Bauern in Chile. Innerhalb der Bourgeoisie lief er bloß auf einen Machtwechsel zwischen einer herrschenden Clique durch die andere hinaus.

1972 hat das chilenische Parlament ein Gesetz zur „Waffenkontrolle" verabschiedet. Es war von einem Christdemokraten eingebracht und richtete sich gegen die revolutionäre Bewegung der Arbeiter und Bauern. Dieses Gesetz hätte durch ein Veto der UP-Regierung verhindert werden können. Die Regierung hat jedoch „vergessen", ihr Veto gegen dieses Gesetz einzulegen, so daß es in Kraft trat und die Armee polizeiliche Vollmacht hatte, durch Haussuchungen etc. die Massen zu unterdrücken und ihre Organisation zu zerschlagen. Die Zeugnisse über die Überfälle der Armee auf die chilenischen Arbeiter und Bauern noch vor dem Putsch der Junta sind zahlreich. All diese Zeugnisse bestätigen die „hohe Berufsmoral" der chilenischen Armee, die sich dann auch nach dem Putsch der Junta weiterbewährte. Ein Beispiel:

„In Puntas Arenas, einer Stadt mit 70 000 Einwohnern, sind 7 000 Soldaten stationiert. Am Morgen des 4. August umzingelten mindestens 800 das Industrieviertel. Sie trugen keinerlei militärische Rangabzeichen ... Um acht Razzien durchzuführen, benutzten sie Tanks, MGs und aufgesetzte Bajonette. Ein zweimotoriges Flugzeug der chilenischen Luftwaffe überflog ständig das Viertel. Der Oberbefehlshaber Manuel Torres de la Cruz leitete das Unternehmen aus der Luft. Das Ergebnis war: ein Arbeiter ermordet, ein anderer verwundet und viele verprügelt. Waffen wurden nicht gefunden, aber die Uniformierten kannten Namen, Adresse und politische Zugehörigkeit jedes Gewerkschaftsführers." (Chile Hoy, 17.08.73)
führers." (Chile Hoy, 17.08.73)

Die Putschisten der US-Imperialisten hatten bloß Erfolg, weil sie es mit der UP in der Hauptsache mit Putschisten des Sozialimperialimus zu tun hatten. Zwischen diesen Cliquen ist die Arbeiter- und Bauernbewegung zerrieben worden, um dann von den Putschisten des US-Imperialismus zerschlagen zu werden, nachdem es den Corvalan und Konsorten nicht gelungen war, die Armee wunschgemäß zu ihrem Instrument gegen die Arbeiterklasse zu machen und sich die Herrschaft, die sie bereits in Händen wähnten, nicht sichern konnten. Da sich ihre Regierung dem Wesen nach gegen die Arbeiter und Bauern richtete, war ihre Hoffnung auf Übernahme der Armee nicht illusionär, sondern der einzige Weg für diese Leute die Macht zu verteidigen, die sie sich erschlichen hatten. Man hört die Revisionisten und Opportunisten aufschreien. „Ihr macht das Geschäft der Junta" wird man alsbald in dem Opportunistenblatt „Arbeiterkampf" lesen können. Nein, wir enthüllen bloß eine schlichte Wahrheit und die tut bloß jenen weh, die unter dem Vorwand, der Arbeiterklasse zu dienen, die größten Verbrechen gegen die Arbeiterklasse vorbereiten und begehen. Die Absicht der Revisionisten war, mit Hilfe der bürgerlichen Armee, die Macht zu sichern, die sie sich erschlichen hatte und diese Macht richtete sich im Interesse einer bürokratischen Bourgeoisie ihrem Wesen nach von vornherein gegen die Interessen der Arbeiter und Bauern. Ihre Methode war der Putsch, und der sogenannte friedliche Übergang zum Sozialismus kann auch in gar nichts anderem bestehen als im Putsch einer Clique der herrschenden Klasse zwecks Ablösung einer anderen Clique der herrschenden Klasse. Das Wesen dieses Putsches ist die Unterdrückung der Revolution. Soll niemand aufschreien über diese Feststellungen,

sondern soll, wer aufschreit, die Quellen der Revisionisten nachlesen. Nachdem sie mit ihren Absichten an den Machenschaften des US-Imperialismus gescheitert sind, dessen Rolle sie dem Sozialimperialismus übertragen wollten, lassen sie das putschistische, gegen die Arbeiterklasse gerichtete Wesen ihrer Politik immer offener heraus. Teitelboim, führender chilenischer Revisionist, jetzt im sozialimperialistischen Exil, schreibt in einem Aufsatz „Die Frage der Armee muß neu durchdacht werden". Was kommt heraus, wenn ein Revisionist die Rolle der Armee „neu durchdenkt"? Folgendes:

„Um eine friedliche Entwicklung der Revolution zu gewährleisten, müssen die reaktionären Kreise in den Streitkräften gehindert werden, letztere zum Henker und Unterdrücker der Volksbewegung zu machen." (Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1/77) Nach wie vor soll die Armee erhalten bleiben, denn sie soll ja übernommen werden durch die bürokratische Bourgeoisie, die sich die Macht im Staatsapparat erschleichen will. Das heißt „friedliche Entwicklung der Revolution". Die Armee der herrschenden Klasse ist der Henker und Unterdrücker der Volksbewegung. Daran wollen die Revisionisten nicht rütteln, dazu brauchen sie sie. Aber sie soll nicht durch die Reaktionäre, sondern durch die revisionistischen Reaktionäre als Henker und Unterdrücker der Volksbewegung gebraucht werden, welche Absicht ja auch die „Vergeßlichkeit" gegenüber dem Gesetz zur Waffenkontrolle erklärt. Die einzige Lehre, die die revisionistischen Putschisten ziehen, ist, daß der Putsch konsequent gemacht werden muß und daß der Staatsapparat nicht nur übernommen, sondern sofort ausgebaut werden muß.

„Lange Zeit blieben in der Führung der Armee und Polizei Menschen, die sich vor der Erfüllung ihrer Pflichten drückten. Die Stimmungen vieler hoher Militärs waren nicht genügend bekannt (Pinochet ist das frappanteste, doch bei weitem nicht einzige Beispiel). In verhängnisvoller Weise versagten die Informationsdienste, in denen Verschwörer am Werk waren." (Probleme des Friedens und des Sozialismus 1/77)

Gescheitert seien die Revolutionäre also an der mangelhaften Erforschung der „Stimmung" eines Teils der Generale und am Versagen des „Verfassungsschutzes" der herrschenden Klasse. In Wirklichkeit ist die Revolution durch die Revisionisten gespalten und unterdrückt worden. Das ist auch die Ursache, warum es der Arbeiterklasse nicht gelungen ist, die Armee zu zersetzen, um sie für die Zerschlagung reif zu machen, sondern die Armee intakt geblieben ist und sich verschiedene Cliquen streiten konnten, wer sie gegen die Revolution und für welche Supermacht einsetzt.

Die Politik der Revisionisten war von vornherein gegen die Arbeiterklasse und die Bauern gerichtet und sollte der Errichtung der Herrschaft einer bürokratischen Bourgeoisie dienen

Die Revisionisten können nicht die Macht erschleichen, ohne an die Interessen der Arbeiterklasse anzuknüpfen und durch Verdrehung dieser Interessen die Arbeiterklasse in die Irre zu führen. Sie brauchen eine parlamentarische Basis, und als solche ist ihnen die Arbeiterklasse gerade recht. Deshalb reden sie von Sozialismus und nicht von dem, was sie wollen und machen. Gemacht haben die Revisionisten zweierlei:

Sie haben die Bauern in der Bodenfrage betrogen und sie haben die Arbeiterklasse gespalten, indem sie den politischen Kampf für den Sozialismus gegen den wirtschaftlichen Kampf zur Verteidigung der Arbeitskraft ausspielten, um durch die Behauptung, die Sozialisierung schreite voran, die elementaren Interessen der Arbeiterklasse zu unterdrücken. Für die landlosen und armen Bauern in Chile ist die Bodenfrage der Springpunkt ihres Kampfes gegen Großgrundbesitz und Imperialismus. Indem die Arbeiterklasse die Bauern bei der demokratischen Lösung der Bodenfrage unterstützt, gewinnt sie die Bauern für den Sozialismus. Solange es arme und landlose Bauern gibt, kann es ohne demokratische Lösung der Bodenfrage keinen Sozialismus auf dem Land geben. Zur Lösung der Bodenfrage müssen die Arbeiter und Bauern unter Führung der Arbeiterklasse ihre politische Herrschaft errichten und den Großgrundbesitz enteignen, wobei die Arbeiterklasse das Bündnis zu den Bauern nur aufrechterhalten kann, wenn sie ihren Willen in der Bodenfrage strikt respektiert und ihnen nicht irgendwelche Lösungen aufzwängt, die für die Bauern keine Lösung sind. Die Revisionisten und unter ihrer Führung die Regierung der Unidad Popular sind natürlich anders vorgegangen, denn sie hatten nicht den Sozialismus im Sinn, sondern die Herrschaft einer bürokratischen Bourgeoisie. Ihre ganze Landreform, die sie natürlich an die Arbeiterklasse als „sozialistische Maßnahme" verkaufen wollten, war nichts als ein Akt der polizeimäßigen Unterdrückung der Bauernbewegung.

Sowieso hatte Allende sich vor seiner Wahl, der die Christdemokraten zustimmen mußten, zur Erklärung zwingen lassen, die bestehenden Gesetze zu respektieren. Die bestehenden Gesetze aber schützten die Großgrundbesitzer. Das waren die „von der Verfassung festgelegten Normen", die durch die Armee mit „hoher Berufsmoral" geschützt wurden. Soweit also Enteignungen vorgenommen wurden, wurden sie gegen Entschädigungen vorgenommen. Die Enteignungen wurden durch den Staatsapparat der herrschenden Klasse vorgenommen. Die Enteignung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel durch die Bauern war verboten. Vieh, Maschinen usw. kamen also grundsätzlich nicht in die Hand der Bauern. Die Gesetze blieben in Kraft, die dem Großgrundbesitzer das Recht gaben, mit Polizeigewalt die „illegalen" Besetzungen seines Grundstückes zerschlagen zu lassen. Wenn in den zwei Jahren der Regierung der Unidad Popular (September 1970 bis März 1972) dennoch 2 193 Latifundien enteignet wurden, dann nur mit dem Zweck, sie in bürokratisches Eigentum des bestehenden Staatsapparates zu verwandeln, den sich die Revisionisten unter den Nagel reißen wollten, um das Eigentum an den Produktionsmitteln für die bürokratische Bourgeoisie zu sichern, deren Klasseninteressen sie repräsentieren. Der Trotzkist Arno Münster beschrieb diese Politik der Revisionisten begeistert, wobei man sich daran erinnern muß, daß die Trotzkisten schon immer ihre Aufgabe darin sahen, die Arbeiter und Bauern zu spalten, die Bauern zu unterdrükken, um die Herrschaft der Arbeiterklasse wie in Rußland zu beseitigen oder wie in China und in anderen Ländern der Dritten Welt zu verhindern:



Am 19. Juni 1973 besetzten ungefähr 5 000 Arbeiter 39 Ländereien von Maipu. Sie forderten die Enteignung von 22 Ländereien, „bei geschlossenen Türen und ohne Reserve", d.h., daß der Grundbesitz mit vollem Vieh- und Maschinenbestand den Bauern und Landarbeitern übergeben wird.

„Um das individualistisch-kapitalistische Denken der Bauern im Keime zu ersticken und kein neues Interesse am Individualbesitz von Grund, Boden und Produktionsmitteln zu wecken, sah die Agrarreformkommission der UP davon ab, den Boden einfach unter die Bauern zu verteilen. Sie zog es vor – sicher nicht ohne Beeinflussung durch das kubanische Modell der Staatsgüter – , die Latifundien in vergesellschaftetes Eigentum zu verwandeln, das in Kooperativen kollektiv bewirtschaftet wird. Juristisch ist das enteignete Latifundium Staats- bzw. Volksbesitz. Lediglich Haus und Garten verbleiben den Bauern als kleiner Privatbesitz." (Chile – friedlicher Weg?, S.102)



Das war eine teuflische Taktik der Revisionisten: Über den Staatsapparat die Bodenfrage im Sinne der bürokratischen Bourgeoisie, also gegen die Interessen der Arbeiter und Bauern, zu „lösen" und das Ganze gegenüber den Arbeitern und Bauern als Sozialismus zu rechtfertigen. Das war der beste Weg, Bauern und Arbeiter zu spalten, die Bauern gegen die Arbeiter aufzubringen, in deren Namen sie der bürokratischen Bourgeoisie unterworfen wurden, und die Arbeiter gegen die Bauern aufzubringen, indem ihr Widerstand und ihre Apathie gegenüber diesen Maßnahmen als Ausfluß des „individualistisch-kapitalistischen Denkens der Bauern" diffamiert wurde, während gerade der revolutionärdemokratische Schwung der Bauernbewegung gebrochen und unterdrückt wurde, auf dessen Grundlage die Arbeiter die Bauern zum Sozialismus führen können.

Durch die Politik der Regierung der UP wurde die revolutionäre Bauernbewegung für rückständig erklärt. Durch die Politik der UP-Regierung wurden auch die elementaren Interessen der Arbeiter für rückständig erklärt. Gegen die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter wurde gehetzt und hetzen die Revisionisten noch heute als Ursache für die Inflation unter der Regierung der UP. Corvalan damals:

„Festsetzung fixer Preise und Erhöhung der Löhne über das vorgesehene Niveau hinaus bedeuten nicht selten, daß Betriebe des staatlichen Sektors mit Verlust arbeiten. Die Demagogie des Klassenfeindes und einiger ‚linker' Kreise läßt die Tendenz zu überhöhten wirtschaftlichen Forderungen aufkommen." (Reden, Seite 67)

Der Revisionist Hugo Fazio meint dazu heute:

„Zum konkreten Ausdruck der Maßnahmen, die die Desorganisation förderten, wurde der Ökonomismus, der von der Ultrarechten und Ultralinken eifrig angeheizt wurde und auch in den Reihen der Unidad Popular zu Tage trat." (Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1976, S. 508)

Der Arbeiterklasse die Herrschaft einer bürokratischen Bourgeoisie, die sich mit Hilfe des Staatsapparates und der Armee die Macht erschleichen will, als große Errungenschaft der Arbeiterklasse zu verkaufen, um die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter besser mit Füßen treten zu können, das war die Taktik der Spaltung der Arbeiterklasse durch die Revisionisten. Nutznießer dieser Taktik sollte neben der bürokratischen Bourgeoisie der Sozialimperialismus sein. Mit dem Ausverkauf des Landes und seiner Reichtümer an die Sozialimperialisten hatten die Revisionisten bereits begonnen, und das wurde natürlich als brüderliche Unterstützung der Sowjetunion an den Mann gebracht. So mußte Chile einen Kredit der Sowjetunion nicht nur verzinsen, sondern in Form von Kupfer zurückzahlen, für das die Sozialimperialisten nur die Hälfte des Weltmarktpreises, der damals extrem niedrig stand durch die Machenschaften der US-Imperialisten, zahlten. (KVZ 4/1973) Den Kupferarbeitern, die für höhere Löhne eintraten, aber warfen die Revisionisten Ökonomismus vor. Der Blutegel schreit Zeder und Mordio, wenn sich sein Opfer wehrt. Er schreit: Du nimmst mir mein Blut weg und unternimmst Maßnahmen der Desorganisiation.

Die Revisionisten haben die Forderung nach Volksbewaffnung stets als Zersetzung und Abenteurertum abgelehnt. Sie haben eine Politik betrieben, die nicht die Armee, sondern die Kräfte des Volkes zersetzt hat. So konnte die Arbeiterbewegung nicht die Armee zerschlagen, sondern die herrschenden Klassen konnten mit der Armee die Arbeiterbewegung zerschlagen. Wird diese Erfahrung durch die internationale Arbeiterbewegung nicht verarbeitet, dann haben die Arbeiter und Bauern, die von den Revisionisten den Schlächtern der Junta ausgeliefert worden sind, umsonst ihr Blut gelassen. Das wird niemals der Fall sein. Noch so viel Tonnen Papier werden das nicht zustande bringen.

Es ist ganz klar, daß diese Lehren der Klassenkämpfe in Chile überall dort gelten, wo Revisionisten und Opportunisten sich die Arbeiterbewegung unterwerfen wollen, und nicht nur in Ländern, in denen unmittelbar die neudemokratische Etappe der Revolution auf der Tagesordnung standen.

Sie gelten gerade auch für die Bundesrepublik, wo mit der Solidarität mit Chile von den gleichen Leuten ihr Schindluder getrieben wird, die die Kämpfe der Arbeiter und Bauern spalten und schon heute, wo sie fast nichts sind, nichts anderes im Sinn haben, als auf Kosten der Arbeiterbewegung alles zu werden.

Man versteht auch die Erfahrungen von Brokdorf besser, wenn man sich die Erfahrungen der Klassenkämpfe in Chile aneignet. – (Z.-Red.)

1. Mai – Arbeiter und Bauern kämpfen gegen das imperialistische Energieprogramm

Du bist Mitglied der Bürgerinitiative Elmshorn. Als wichtige Aufgabe steht jetzt der 1. Mai an. Was hast Du am letzten 1. Mai gemacht und warum hast Du Dich in der Bürgerinitiative organisiert?

Am letzten 1. Mai habe ich nichts gemacht. Ich bin Lehrling im öffentlichen Dienst. Ich bin in die ÖTV gegangen, weil man sich gegen den Dienstherrn zusammenschließen muß. Den Kapitalisten darf man die Kernkraftwerke nicht in die Hand geben, weil sie nur Profit machen wollen und es ihnen egal ist, was das für Folgen hat.

Ich bin Bauernsohn und kenne so die Lage der Bauern selbst aus eigener Erfahrung und weiß natürlich, was es heißt, für andere arbeiten zu müssen und ausgebeutet zu werden. Deshalb weiß ich auch, daß die Arbeiter und Bauern im Kampf gegen die Atomkraftwerke die gleichen Interessen haben. Darum habe ich mich in der Bürgerinitiative Elmshorn organisiert, denn die Arbeiter und Bauern zusammen werden die Atomkraftwerke verhindern.

Wer gehört alles zu Eurer Familie?

Wir sind: Meine Eltern und vier Kinder. Mein Bruder ist beim „Bund" zur Zeit. Er ist zwanzig, meine Schwester ist Hauswirtschaftsleiterin, außer Haus, dann ich, ich bin 17 Jahre alt, mein kleiner Bruder ist 13 und Realschüler.

Wer von Euch arbeitet alles mit auf dem Hof und wie lange?

Das ist so: Wenn mein Bruder zu Hause ist, und auch ich am Wochenende arbeite mit und mein kleiner Bruder soviel, wie er eben schafft, und mein Vater und meine Mutter ganztägig.

Wie lange arbeitet Dein Vater am Tag durchschnittlich?

Es ist so, daß die Arbeitszeit nicht gleichmäßig ist. Im Winter arbeitet mein Vater 11 Stunden im Schnitt am Tag und im Sommer, in der Erntezeit 14 Stunden. Das ist das Extreme in dieser Zeit.

Was erzeugt Ihr?

Wir melken zur Zeit 19 Milchkühe. Es ist so, daß wir reine Milchviehhaltung haben und nur im Sommer Heu einfahren und Stroh kaufen. Wir haben nur Weideland und sind auf Milchwirtschaft spezialisiert.

Welche Maschinen sind da?

Wir haben einen Trecker, der ist ca. zehn Jahre alt und ziemlich klein, 28 PS, der wird es also auch nicht mehr lange machen, so daß also eine ziemlich große Investition auf uns zukommt. Und dann haben wir also zwei einsatzfähige Anhänger, eine ziemlich neue und auch ziemlich moderne Heupresse, einen Miststreuer, und Bearbeitungsgeräte fürs Heu, also für das Wenden, zum Einfahren und so. Wir haben vor anderthalb Jahren eine neue Melkmaschine gekriegt, und eine Milchkühlanlage mußte man sich auch anschaffen, weil die Milch nur noch einmal pro Tag abgeholt wurde. Dabei war es so, daß uns von der Meiereigenossenschaft, der Hansano in Hamburg, Firmen angeboten wurden, man hatte also die Auswahl zwischen zwei Arten von Kühlsystemen, wobei es so war, daß das, von dem sie offensichtlich wollten, daß es lieber verkauft werden sollte, das bei dem jetzt laufend zusätzliche Investitionen vorgenommen werden müssen, in dem System ist ein ziemlich starker Verschleiß.

Welche Maschinen müssen deiner Meinung nach jetzt gekauft werden, um den Hof gut bewirtschaften zu können, um weiter leben zu können?

Ja, erstens zur Melkanlage. Da ist ziemlich dringend erforderlich eine automatische Absauganlage, die die Milch beim Melken gleich in das Kühlsystem einpumpt, weil das Schleppen der Melkeimer aufhören würde, die sind ziemlich schwer, wenn da so 20 Liter Milch drin sind. Diese Absauganlage würde ca. zwischen 1 500 DM und 2 000 DM kosten für den Hof. Dann ist es so, daß unser Trecker schon ziemlich altersschwach ist, daß also ein neuer her müßte, um konkurrenzfähig zu bleiben. Ein neuer Trecker in der Größenordnung, wie wir ihn schon brauchen würden, würde knapp 20 000 DM kosten. An so was ist für uns zur Zeit überhaupt nicht zu denken. Möglichkeit wäre, den Hof zu verschulden, allerdings ist es ja bekannt, daß man von solchen Schulden nicht wieder runterkommt, daß man planmäßig weiter ruiniert wird.

Wie denkt sich Dein Vater, daß er ohne den neuen Trecker weiterwirtschaften und den Hof weiter halten will, weil ja auch andere Anschaffungen anstehen?

Es ist so, daß mein Vater vor einem halben Jahr einen Herzinfarkt hatte und seitdem macht er sich Gedanken über die Lage, wie es jetzt weitergehen soll. Und zwar ist es so, daß wir einen ziemlich kleinen Hof haben, 18,5 Hektar, und daß er es höchstens noch fünf oder sieben Jahre wird machen können. Mein Vater ist jetzt 55, und da ist es so, daß keiner von uns bereit ist, den Hof weiterzuführen, denn auf längere Sicht wird man davon nicht leben können.

Wie hoch ist das Einkommen Deines Vaters im Jahr oder im Monat?

Ja, ich gehe mal davon aus, was die Hansano monatlich an uns auszahlt, wovon alles bezahlt werden muß, das zugekaufte Viehfutter usw. und was die Familie braucht. Durchschnittlich übers Jahr sind es ca. 3 000 DM Gesamteinnahmen pro Monat, die genauen Kosten kann ich im Monat nicht sagen.

Was wirst Du zu diesem 1. Mai unternehmen?

Ich habe in unserer ÖTV-Betriebsjugendgruppe einen Brief an den DGB-Ortsvorsitzenden mit verabschiedet, mit dem statt einer internen Funktionärssitzung, die die Vorstandsmehrheit auf dem 1. Mai machen will, eine Demonstration gefordert wird. Wir rufen dazu unter folgenden Forderungen auf: Kein Kernkraftwerk in Brokdorf oder anderswo! Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden! Weg mit dem § 218! Übernahme aller Lehrlinge! Für 6 Wochen bezahlten Urlaub!



„Innerlandwirtschaftliche Einkommensdifferenzierung"

Mehr Steuern als Jahresverdienst für die kleinen und mittleren Bauern und gesetzliche Landvertreibung

„Die längerfristige Einkommensentwicklung – und allein das ist das Entscheidende – ist seit 1968/69 in der Landwirtschaft ähnlich verlaufen wie in der übrigen Wirtschaft. Die Landwirtschaft hat an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung teilgenommen."

Dies behauptet Ertl in einer Rede zum Agrarbericht der Bundesregierung vor ca. einem Monat. In Zukunft soll „noch mehr als bisher" „die innerlandwirtschaftliche Einkommensdifferenzierung" geachtet werden.

Jeder Arbeiter und Werktätige weiß aus eigener leiblicher Erfahrung, wie es um diese „Wohlstandsentwicklung" bestellt ist und wird sogleich eine grobe Vorstellung von der Lage der kleinen und mittleren Bauern haben.

Die „Einkommensdifferenzierung" wird von den Sozialdemokraten mit Eifer betrieben. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 11 auf 13 Prozent haben sie gerade beschlossen. Was das für einen mittleren Bauern bedeutet, wird am Beispiel klar:

Der Bauer verfügt über 20 Hektar Land, gerade genug, um sich noch vor dem Ruin zu halten. Zusätzlich betreibt er Schweinezucht. Er hat 420 Schweine. Das Futtermittel muß er bei der Genossenschaft kaufen, die fest in der Hand der Banken ist. Die Preise für die Betriebsmittel bestimmen die Kapitalisten und Großbauern, die das Monopol über diese Waren besitzen.

Um ein Schwein um 80 kg schwerer zu füttern, braucht er fünf Monate und verfüttert ca. 260 kg Futtermittel. Ein Ferkel kostet (20 kg schwer) 110 DM. Er verfüttert Sojaschrot und Fischmehl. Ein Doppelzentner Sojaschrot kostet ihn ohne Mehrwertsteuer 58,55 DM, ein Doppelzentner Fischmehl 114,41 DM. Er verfüttert 100 kg Sojaschrot und 160 kg Fischmehl.

Im folgenden die Rechnung für die Kosten an Futter ohne und mit Mehrwertsteuer und mit der Erhöhung:

	ohne MWSt	11 % MWSt	13 % MWSt
100 kg Sojaschrot	58,55	65,00	66,20
160 kg Fischmehl	182,81	203,09	206,63
	214,36	268,09	272,83

Bei 420 Schweinen erhält der Staat bei 11 Prozent Mehrwertsteuer in 5 Monaten als Anteil vom Futter 22 566,60 DM. Das ist ungefähr die Summe, die der Bauer im ganzen Jahr verdient. Bei einer Erhöhung auf 13 Prozent Mehrwertsteuer preßt ihm der Staat 24 557,40 DM ab. Dies sind erkleckliche Summen. Es ist das Geld, das der Bauer für Maschinerie, neue Ställe und ähnliches braucht. Solche Investitionen kann er wiederum nur über Kredite, die er verzinsen muß, tätigen. Er wird versuchen, die Verschuldung durch Mehrarbeit auszugleichen. Nach Angaben des Agrarberichts ist die Wertschöpfung je Arbeitskraft in der Landwirtschaft im letzten Jahr um 23 Prozent gegenüber dem Wirtschaftsjahr 1974/75 gestiegen. Hat er aber bereits alle Möglichkeiten der Mehrarbeit ausgeschöpft, arbeitet er bereits bis zum Umfallen, treibt es ihn nur um so rascher zum Ruin.

Den Wert seiner Produkte kann er zudem beim Verkauf nicht realisieren. Der Großbauer drückt mit seiner rationelleren Maschinerie und seinen technischen Anlagen auf den Preis.

„Die Preisentwicklung, meine Damen und Herren," sagt Ertl, „muß an den leistungsfähigen Vollerwerbsbetrieben ausgerichtet sein."

Gegenwärtig liegt der Erzeugerpreis für Schweinefleisch bei 3,50 DM pro Kilo. Das Schwein wiegt nach 5monatiger Fütterung 110 kg. Der Bauer erhält beim Verkauf 385 DM. Er hatte aber bereits für das Ferkel 110 DM bezahlt und 272,83 DM verfüttert. Er hatte also Unkosten von 382,83 DM, die Kosten für Strom, den Tierarzt, die Fahrt zum Schlachthof und die Arbeitskraft des Bauern nicht mitgerechnet. Er kann zwar ein besseres Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben erreichen, indem er selbst Ferkel züchtet und Futtermittel anbaut, daß er sich verschulden muß, ist jedoch sicher. Neben der Ausplünderung über die indirekten Steuern, an deren Abschaffung die Bauern ein unmittelbares Interesse haben, plant die Regierung über eine Änderung des Einkommenssteuergesetzes die Bereicherung an den Bauern über die direkten Steuern weiter zu entwickeln (vergleiche KVZ Nr. 3/77).

Die Konzentration des Kapitals in der Landwirtschaft geht den Kapitalisten jedoch noch zu langsam.

„Das Kernstück", so Ertl, „ist das einzelbetriebliche Förderungsprogramm. Wir können es uns einfach nicht leisten, heute eine Anzahl von landwirtschaftlichen Betrieben ... zu einer sich selbst überlassenen Größe zu degradieren. (...) Staatliche Eingriffe müssen Rahmenbedingungen schaffen."

Was Ertl damit meint, ist ein von der Bundesregierung in den letzten Jahren großangelegtes Programm des Bauernlegen. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist im letzten Jahr um 1,7 Prozent gesunken, worunter hauptsächlich Betriebe unter 20 Hektar fallen. Im Durchschnitt nahmen nur noch Betriebe ab der Größenklasse 30 Hektar zu, in Schleswig-Holstein sogar erst ab 40 Hektar.

Unter den Namen „Verbesserung der Struktur, Landschaftsschutz und Flurbereinigung" laufen die Maßnahmen, die die kleineren Bauern daran hindern, ihre Produktion umzustellen oder zu erweitern oder sie direkt zwingt, ihr Land abzugeben.

Im August letzten Jahres hat die Regierung den „Rahmenplan zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" vorgelegt. Er enthält einen Förderungskatalog für die kapitalistischen Großbauern. Gefördert wird, wer eine genaue Buchführung macht und einen Investitionsplan vorlegt, in dem er nachweist, daß die geplanten Investitionen sich in 4 Jahren bereits auszahlen. Der Mindestbetrag der Investition muß 20 000 DM betragen, der Höchstbetrag liegt bei 600 000 DM. Die Förderung besteht in der Gewährung von Krediten mit einem Zinssatz von 3 bis 5 Prozent und einer Laufzeit von 15 bis 20 Jahren. Hinzu kommen Zuschüsse bei Umstellung bzw. Ausrichtung der Produktion und baulichen Investitionen wie beheizte Ställe, Fischzuchtanlagen, beheizte Trochenhäuser usw. Förderungen für Maschineninvestitionen, die vor allem die kleinen und mittleren Bauern brauchen könnten, sind ausgeschlossen.

Man sieht also, wie die „Einkommensdifferenzierung" mit den Förderungen aus Steuergeldern betrieben wird.

Ein Kernstück der „Agrarverbesserungen" ist die Bildung von „Landauffang- und Ansiedelungsbetrieben". Diese werden gebildet „zum Zwecke des Landauffangs für die flächenmäßige Vergrößerung von Betrieben, ... um örtlich eine sinnvolle Zahl von entwicklungsfähigen Betrieben zu erhalten" (Rahmenplan). Ist ein Betrieb zum Landauffangbetrieb erklärt worden, erhält er zinsverbilligte Kredite zum Ankauf von Land, die bis zu 90 Prozent, in Ausnahmen auch 100 Prozent des Grundstückes betragen. Zusätzlich erhält der Besitzer des Landauffangbetriebes Zulagen pro Hektar von 600 bis 800 DM und „Betreuungsgebühren", wenn er nachweist, daß er das neue Land ohne diese Gebühr nicht halten kann. Wer nicht zum Landauffangbetrieb erklärt wird, kann weder Land kaufen noch pachten und erhält auch keine Kredite. Dies sind die kleineren Bauern, deren Land „aufgefangen" werden soll. Begründet werden diese Maßnahmen mit einem „erheblichen öffentlichen Interesse".

Die Kapitalisten wollen das Land aber direkt zur jederzeitigen Verfügbarkeit haben. Dazu hat die Regierung das Flurbereinigungsgesetz vor einem Jahr geändert. In dem neuen Gesetz heißt es jetzt:

„§ 1 Zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft sowie zur Förderung der allgemeinen Landeskultur und Landentwicklung *kann ländlicher Grundbesitz durch Maßnahmen nach diesem Gesetz neu geordnet werden.*"

Der Bauer kann nach diesem Gesetz gezwungen werden, sein Land zu verkaufen. Er hat keinen Anspruch mehr auf Land in einem anderen Gebiet, sondern kann mit Geld abgefunden werden. Hat er seine Einwilligung gegeben, kann er es nicht einmal mehr frei verkaufen. Ist er nicht einverstanden mit der Vertreibung und kämpft dagegen, wie es viele Bauern mit der Einführung der Flurbereinigung in den sechziger Jahren gemacht haben, kann er jetzt entmündigt werden, das Vormundschaftsgericht bestellt ihm einen Vormund, der die Verhandlungen mit der Gemeinde führt. Gleichzeitig hat das neue Gesetz die Grunderwerbssteuer für das auf diese Weise „bereinigte" Land aufgehoben.

Das ist der Charakter der „Verbesserungen" und „Landeskulturförderungen". Man versteht jetzt, was wen Ertl meint, was ihn aber auch gleichzeitig bedrückt, wenn er in seinem Bericht sagt:

„Staatliche Hilfe ist Selbsthilfe. Sie muß bleiben, damit Eigeninitiative und Leistungsstreben nicht erlahmen, damit die Grundlagen unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht gefährdet werden. Es ist uns gelungen, trotz des gewaltigen Strukturwandels in der Landwirtschaft, einer sozialen Erosion ländlicher Gebiete und jeglicher Radikalisierungstendenzen in der ländlichen Bevölkerung nicht nur entgegenzutreten, sondern den ländlichen Raum wieder zunehmend attraktiv zu machen." – (Z-Red.)

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord